

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, November 1974

Einzelpreis 2,50 DM

XIV. Jahrgang

D 21 395 E

11/74

Aus dem Inhalt:

Politik gegen Gewerkschaften fördert Strauß und Dregger	2
Regierung macht sich zum Büttel von Unternehmerinteressen	4
Fragwürdiger Kompromiß in der Stahlindustrie	5
Forderungen im öffentlichen Dienst durch Panikmache beeinflusst	6
Fall Süddruck zeigt erneut: Vergesellschaftung jetzt aktuell	8
Daten zur Wirtschaftsentwicklung	9
IG Druck und Papier fordert: Konzertierte Aktion verlassen	10
DPG-Kongreß verabschiedete Programm und neue Satzung	12
Bundesarbeitstagung der IG Chemie: Nicht auseinanderdividieren lassen	13
Angestellte brauchen zunehmend gewerkschaftlichen Schutz	14

Reden und Beschlüsse:	
10. Gewerkschaftstag IG Druck und Papier; 11. DPG-Kongreß; gemeinsame Erklärung von DGB und Sowjetgewerkschaften; Presseschau	15-21

Internationales Eisenbahnerseminar beschloß intensivere Zusammenarbeit	23
Interview mit K. Iffländer: Gespenst der Arbeitslosigkeit in der DDR für immer gebannt	24
Interview mit Ph. Seibert: Durch Rationalisierungsschutz Sicherheit der Arbeitsplätze erhöhen	25
Gespräch mit W. Cieslak: „Gegen alle Spaltungsversuche bei den kommenden Betriebsratswahlen“	26
Kapitalinteressen stehen höher: „Mitbestimmung“ ohne Parität	29
„Sozialpolitische Bilanz“ seit '69: Etwas Licht und viel Schatten	31
Krankenkassen in roten Zahlen und wo die Ursachen liegen	36

Die Unternehmervverbände und ihre politischen Repräsentanten in solchen Parteien wie CDU/CSU und FDP haben es den Gewerkschaften seit eh und je schwermacht, die berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten durchzusetzen. Daran sind die Gewerkschaften gewöhnt. Jetzt haben sie es jedoch zunehmend auch mit sozialdemokratischen Ministern und dem Kanzler selbst zu tun, die ihnen immer häufiger – und immer dicker – Maßhaltknüppel zwischen die Beine werfen. Wenn nun der Kanzler der Partei, deren Redner auf allen Gewerkschaftstagen erklären, mit den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern eng verbunden zu sein, eine Lohnleitlinie von „deutlich unter 10 Prozent“ verkündet und sein Finanzminister andernfalls Steuererhöhungen androht, dann sehen sich eben diese Gewerkschaften in einer neuen Situation.

Welcher – in der Regel sozialdemokratische – Gewerkschaftsführer wird da gegen den Strom sozialdemokratischer Kanzlerdirektiven schwimmen wollen? In diese Richtung jedenfalls geht die Spekulation derjenigen, die in der konzertierten Aktion 9-Prozent-Lohnleitlinien und in beinahe täglichen Erklärungen den Gewerkschaften Maßhalten predigen. Aber die Gewerkschaften haben nur die Wahl, die Lohn- und Gehaltsforderungen aller abhängig Beschäftigten zu vertreten, die nichts weiter bewirken sollen, als die Sicherung des berechtigten Anteils an der nicht wegzuleugnenden Leistungssteigerung der gesamten Wirtschaft. Sie sollen die Preissteigerungen und die wachsenden Sozialabgaben wettmachen. Und zu alledem ist die Erhöhung des Reallohns nötig. Das aber bewirken nur

Die Antithese: „Deutlich über 10 Prozent!“

Lohn- und Gehaltserhöhungen von „deutlich über 10 Prozent“.

Die Unternehmervverbände, Wirtschaftsinstitute und ebenso die Regierung sagen, die Arbeiter und Angestellten müßten zu Lohnverzicht bereit sein, weil nur höhere Unternehmervgewinne zu stärkerer Investitionstätigkeit führen, die zur Überwindung der Krisenerscheinungen, Sicherung der Arbeitsplätze usw. unerläßlich sei. Mit anderen Worten: Die 1,7 Prozent der Bevölkerung, die über 70 Prozent der Produktionsmittel verfügen, müssen erst noch viel größere Profite machen, bevor für die 80 Prozent der Bevölkerung, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen, wieder mehr abfallen kann. Das ist die typisch kapitalistische Denk- und Verfahrensweise, die aber von den Gewerkschaften nicht akzeptiert wird. Für die Arbeiterschaft gilt in dieser Situation die Tatsache, daß auch steigende Löhne steigende Kaufkraft und damit die Belebung der Wirtschaft bewirken. Je nachdem, auf wessen Seite man steht, kann man Investitionstätigkeit und Arbeitsplatzsicherung über höhere Profite oder höhere Löhne und Gehälter bewirken. Für die Gewerkschaften ist die Position klar: Sie werden unabhängig von Unternehmer- und Regierungswünschen handeln müssen.

gs

Politik gegen Gewerkschaften fördert Strauß und Dregger

Am 27. Oktober fanden in Bayern und Hessen Landtagswahlen statt. Unterstützt vom Großkapital und mit einer sozialen und nationalen Demagogie, die alles bisher Dagewesene auf diesem Gebiet in den Schatten stellte, gelang es den Strauß- und Dregger-Parteien, Wahlerfolge zu erringen. In Bayern erreichte die CSU 62,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Obwohl die Dregger-CDU ihr Ziel, die absolute Mehrheit, verfehlte, wurde sie zum ersten Mal mit 47,3 Prozent der Stimmen in Hessen stärkste Partei. Verlierer der Wahlen sind SPD und FDP.

Der DKP gelang in Bayern ein Achtungserfolg. Im Vergleich zur Landtagswahl 1970 konnte sie 5664 neue Wähler gewinnen. In Hessen ging bei einer Rekordwahlbeteiligung von 82,2 Prozent ihr Stimmenanteil gegenüber der letzten Landtagswahl von 1,2 auf 0,9 Prozent zurück. Überall dort jedoch, wo Kommunisten in den örtlichen Parlamenten bewiesen haben, daß sie konsequent die Interessen der Bevölkerung vertreten, wuchs ihr Stimmenanteil. Bei einer durch die Gebietsreform notwendig gewordenen Kommunalnachwahl in Marburg erreichte die DKP 9,1 Prozent, so daß sie künftig mit fünf Abgeordneten — statt bisher zwei — im Stadtparlament vertreten ist.

Hauptursache für den Wahlerfolg der CDU/CSU ist die Politik der SPD/FDP-Regierung. Sie trat den Strauß und Dregger nicht offensiv entgegen und verzichtete auf die Durchführung dringend notwendiger Reformen. Anstatt die Macht- und Profitinteressen des Großkapitals zu beschneiden, wälzte sie die kapitalistischen Krisenlasten — Preiserhöhungen und Arbeitslosigkeit — auf die Arbeiter, Angestellten und ihre Familien ab, erhöhte die staatlich beeinflussten Preise, forderte die Bevölkerung auf, den Gürtel enger zu schnallen und legte ein Mitbestimmungsmodell vor, das noch nicht einmal diesen Namen verdient. Mit Recht lehnen es die Gewerkschafter ab. Die SPD-Politik selbst leitete Wasser auf die Mühlen der CDU/CSU. Lautstark und mit demagogischem Propagandaaufwand gaben sie sich den Anschein, als seien allein sie in der Lage, die inflationären Preissteigerungen und die Massenarbeitslosigkeit zu stoppen.

In Bayern und Hessen hatten sich die Gewerkschaften mit Forderungen und „Prüfsteinen“ an die Kandidaten und Parteien gewandt, doch abgesehen von bloßen Lippenbekenntnissen waren die bayerischen und hessischen SPD-Führungen nicht bereit, die Forderungen des DGB zu unterstützen. Nur die DKP machte sich zum Fürsprecher der Ge-

werkschaftsforderungen, was von Jochen Richert, stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender in Hessen, anerkannt wurde.

Nach dem Wahldebakel ist nun die SPD-Führung dabei, wieder einmal das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen. Anstatt die wahren Ursachen ihrer Niederlage zu erkennen, macht sie die SPD-Mitglieder verantwortlich, die im Wahlkampf versucht hatten, das Steuer noch einmal herumzureißen. Ihnen wird vom SPD-Vorstand vorgeworfen, sie wurstelten in der Partei noch wie „anno dazumal“. Und wie bei jeder SPD-Wahlniederlage müssen auch die Linken in der SPD wieder als Prügelknaben herhalten.

Strauß und Dregger konnten Einbrüche bei den Arbeiterwählern erzielen. Sie haben ihre Ursache in der inkonsequenten Haltung der SPD-Führung. Der Demagogie der CDU, von der sich viele Wähler täuschen ließen, hatte sie nicht nur keine Alternative entgegenzusetzen, sie verketzte auch noch die Gewerkschafter, die einen Ausweg aus der gegenwärtigen Misere zeigten.

Es wäre falsch, wenn nun die in der SPD organisierten DGB-Mitglieder mit Rücksicht auf die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung auf notwendige Realloohnerhöhungen sowie auf die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung verzichteten. Damit würden sie nicht nur den Arbeitern und Angestellten, sondern auch ihrer eigenen Partei einen schlechten Dienst erweisen. Nur wenn es den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftern zusammen mit allen konsequenten und demokratischen Kräften gelingt, die SPD-Regierung zu einer anderen Politik gegenüber dem Großkapital zu zwingen, kann der Vormarsch der Strauß und Dregger aufgehalten werden.

In einer ersten Stellungnahme des DGB-Landesbezirks Hessen zum Wahlausgang, erklärte Jochen Richert, der DGB erwarte von der hessischen Landesregierung, daß die hessischen „Prüfsteine“ zum Maßstab der Politik würden. Aufgrund der gegenwärtigen

Preissteigerungen und der wachsenden Zahl der Arbeitslosen gelte es, mit Vorrang eine solche Politik zu betreiben, die die Arbeitsplätze sichert und eine gerechtere Einkommensverteilung ermöglicht. Der Arbeitslosigkeit, besonders bei jungen Menschen, müsse die Landesregierung mit Sofortmaßnahmen begegnen.

Richert betonte abschließend, daß gerade in den nächsten Wochen und Monaten die ungeteilte Solidarität der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften „der Garant sein muß für eine konsequente Arbeitnehmerpolitik, sowohl für die anstehenden Tarifeinsetzungen als auch für die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1975“. G. M.

GLOSSE

Schlechte Manieren

Takt — das ist etwas, das man hat oder nicht hat. Sie hatten ihn nicht: die Teilnehmer einer zentralen Tagung der „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ (CDA), die Mannen des Herrn Katzer in der CDU. Auf ihrer Tagung in Flörsheim am Main war auch der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, als Gast anwesend.

Nun sind die Leute von der CDU nicht solche von der feinen christlichen Art. Und „demokratisch“ ist auch nur ein Wort in ihrem Namen. Also begrüßten sie den DGB-Vorsitzenden bei der Nennung seines Namens mit Buh-Rufen und dem Zwischenruf „Vetter-Schwein“. Und knapp zwei Wochen nach diesem Skandal fügte die CDA-Führung einen neuen hinzu: die Drohung mit der Aufstellung von Spalterlisten bei den Betriebsratswahlen, wenn nicht so viele CDU-Leute auf der gewerkschaftlichen Einheitsliste berücksichtigt werden, wie die Katzer-Mannen verlangen.

Als Mitte Oktober während des 11. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier in Hamburg auch die DKP einen Parteienabend veranstaltete, der von 100 Delegierten, anderen Teilnehmern und Journalisten besucht wurde, sprach einer den anwesenden Sekretär des DKP-Parteivorstandes, Werner Cieslak, auf die Vorgänge in Flörsheim an: „Wie würden Sie reagieren, wenn Heinz Oskar Vetter zu einer DKP-Veranstaltung käme?“

Darauf Cieslak: „Nicht wie die Rüpel von Flörsheim. Wir würden ihn freundlich willkommen heißen. Aber noch hat er den Weg zu uns nicht gefunden.“

Meinte ein Zwischenrufer: „Was nicht ist, kann ja noch werden!“ okolus

Ansteigen der Berufsverbote verlangt verstärkte Gegenwehr

Zu ihrer 3. Aktionskonferenz trafen am 6. Oktober 1974 in Frankfurt die Vertreter der örtlichen Initiativen „Weg mit den Berufsverboten“ und die vom Berufsverband Betroffenen auf Einladung des zentralen Arbeitsausschusses zusammen. Im Mittelpunkt der Aussprache standen neue Tendenzen in der Berufsverbotspraxis der einzelnen Bundesländer: Allgemein ist festzustellen, daß sowohl die Anzahl der Berufsverbote rapide steigt als auch die Gründe für Anhörungsverfahren und Berufsverbote immer fadenscheiniger werden.

Dem Arbeitsausschuß sind inzwischen 300 reale Berufsverbotsfälle bekannt, dabei ist jedoch die hohe Dunkelziffer zu berücksichtigen, weil eine Reihe von Betroffenen oft monatelang auf die Einstellung warten muß. Die Reihe der Anhörungsverfahren wird auf etwa 100 000 geschätzt. Mit einer Fülle von Beispielen wurde belegt, daß Berufsverbote auf alle die ausgedehnt werden, die politisch mißliebig sind. Dabei werden immer sorgloser und unbefangener Verfassungsgrundsätze außer Kraft gesetzt.

Drastische Beispiele sind der Versuch, den 14 Jahre im Beamtendienst tätigen Lehrer Friedrich Konrad aus Bayern wegen seiner DKP-Mitgliedschaft zu entlassen, die Angriffe auf die Theorie- und Wissenschaftsfreiheit, wie im Fall von Thomas Neumann, Münster, Frank Behrens, Bremerhaven, sowie die Anhörungspraxis selbst.

Den Anhörungsverfahren werden unüberprüfbare Dossiers des jeweiligen Landesamtes für Verfassungsschutz zugrunde gelegt; teilweise werden Anwälte von Anhörungsverfahren ausgeschlossen, und oft sind Anhörungsverfahren geradezu ein Mittel, um Informationen für den Verfassungsschutz zu erhalten. Auch die Berufsverbote gegenüber Mitgliedern von SPD und FDP nehmen zu, wie eine lange Liste bewies, die der Arbeitsausschuß der Konferenz vorlegte. Außerdem werden die Berufsverbote über Lehrer und Erzieher hinaus auf weitere Personengruppen, wie Verwaltungsangestellte und Ärzte, ausgedehnt.

Die 3. Aktionskonferenz zog aus der gegenwärtigen Situation den Schluß, daß die reaktionären Kräfte in der BRD die Berufsverbote als Disziplinierungs- und Abschreckungsmittel für fortschrittliche Kräfte weiter ausbauen.

Gleichzeitig sei diese Praxis aber auch ein Beweis für die weltpolitische De-

fensivposition dieser Kräfte, die zu offenen Verfassungsbrüchen übergehen müßten, um ihre Herrschaft zu sichern.

Als Ergebnis ihrer Beratungen schlug die Konferenz vor,

■ den Widerspruch zwischen den völkerrechtlichen Verpflichtungen der BRD und den Berufsverboten stärker herauszustellen,

■ Beispiele für die massiven Verfassungsbrüche offensiver in der Öffentlichkeit und in den demokratischen Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften, bekannt zu machen und

■ deutlicher zu machen, welche inhaltlichen Positionen diejenigen, die von Berufsverboten betroffen sind, vertreten. B. Degen

Portugals schwerer Weg

Die portugiesische Arbeiterschaft und demokratische Bewegung hat es nicht leicht auf ihrem Weg zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft. Nach dem Rücktritt des Präsidenten Spínola, der sich zunehmend von den Trägern des Umsturzes — der Demokratischen Bewegung der Streitkräfte — abgewandt und den Vertretern des Großbürgertums zugewandt hatte, werden die Meldungen über eine Wühlätigkeit des amerikanischen Geheimdienstes CIA immer häufiger. Die USA sind an der Wiedererrichtung eines reaktionären Regimes in Portugal, der Südwestflanke der NATO, eminent interessiert.

Die portugiesischen Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter und bürgerlichen Demokraten haben also alle Hände voll zu tun, um die faschistische Konterrevolution niederzuhalten.

Begleitet wird diese Szenerie in der Bundesrepublik — wie kann es anders sein — von beinahe täglichen Warnungen unserer Reaktionäre und der Springer-Presse vor dem „übermächtigen Einfluß der Kommunisten“ in Portugal und vor jeder Zusammenarbeit mit ihnen.

In dieser Situation reiste kürzlich auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nach Lissabon — und hatte nichts Wichti-

geres zu tun, als den Außenminister und Führer der Sozialistischen Partei, Soares, vor „Gefahren“ der Zusammenarbeit mit der KP Portugals zu warnen. Außerdem versprach Brandt Soares finanzielle und organisatorische Hilfe. Inzwischen hat die Sozialistische Partei begonnen, antikomunistische Agitation zu betreiben.

Der Zusammenhang zwischen den Bestrebungen, die portugiesische Arbeiterschaft zu spalten und den Brandt-Warnungen vor dem Kommunismus ist augenfällig. Man fragt sich, wie es um die Glaubwürdigkeit eines Mannes bestellt ist, der auf SPD-Parteitage und bei anderen Gelegenheiten den „Jusos“ vormacht, den „demokratischen Sozialismus“ zu wollen (der augenblicklich in der BRD natürlich nicht „machbar“ ist), und der gleichzeitig nach Portugal eilt, weil Sozialismus ihm dort machbar erscheint und darum davor warnt! Sb.

Putschte die CDU mit?

Ein schwerer Verdacht ist auf die CDU/CSU gefallen: Hat diese Partei sich als Kofferträger des US-amerikanischen Geheimdienstes betätigt und CIA-Gelder nach Chile geschafft, um Präsident Allende und seine Volksfront-Regierung stürzen zu helfen? Das behauptet jedenfalls das amerikanische Nachrichten-Magazin „Time“. Und gegenüber einer Reporterin der niederländischen Rundfunkgesellschaft VARA erklärte dies der ehemalige chilenische Vizepräsident und Verteidigungsminister, Carlos Prats. Einige Tage danach wurde er in seinem argentinischen Exil ermordet.

Nach diesen Beschuldigungen sollen große Geldsummen im Jahre 1973 über die Democrazia Cristiana Italiens und die Christlich-Demokratische Union der Bundesrepublik nach Chile geschafft worden sein, um Unternehmerstreiks und sonstige Subversion zur Unterminierung der Regierung Allende zu finanzieren.

Es ist müßig, die CDU/CSU-Führung zu fragen, ob dies alles stimmt. Die Enthüllungen sind so ungeheuerlich, daß ihr nichts anderes als das Dementi übrigbleibt. Sollten die Beschuldigungen wahr sein — und welchen Grund sollten „Time“ und Prats haben, Märchen zu erzählen? —, dann bekommt der eifertige Besuch des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Bruno Heck wenige Wochen nach dem faschistischen Putsch in Chile noch nachträglich eine bezeichnende Note. Die Sache gehört vor einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß — und vor den Staatsanwalt. ie

Regierung macht sich zum Büttel von Unternehmerinteressen

In der letzten Nummer der NACHRICHTEN (10/74) wurde gezeigt, wie sich der Druck von Unternehmerverbänden und Regierung gegen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften verstärkt. In der Zwischenzeit wurde jedoch deutlich, daß die Angriffe noch zunehmen. Dabei macht sich vor allem die Bundesregierung zum direkten Büttel der Unternehmerinteressen.

In einem Gespräch mit der „Zeit“ (25. Oktober 1975) erklärte Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD), daß — falls die ÖTV Gehaltsforderungen von über 10 Prozent stellen würde — sich die Regierung dem widersetzen werde. „Bei der Gelegenheit müssen wir der Öffentlichkeit klarmachen, daß dann, wenn diese Forderungen durchkommen, eine Steuererhöhung unvermeidlich ist. Hier hilft nur Ehrlichkeit und Härte. Die Zeit der allgemeinen Wohltaten ist vorbei.“ Die Regierung wolle nicht zusehen, „wie dieses Land zum Selbstbedienungsladen wird und damit seine wirtschaftliche Stabilität verliert“, soweit Apel.

Offener kann dieser Finanzminister nicht zeigen, auf wessen Seite er steht. Wer den Gewerkschaften androht, daß ihre tarifpolitischen Erfolge durch Steuererhöhungen wieder rückgängig gemacht werden sollen, der greift in Wahrheit die Tarifautonomie an. Es wäre sicherlich auch interessant gewesen, von Herrn Apel zu erfahren, wie dies mit den allgemeinen Wohltaten und dem Selbstbedienungsladen aussieht.

Wer wurde denn in den letzten Jahren steuerlich zur Kasse gebeten? Waren das etwa die Unternehmer oder waren es die Arbeiter, Angestellten und Beamten? Immerhin wird die Lohnsteuer in diesem Jahr weit über 70 Milliarden DM einbringen. Und wer bediente sich in überreichlichem Maße durch Steuerbegünstigungen und Subventionen? Es waren vor allem die Unternehmen. Ihnen floß ein Milliardensegen zu.

Nun wurde mit großem Pomp eine Steuerreform angekündigt, die am 1. Januar 1975 in Kraft tritt. Durch sie soll eine steuerliche Entlastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten eintreten. An die Arbeiter und Angestellten wird bereits laufend appelliert, daß sie bei ihrer Tarifpolitik diese steuerliche Entlastung einzubeziehen hätten, obwohl hier lediglich eine jahrelange grobe Ungerechtigkeit nur zum Teil wieder rückgängig gemacht wird.

Würden die Gewerkschaften diesem Ansinnen folgen, so würden sie einer direkten Senkung der Reallöhne zu-

stimmen, denn die Preissteigerung bewegt sich nach wie vor um 7 Prozent und die optimistische Prognose der Wirtschaftsinstitute, daß sich die Preise für die Lebenshaltung nur um 6,5 Prozent im nächsten Jahr erhöhen, findet in der Entwicklung der Industrieabgabe- und der Großhandelspreise keine Bestätigung. Im Gegenteil, es gibt gegenwärtig noch keinen Lichtblick einer Preissenkung.

Aber auch die steuerliche Entlastung, die durch die Steuer- und Kindergeldreform 1,5 Prozent der Lohnsumme betragen soll, ist — wie wir verschiedentlich nachwiesen — außerordentlich umstritten (siehe NACHRICHTEN 8/74). Schon jetzt ist absehbar, daß die Bundesregierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer den Arbeitern das aus der einen Tasche herausholen wird, was sie ihnen mit der Steuerreform in die andere stecken will.

Und so gleicht das Dementi, das der Bundesfinanzminister vor dem Bundestag zur beabsichtigten Steuererhöhung äußerte, eher einer Bestätigung unserer Vermutungen. Er sagte, daß die Bundesregierung keine Steuererhöhungen beabsichtige, wenn zwei Bedingungen erfüllt würden. Es dürften keine neuen massiven Ansprüche an den Bundeshaushalt gestellt werden, und die Länder müßten zu einem „fairen Ausgleich“ der Einnahmeverluste des Bundes durch die Steuerreform bereit sein.

Das ist nichts als ein übler Trick, mit dem Ziel, schon jetzt den Beschäftigten des Bundes, der Länder und der Kommunen die Schuld für Steuererhöhungen in die Schuhe zu schieben, denn selbstverständlich werden sie in den kommenden Tarifbewegungen Ansprüche an den Bundeshaushalt und die anderen Haushalte stellen, und zum anderen werden auch die Länder nicht ohne weiteres in der Lage sein, auf die eingeplanten Einnahmen aus dem Bundeshaushalt zu verzichten. Eine von beiden Bedingungen wird bestimmt eintreten und der Regierung als Alibi für Steuererhöhungen dienen. Die Ge-

Hinzu kommt, daß sich die Sozialversicherungsbeiträge, die ja eine ähn-

liche Wirkung auf die Löhne wie die Lohnsteuer haben, in den nächsten Jahren und so auch 1975 weiterhin steil nach oben entwickeln werden. Als erste Rate werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 1,7 auf 2 Prozent erhöht, aber schon jetzt deutet sich an, daß damit die Obergrenze noch nicht erreicht ist.

Es sei hier daran erinnert, daß die Beiträge schon einmal in früheren Perioden bis zu 4 Prozent betrugen. Bereits jetzt hat die Barmer Ersatzkasse zum 1. Januar 1975 den Beitragssatz von 9,9 auf 10,6 Prozent erhöht. Schon wird damit gerechnet, daß der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung bis 1978 auf mindestens 13,1 Prozent steigen wird. Der Bund zieht sich immer mehr aus der finanziellen Verantwortung für das Versicherungswesen zurück. Das trifft auch auf die Rentenversicherung zu.

Es wird also der Versuch unternommen, die Arbeiter und Angestellten sowie ihre Gewerkschaften dahin zu drängen, Lohnerhöhungen zuzustimmen, die gerade einen Preisausgleich darstellen oder zu einem Sinken der Reallöhne führen werden; gar nicht davon zu reden, daß der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt weiter absinken würde. Gegenwärtig ist schon feststellbar, daß sich die effektiv gezahlten Stundenverdienste weniger schnell entwickeln als die Tarifabschlüsse, weil sich auf der einen Seite die Akkord- und Überstundenzuschläge vermindern und die Unternehmer versuchen, übertarifliche Leistungen einzufrieren bzw. zu kürzen.

Wenn sich in der gegenwärtigen Situation Bundeskanzler Schmidt offen in die lohnpolitische Diskussion einschaltet und die Forderungen des Beamtenbundes nach einer Gehaltserhöhung von gerade 8 Prozent und mit Nebenforderungen von insgesamt 10,7 Prozent als ökonomisch unvernünftig bezeichnet, so beweist das nur einmal mehr, daß dieser Kanzler genauso wie seine Vorläufer die Macht des Kapitals nicht antasten und folglich auch die Profitpolitik nicht unter Kontrolle bringen will.

Wer sich aber diesem Streben unterordnet, der kann stets nur den Interessen des Kapitals folgen und muß sich folglich gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten wenden. Die Großunternehmer haben dies auch klar erkannt. Dr. Wilfried Guth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, sagte, daß die Probleme der Zukunft nur mit Regierungen zu meistern sein würden, zu denen man — d. h. das Kapital — Vertrauen haben kann. In der Bundesrepublik habe man glücklicherweise, laut „Handelsblatt“ vom 16. Oktober 1974, eine solche Regierung.

Heinz Schäfer

Fragwürdiger Kompromiß in der Stahlindustrie

Die Lohnbewegung in der Stahlindustrie endete mit einem fragwürdigen Kompromiß. Am 28. Oktober 1974 stimmte die Große Tarifkommission gegen knapp ein Drittel ihrer Mitglieder dem Verhandlungsergebnis zu. Die Unternehmer hatten angeboten: 9 Prozent auf die bestehenden Lohn- und Gehaltstarife, Erhöhung der Entlohnungssätze für Auszubildende um monatlich 80 DM, zwei Tage zusätzlichen Urlaub, zweimalige Zahlung eines Sonderbonus von je 300 DM sowie größerer Kündigungsschutz und Absicherung der Einkommen für ältere Arbeitnehmer.

Der Unterschied zwischen dem zunächst von der IG Metall abgelehnten und dann angenommenen Unternehmer-Angebot besteht lediglich darin, daß die Entlohnung für Auszubildende von 70 auf 80 DM heraufgesetzt, die Kündigungsschutzzeiten verbessert und das Sonderabkommen für die Stahlindustrie (13. Monatseinkommen) ein Jahr früher, zum 31. Dezember 1975, gekündigt werden kann. Man hofft, daß der Sonderbonus als zusätzliches Urlaubsgeld tarifiert wird.

Aus den Betrieben waren Lohn- und Gehaltsforderungen zwischen 16 und 20 Prozent erhoben worden. Die Große Tarifkommission hatte 14 Prozent mehr Lohn und Gehalt, 100 DM für die Auszubildenden, vier Tage zusätzlichen Urlaub und höhere soziale und materielle Absicherung für ältere Arbeiter und Angestellte verlangt.

Aufschlußreich ist die Taktik der Stahlindustriellen in dieser Lohnrunde. Es ging ihnen darum, durch anfängliche Verzögerung Zeit zu gewinnen, die Konjunkturlaute in einigen Wirtschaftszweigen, wie z. B. in der Automobilindustrie und deren Zuliefererbetriebe, in der Öffentlichkeit hochzuspielen, um wirksamer mit dem Trommelfeuer der Massenmedien einen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Arbeitsplatzsicherung zu konstruieren. In trauter Gemeinschaft zwischen Unternehmerverbänden, Banken, Regierung und nicht zuletzt der Herbstprognose der fünf Wirtschaftsinstitute wurde der Bevölkerung nicht ohne Wirkung einge-hämmert, daß eine zweistellige Lohn-erhöhung die Inflation weiter anheize, die Arbeitsplätze gefährde und die Wirtschaft ruiniere.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien befürworten mit der Regierung und den Unternehmern das Prinzip der Profitmaximierung als einzigen Anreiz zu Investitionen und als Motor einer wachsenden Wirtschaft. Die Gewerkschaften vertreten dagegen die Auffassung, daß über den Weg der Reallohnsteigerung als Kaufkraftzuwachs eine Belebung der Konjunktur eintritt. Dieser Weg würde

zu einer größeren Arbeitsplatzsicherung führen, schreibt der Konjunkturpolitiker im DGB, Hartmut Görgen, laut „Frankfurter Rundschau“ vom 26. Oktober 1974. Er weist darauf hin, daß es zur Zeit die meisten Arbeitslosen nicht in der Investitionsgüterindustrie, sondern in Teilen der Verbrauchsgüterindustrie gibt. Unternehmer und Regierung, so Görgen, blieben den Beweis schuldig, daß eine befriedigende Wirtschaftsentwicklung ohne eine Verbesserung des Einkommenanteils der Arbeiter und Angestellten möglich sei.

Die bundesdeutsche Stahlindustrie avanciert noch vor der ebenfalls in einem Superboom expandierenden Chemie. Und zur Preissituation heißt es wörtlich: „Da sich in der Welt die Stahlpreise binnen Jahresfrist — je nach Sorte — um 15 bis 50 Prozent erhöhten, konnten die Stahlmänner nie gekannte Erlöse verbuchen. Mit fast 30 Milliarden DM setzten sie in den letzten neun Monaten schon fast so viel um, wie im gesamten Jahr 1973 (33 Milliarden DM).“ Gemessen an diesen Fakten war die 14-Prozent-Forderung mehr als bescheiden, ist der ausgehandelte Kompromiß völlig unzulänglich. Wenn auch die Erfüllung der Zusatzforderungen, wie Urlaubsverlängerung und die höhere Absicherung für ältere Beschäftigte, zu begrüßen ist, bleiben sie doch Betandteil des seit einem Jahr gekündigten Manteltarifs und verfälschen durch ihre prozentuale Aufrechnung das reine Lohn- und Gehaltsergebnis.

So wie in der Stahlindustrie die Macht der Monopolstellung nach dem Motto ausgenutzt wird: Nimm, was der Markt hergibt, werden auch nahezu alle Preise in den übrigen Wirtschafts- und Dienstleistungszweigen zu Lasten der Werktätigen diktiert. Diese Preisdiktate als wirkliche Ursache der inflationären Entwicklung werden weder von den Bundestagsparteien noch von der Regierung angeprangert bzw. unterbunden. Was die Arbeiter und Angestellten aber brauchen, ist Stärkung der Massenkaufkraft durch Reallohnsteigerung; denn sie schafft Nachfrage und Belebung der Binnenkonjunktur.

In den noch anstehenden Lohnrunden darf das Profitstreben der Unternehmer nicht die Meßlatte sein. Ausschlaggebend sind die enormen Preissteigerungen, die erhöhte Arbeitsproduktivität, die hohen Gewinne und die bereits angekündigten höheren Beiträge für Krankenkassen und Sozialversicherung. Zugleich können durch eine Steigerung der Reallöhne die Arbeitsplätze sicherer gemacht werden.

H. Bramkamp

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und -bezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

■ 31. Dezember 1974

Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

■ 31. Januar 1975

Metallindustrie in Bayern (680 000), Volkswagenwerke (116 000), Groß- und Außenhandel in Hessen (85 000).

■ 28. Februar 1975

Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000).

■ 31. März 1975

Einzel-, Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (100 000), chemische Industrie (600 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen — Angestellte (25 000).

■ 30. April 1975

Baugewerbe (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (200 000), chemische Industrie in Schleswig-Holstein (Zahl unbekannt).

■ 31. Mai 1975

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (30 000).

■ 30. Juni 1975

Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Hessen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

Forderungen im öffentlichen Dienst durch Panikmache beeinflusst

Es verging in den vergangenen Wochen wohl kaum ein Tag, an dem nicht ein namhafter Vertreter der Bundesregierung oder der Unternehmerverbände seinen Beitrag zur „Deutlich-unter-zehn-Prozent-Kampagne“ leistete. Zwar hatte man seit Monaten schon eine entsprechende Hetze — insbesondere gegen die ÖTV — betrieben, doch bewiesen die Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Friderichs und Staatssekretären aus dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium sowie dem Unternehmerboß Schleyer, daß man in diesem Lager immer noch steigerungsfähig ist.

Den bisherigen Höhepunkt dieser Aktion gegen die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen lieferte Bundesfinanzminister Apel mit seiner unverhohlenen Drohung, „überhöhte“ Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst würden unvermeidlich Steuererhöhungen nach sich ziehen (siehe auch S. 4). Diese Behauptung ist um so unverschämter, als seit geraumer Zeit bekannt ist, daß die fertigen Pläne der Bundesregierung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer schon in der Schublade liegen. Hier sieht man die willkommene Gelegenheit, für die Verwirklichung derartiger Pläne einen Sündenbock zu finden. Außerdem erhofft man sich von der Verunglimpfung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst das Vorantreiben eines Entsolidarisierungsprozesses, der schließlich den Druck auf Lohnforderungen in allen Tarifbereichen erleichtern soll.

Auf einer Wahlveranstaltung der SPD in Hessen konnte Apel es wagen, die Absicht zu formulieren, die „Durststrecke der vor uns liegenden schwierigen Jahre“ könne u. a. dadurch überwunden werden, daß die öffentlichen Bediensteten knapp gehalten würden. „Wer meint“, so fügte er hinzu, „es könne 1974/75 den gleichen Tarifabschluß geben wie vor neun Monaten, der irrt!“

Das Herbstgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute stellt einen weiteren Versuch dar, die Massen der Arbeiter und Angestellten vom Kampf um ihre ökonomischen Interessen abzuhalten, indem man die Interessen des Großkapitals mit „wissenschaftlicher“ Argumentation abzuschwächen sucht.

Nicht nur auf dem Sektor der Lohnpolitik ist der Kampf gegen gewerkschaftliche Forderungen zu erkennen. So wird bereits die erkämpfte 40-Stunden-Woche in Baden-Württemberg den Beamten bis heute verweigert. Zudem einigen sich die Ministerpräsidenten der Länder darüber, den Lehrern mindestens bis zum August 1976 keine Arbeitszeitverkürzung zu gewähren. Auf

einer Protestkundgebung des DGB protestierten in Freiburg Beamte und Lehrer für die Durchsetzung ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW, Anneliese Hoppe, verlangte die Gleichbehandlung von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Sie wies auf den Widerspruch zwischen der Behauptung von der „Lehrerschwemme“ und der Erklärung der Landesregierung Baden-Württemberg hin, wonach die 40-Stunden-Woche für Lehrer deshalb nicht zu realisieren sei, weil die dadurch benötigten zusätzlichen Personalstellen nicht besetzt werden könnten.

Der 11. ordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft im vergangenen Monat sprach sich für eine prozentuale Erhöhung und einen Sockelbetrag aus, damit die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stärker angehoben werden. Außerdem sollen die Mitglieder bei der Willensbildung über die Höhe der Forderungen einbezogen werden.

Letzte Meldung

ÖTV fordert 6 Prozent plus 50 DM

Bei Umbruch dieser Ausgabe erreichte uns die Meldung, daß der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV der Großen Tarifkommission Empfehlungen für Forderungen in der bevorstehenden Tarifbewegung gemacht hat. Sie lauten: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent zuzüglich Zahlung eines einheitlichen Betrages von 50 DM monatlich für alle Gruppen; 300 DM Urlaubsgeld, das pro Kind um 50 DM steigt. Nach Mitteilung der ÖTV würden diese Forderungen durchschnittlich 7,8 bis 12 Prozent ausmachen.

Die ersten Forderungen zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst liegen inzwischen ebenfalls vor. Während die Meinungsbildung über die Höhe der Forderung in der DPG und der ÖTV noch im Gange ist, verlangte der Deutsche Beamtenbund (DBB) die Erhöhung der Leistungen um durchschnittlich 10,7 Prozent, einschließlich aller Nebenforderungen. Die angekündigte Kompromißbereitschaft des DBB — sein Vorsitzender Krause sprach sogar von der Notwendigkeit eines „Stabilitätspaktes“ aller gesellschaftlichen Gruppen — brachte jedoch keineswegs Anerkennung von Seiten der Regierung ein.

Selbst diese minimale Forderung veranlaßte Bundeskanzler Schmidt zu sofortiger scharfer Reaktion. Diese Forderung stehe „außerhalb ökonomischer Vernunft“, so ließ er verlauten, und sei „finanzwirtschaftlich nicht zu leisten“. Unverkennbar ist hier die Absicht, die noch laufende Diskussion in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über die Höhe der Forderungen durch diese Panikmache zu beeinflussen. Unverständlich bleibt auch, daß der Vorsitzende der DPG, Ernst Breit, die Forderung des Deutschen Beamtenbundes als „überhöht“ bezeichnete. Offensichtlich unterliegt er einem starken Druck von Seiten der Bundesregierung.

ÖTV-Vorsitzender Kluncker ließ sich vorläufig noch nicht festlegen. „Jede Zahl über oder unter 10 Prozent, die ich jetzt nennen würde, wäre verantwortungslos“, so meinte er.

Der Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) forderte bereits Einkommensverbesserungen von „mehr als 10 Prozent“. Auf einer Pressekonferenz anlässlich des Internationalen Eisenbahnerseminars erklärte GdED-Vorsitzender Seibert, daß bei Aufstellung der Forderungen die Ergebnisse der Steuerreform nicht — wie von der Regierung verlangt — berücksichtigt würden. „Die Kollegen würden uns davonjagen“, meinte Seibert.

Natürlich ist die Wirkung der Einschüchterungskampagne nicht ausgeblieben. Vielen Kollegen wird aber auch deutlicher denn je, daß es keine Stabilitätspolitik gibt, die gleichermaßen allen in dieser Gesellschaft zugute kommt. Was von Regierung und Unternehmern an „stabilitätspolitischen Maßnahmen“ propagiert wird, dient lediglich dazu, die Profite der Großkonzerne zu stabilisieren.

Die einzige Möglichkeit, eine Stabilität im Sinne von Arbeitern, Angestellten und Beamten zu erreichen, ist die kräftige Erhöhung der Massenkaufkraft. Um diese Stabilität zu erkämpfen, gibt es nur die eine Möglichkeit: Allen Versuchen der Spaltung zum Trotz muß eine von allen Einzelgewerkschaften durchgängig betriebene aktive Lohnpolitik durchgesetzt werden! S. E.

Baden-Württembergs Metaller verteidigen ihren Streikerfolg

Die mit dem Tarifabschluß für die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens am 28. Oktober 1974 fixierte Verdienstsicherung für ältere Arbeiter und Angestellte lenkt automatisch den Blick auf die Metallindustrie Baden-Württembergs, wo die Belegschaften seit rund anderthalb Jahren um eine ähnliche Klausel kämpfen.

Genau gesagt hatten Baden-Württembergs Metaller diese bereits im Oktober 1973 in der Tasche, als Erfolg heftiger Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Zehntausende vor allem in den Großbetrieben die Arbeit bis zu zehn Tagen niederlegten, um den seit Monaten vom Verband der Metallindustrie verschleppten Abschluß des Lohnrahmentarifvertrages und des neuen Manteltarifvertrages zu erzwingen.

Schließlich siegte am 20. Oktober 1973 die Kampfkraft der Arbeiter; beide Verträge kamen unter Dach und Fach. Im neuen Manteltarifvertrag war unter Paragraph 9, Alterssicherung, zu lesen: „Arbeitnehmer, die im 55. Lebensjahr stehen oder älter sind und dem Betrieb oder Unternehmen wenigstens ein Jahr lang angehören, haben Anspruch auf den Verdienst, der aus dem Durchschnittsverdienst der letzten zwölf voll gearbeiteten Kalendermonate errechnet wird. Tariflohn erhöhungen steigern den Verdienst entsprechend.“

Später stellte sich heraus, daß die baden-württembergischen Metallindustriellen mit ihrem damaligen Ja lediglich eine Atempause suchten. Sie hatten mit dem Aussperrungssäbel geraselt, wollten in Wirklichkeit aber angesichts der hohen Konjunktur um alles in der Welt den Streik hinter sich bringen. So gab es ein Jahr später, Anfang Oktober 1974, erneut Protestaktionen und spontane Arbeitsniederlegungen, an denen sich rund 22 000 Metaller beteiligten, weil die Unternehmer „Auslegungsschwierigkeiten“ mit dem Alterssicherungsparagrafen hatten. Entgegen dem Wortlaut im Manteltarifvertrag, der den Effektivlohn zur Grundlage macht, wollen die Unternehmer plötzlich Spät-, Nacharbeits-, Sonn- und Feiertagszuschläge sowie Gießerei- und Montagezulagen nicht mehr in die Regelung einbezogen wissen. Also genau die Sachlage, wie sie sich nach dem Abschluß in NRW darbot.

In Baden-Württemberg nahmen nun die Metallindustriellen die Schwierigkeiten in der Automobilindustrie und die steigenden Arbeitslosenziffern zum Anlaß, um trotz eines bisher nie dagewesenen Exportbooms der Investitionsgüterindustrie, vornehmlich des Maschinenbaus, die

Arbeiter und Angestellten in der für sie so lebenswichtigen Frage zum Stillschweigen und Abwarten zu zwingen.

In Speyer und Landau: Proteste gegen Entlassungen

Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen Betriebsschließungen fanden in Speyer (Rhein) und in Landau/Pfalz statt. Durch Stilllegung des Speyerer Salamander-Werkes sind 460 Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet. Ferner sind bei dem Flugzeugbaukonzern VFW/Fokker, Werk Speyer, 300 bis 350 Entlassungen für die Jahreswende angekündigt. Andere Betriebe, wie Siemens, haben einen Einstellungsstopp verfügt und üben sich im „Gesundshrumpfen“. In Landau legt der Bosch-Konzern einen Tochterbetrieb, das Blaupunkt-Werk, mit derzeit 450 Beschäftigten still. In unmittelbarer Nachbarschaft, nämlich im Zweigwerk Offenbach/Pfalz des ICI-Konzerns,

Papierherzeugung: 13,6 % Lohnerhöhung

Rückwirkend ab 1. September 1974 trat für die Beschäftigten der Zellstoff- und papiererzeugenden Industrie von Pfalz-Rheinhausen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter in Kraft. Sie beträgt, je nach Lohngruppe, zwischen 12,9 und 13,6 Prozent bei den Löhnen und 12,9 Prozent bei den Gehältern. Die Erhöhung der Ausbildungsvergütung beträgt in allen Ausbildungsjahren einheitlich 85 DM. Die Laufzeit des Tarifvertrages ist auf zwölf Monate festgesetzt.

Durch einen Schlichtungsspruch wurden im Tarifbezirk Nordrhein der Zellstoff- und papiererzeugenden Industrie die Löhne um 13,25 und die Gehälter um 13,2 Prozent angehoben.

Unternehmerboß Schleyer wird nicht müde, mit Erwerbslosigkeit zu drohen und an die „lohnpolitische Vernunft“ zu appellieren.

Die IG Metall Baden-Württembergs drückte ihre Befürchtung aus, daß möglicherweise der von ihr als Wortbruch betrachtete Auslegungstreit die im November bevorstehenden Tarifaussinandersetzungen zusätzlich belastet. So betrachteten es auch Mannheimer IG-Metall-Funktionäre auf einer Zusammenkunft Anfang Oktober. Ein Betriebsrat von Daimler-Benz betonte, die Kollegen würden es nicht hinnehmen, „wenn ihnen auf kaltem Wege weggenommen wird, was sie in einem heißen Streik erkämpft haben“. -nig

wurde für 600 Belegschaftsmitglieder vorübergehend Kurzarbeit eingeführt.

3000 Arbeiter und Angestellte waren am Montag, dem 21. Oktober 1974, einem Aufruf des DGB Speyer zu einer „Demonstration der Solidarität“ gefolgt. Sternförmig kamen die einzelnen Belegschaften zum alten Marktplatz in der Innenstadt, der bis in den letzten Winkel gefüllt war. Auf Transparenten war zu lesen: „Wir haben keine Lust mehr — die Mitbestimmung muß jetzt her!“ — „Obt heute Solidarität, denn morgen ist's vielleicht zu spät!“ — „Schluß mit der Willkür der Unternehmer — Mitbestimmung!“

Alle Redner — der Bezirksleiter der Gewerkschaft Leder Rheinland-Pfalz/Saar, Fabian, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Leder, Gerhard von Haaren, Betriebsräte und der Kreisvorsitzende des DGB Speyer, Helmut Nawe, forderten aus den aktuellen Ereignissen die Konsequenzen, nämlich die paritätische Mitbestimmung, damit — wie von Haaren sagte — die unternehmerische Mißwirtschaft nicht länger auf dem Rücken der Belegschaften ausgetragen werden könne.

In Landau protestierten 450 Blaupunkt-Beschäftigte am 25. Oktober 1974 gegen die Tatsache, daß der Bosch-Konzern zum selben Zeitpunkt, da er im Inland Entlassungen vornimmt, Produktionsstätten ins Ausland verlegt. Strafanzeige gegen die Konzernleitung will sowohl der Blaupunkt-Gesamtbetriebsrat in Hildesheim als auch der Betriebsrat des Landauer Werkes erstatten, weil die Geschäftsführung die Stilllegung des Werkes Landau erst nach der Beschlußfassung mitgeteilt und damit gegen Paragraph 121 BetrVG verstoßen hat. H. D.

Fall Süddruck zeigt erneut: Vergesellschaftung jetzt aktuell

Am 8. November 1974 stellte die Süddruck GmbH und Co., München, den Betrieb ein. Im Alter von 16 Monaten starb somit die gemeinsame Tochter des Süddeutschen Verlages München und Gruner + Jahr einen frühen Tod. Für die über 600 Beschäftigten war es ein Sterben auf Raten. Bereits im Frühjahr 1974 waren 130 Kollegen innerhalb von vier Wochen entlassen worden.

Die Besitzer der Firma wechselten häufig: Bis 1965 hießen sie Kindler & Schiermeyer, von 1965 bis 1968 Axel Cäsar Springer und von 1968 bis 1969 Weipert. 1969 wollte Weipert an den Bauer-Verlag verkaufen, konnte es aber nicht, da ein Optionsrecht von Gruner + Jahr dagegen stand. Man einigte sich schließlich, daß die Zeitschrift „Bravo“ an den Bauer-Verlag ging und „Jasmin“ und „Eltern“ im Haus blieben. 1969 übernahm Gruner + Jahr (G + J) den Betrieb, der unter dem Namen Kindler und Schiermeyer weiterlief, zu 100 Prozent. 51 Prozent der G + J-Aktien besitzt Bertelsmann, der größte Druckkonzern Europas.

1973 beschlossen Gruner + Jahr und der Süddeutsche Verlag München, ihre verstreuten Tiefdruckkapazitäten auf einen Betrieb zu konzentrieren. Und so entstand am 1. Juli 1973 die Süddruck GmbH und Co. mit Aktienanteilen von je 50 Prozent für beide Firmen.

Dann kam der 27. September 1974. Die Geschäftsleitung des Süddeutschen Verlages teilte dem Betriebsrat mit, daß am 31. Oktober Feierabend ist, da Gruner + Jahr nicht mehr bereit sei, aktiv für Süddruck einzutreten und nur noch die Verluste ausgleichen will, der Süddeutsche Verlag aber kein Geld für die nötigen Investitionen habe. Zudem will Gruner + Jahr die Zeitschrift „Eltern“ im Stammwerk in Itzehoe herstellen lassen, das 1973 einen Bilanzgewinn von 34,5 Millionen DM erbrachte.

Am 29. September verhandelten Betriebsrat und Vertreter der IG Druck und Papier mit dem G + J-Aufsichtsratsvorsitzenden Fischer. Betriebsrat und Gewerkschaft stellten sich gegen die Betriebsliquidierung, bezeichneten sie als verantwortungslos und machten auf die Initiative aufmerksam, den Betrieb weiterlaufen zu lassen. Einen Tag später verhandelte der Betriebsrat mit den Vertretern der Stadt München und dem bayerischen Wirtschaftsministerium um eine Kreditbürgschaft. Das Ministerium gab seine Zustimmung. Das Geld sollte u. a. aus dem Fonds stammen, den die Bundesregierung zur Sicherung und Förderung von Arbeitsplätzen bereitgestellt hat.

Aber die Unternehmer wollten nicht. Ohne Rücksprache mit dem Betriebsrat unterzeichneten sie den Überschreibungsvertrag an Gruner + Jahr und damit das Aus für über 600 Beschäftigte. Auf der Betriebsversammlung am 7. Oktober 1974 erklärte Aufsichtsratsvorsitzender Fischer (G + J): „Wir sind mit der festen Absicht nach München gekommen, den Betrieb zu liquidieren.“

Der Betriebsrat stand, nach eigener Angabe, zuletzt nur noch vor der Möglichkeit, einen guten „Sozialplan zu erstellen und die Stilllegung etwas hinauszuzögern“. 6,5 Millionen DM wollte Gruner + Jahr für den Sozialplan zur Verfügung stellen. Dann kam die Betriebsversammlung. Ein Transparent: „Das Monopol der Unternehmer brechen – für echte Mitbestimmung der Arbeitnehmer“, eine weitere Losung: „Für Mitbestimmung – gegen Unternehmerwillkür“, dazu rote und schwarze Fahnen. Immerhin erreichten die Arbeiter und Angestellten, daß der Sozialplan auf 9,5 Millionen DM erhöht wurde (etwa 15 000 DM je Beschäftigten). Trotzdem war klar, daß der beste Sozialplan kein Ersatz für einen Arbeitsplatz ist. Auf einem Plakat stand deshalb: „Der Sozialplan ist Quark – das ist der Pfennig, aber wo bleibt die Mark?“

Auf dem kürzlich in Hamburg stattgefundenen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier erklärte Betriebsratsvorsitzender Ernst Späth vom Franzis-Druck in München: „Die Schlußfolgerungen unserer Organisation müssen folgende sein:

1. Die Unternehmer richten durch diese Profitwirtschaft ein Chaos an; deshalb brauchen wir die Mitbestimmung im Betrieb und die überbetriebliche Mitbestimmung sowie die Investitionskontrolle.
2. Der DGB muß die ganze solidarische Kraft aller IG einsetzen, damit ein Gesetz zustande kommt, das Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen verbietet.
3. Wir sollen uns an das Grundgesetz erinnern, in dem die Art. 14 und 15 bestimmen: Eigentum verpflichtet, wer es mißbraucht, kann enteignet werden.

A. C.

VW: Profite um jeden Preis

„Neue Abfindungsaktion für 6000 VW-Beschäftigte“, „VW: Mehr als 15 000 sollen gehen“ – das sind nur einige Schlagzeilen der letzten Tage, die der VW-Konzern im bundesdeutschen Blätterwald machte. Das Volkswagen-Werk wurde jahrzehntelang mit dem Nimbus der Unfehlbarkeit kapitalistischer Wirtschaftspolitik umgeben. Doch was geblieben ist, ist rauher kapitalistischer Alltag. Fest steht, durch „Aufhebungsverträge“ sollen bis Weihnachten dieses Jahres 6000 VW-Arbeiter von selbst den Hut nehmen. Mit anderen Worten: jeder 20. VW-Beschäftigte muß nach Auffassung Leidings gehen. Das ist Massenentlassung mit anderen Mitteln.

Die Volkswagen AG exportierte 1973 genau 476 295 Automobile in die USA. Das ist jedes dritte in der VW-AG produzierte Auto. Diesen Markt will VW ausbauen und sich dadurch zusätzliche Profite schaffen. Das soll geschehen durch Produktionsverlagerung in die USA; denn gegenwärtig wird VW mit jährlich 25 Millionen DM „belastet“, wenn der Dollar um nur einen Pfennig sinkt. Die Devise lautet also: Kapital exportieren, wenn es an anderen Stellen höhere Profite sichert. Um die gefährdeten 40 000 bis 50 000 Arbeitsplätze kümmern sich die Konzernherren nicht.

In den VW-Werken in der Bundesrepublik: Kurzarbeit und sinkende Belegschaftsstärke; in „VW do Brasil“, so wurde durch einen Vertrag zwischen dem VW-Konzern und den Behörden in Brasilien festgelegt: keine Kurzarbeit, ständig wachsende Belegschaft, ständig steigende Produktion. Wie sagte doch Leiding: „In der Zeit, die ich brauche, um in Deutschland eine Mark Gewinn zu machen, habe ich in Brasilien längst fünf Mark in der Tasche.“ Verschwiegen hat er, daß in Brasilien ein VW-Arbeiter zwischen 200 und 400 DM im Monat verdient und daß die Gewerkschaften in Brasilien verboten sind.

300 000 DM jährliche Pension bekommt der teuerste „Frührentner“ der Bundesrepublik, Dr. Lotz (ehemals Vorsitzender des VW-Vorstandes). Angesichts dieser Tatsache wagte es Leiding zu erklären, daß der VW-Konzern „vollständig ruiniert sei, wenn auch nur die Hälfte der irrationalen und idiotischen Forderungen der deutschen Gewerkschaften erfüllt wird“. Deutlicher geht's nicht mehr! Die Arbeiter und Angestellten des VW-Konzerns sollen den Gürtel enger schnallen, damit die Profite stimmen. Das ist gewöhnlicher Kapitalismus.

H. P.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Index der industriellen Nettoproduktion

	August 74	Veränderung in % geg. Juli 74	August 73
Gesamte Industrie	153,9	- 4,2	- 2,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	201,4	- 3,9	- 1,9
Investitionsgüterindustrie	138,6	- 7,6	- 1,5
Verbrauchsgüterindustrie	131,0	- 5,6	- 8,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/74, S. 65)

2. Index des Auftragseingangs der Industrie

	Veränderung in % im August 74 geg.					
	Insges.	Juli 74	Inland	Ausland	Insges.	August 73
					Inland	Ausland
Gesamte Industrie	- 5,1	- 7,2	+ 0,3	+ 11,5	+ 3,4	+ 32,7
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	- 6,4	- 7,7	- 3,4	+ 22,0	+ 13,8	+ 44,5
Investitionsgüterind.	- 3,6	- 8,2	+ 4,1	+ 9,0	- 1,6	+ 29,9
Verbrauchsgüterind.	- 6,0	- 5,0	- 11,3	- 3,1	- 5,0	+ 9,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/74, S. 66)

3. Preisindizes (1970 = 100)

	August 74	Veränderung in % geg. Juli 74	August 73
Industrielle Erzeugerpreise	131,3	+ 0,4	+ 14,1
Ausfuhrpreise	134,2	+ 0,8	+ 19,2
Eisen und Stahl	139,4	0,0	+ 18,7
Chemische Erzeugnisse	133,2	+ 0,6	+ 28,2
Mineralölzeugnisse	179,0	- 1,3	+ 38,1
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise (1961/62 bis 1962/63 = 100)	111,3	+ 0,2	- 6,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/74, S. 68; Wirtschaft und Statistik, 9/74, S. 575/76)

	September 74	Veränderung in % geg. August 74	September 73
Private Lebenshaltung (1970 = 100)	128,1	+ 0,3	+ 7,3

(Quelle: Wirtschaftswoche, Nr. 43/74, S. 11)

4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	September 74	Differenz geg. August 74	September 73
Arbeitslose	557	+ 30	+ 338
Kurzarbeiter	265	+ 160	+ 229
Offene Stellen	298	- 41	- 315

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/74, S. 65)

5. Index der Tariflöhne auf Monatsbasis (1962 = 100)

	August 74	Veränderung in % geg. Juli 74	August 73
Gesamtwirtschaft	247,1	+ 0,1	+ 12,0
Industrie	249,6	0,0	+ 12,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 10/74, S. 69)

Gesetzentwurf für Preisstopp

Entsprechend einer Festlegung der 5. Parteivorstandstagung vom 13. und 14. Oktober 1974 hat die DKP einen „Gesetzentwurf für Preis- und Mietstopp sowie demokratische Preiskontrolle“ vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf sei nach einer Presseverlautbarung eine der Maßnahmen, die die DKP im Rahmen der „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ eingeleitet habe.

Die 4 Paragraphen umfassende Gesetzesvorlage sieht vor, daß die „Fabrikabgabepreise, Großhandelspreise des konzernabhängigen Zwischenhandels, die Preise für alle Güter und Dienstleistungen, wie z. B. Lebensmittel, Getränke, für Wohnung, Bekleidung, Textilien, Schuhe, Brenn- und Treibstoffe, Hausrat, Mieten, Postgebühren, Personen- und Transportleistungen der Bundesbahn sofort gestoppt“ werden.

Im Paragraph 2 wird ein sofortiger Mietstopp verlangt, bis eine gesetzliche Begrenzung der Mieten erfolgte, nach der für eine familiengerechte Wohnung die Miete 12 Prozent vom Nettoeinkommen des Hauptverdieners nicht überschreiten soll; leerstehende Wohnungen sind nach drei Monaten zur gesetzlich festzulegenden Sozialmiete zu belegen. Eine Senkung der Preise und Mieten (Paragraph 3) soll unter anderem erreicht werden durch Abbau der Handelsspannen bei den marktbeherrschenden Unternehmungen, Fortfall der Mehrwertsteuer bei Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie Offenlegung der Preis- und Gewinnkalkulation aller Unternehmen, die einen Marktanteil von über 5 Prozent beherrschen.

Schließlich sind im Paragraph 4 örtliche und betriebliche Preiskontrollinstanzen vorgesehen, die sich aus Gewerkschaften und Betriebsräten, Verbraucherverbänden, demokratischen Jugend- und Frauenorganisationen des Mittelstandes und der Bauern zusammensetzen sollen. Wörtlich heißt es: „Sie haben alle Rechte und Vollmachten, die Kontrolle der Industriepreise und der Großhandelspreise sowie der Preisspannen im Großhandel, von Mieten, Tarifen, Zöllen, Zinsen, Gebühren und Abgaben zu gewährleisten.“

In der Begründung beruft sich die DKP auf die im Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes enthaltene Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Fabriken, Werken und Dienstleistungseinrichtungen sowie Großbesitz an Grund und Boden. Ein mit dem Preisstopp verbundener Lohnstopp wird von der DKP strikt abgelehnt. Mit Preisstopp und demokratischer Preiskontrolle wäre es möglich, einen Damm gegen Preisflut und Inflation zu errichten.

ick

IG Druck und Papier fordert: Konzertierte Aktion verlassen

Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten in den Zeitungskonzernen, Beendigung der Mitarbeit des DGB in der konzertierten Aktion und weitere gewichtige Forderungen verlangten die 271 Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier, der vom 13. bis 19. Oktober 1974 in Hamburg stattfand. Ergebnisse und Verlauf dieses Gewerkschaftstages sind beispielgebend für eine an Arbeiterinteressen orientierte Gewerkschaftspolitik. Viele Forderungen der Arbeiterschaft fanden in den 417 Anträgen und 40 Initiativanträgen, über die die Delegierten zu entscheiden hatten, ihren Niederschlag. (Vgl. auch Auszüge aus Reden und Diskussionsbeiträgen sowie Beschlüsse im Einhefter.)

Bei den mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht für die vergangenen drei Jahre spielte der Zeitungsstreik im April 1973 eine beachtliche Rolle. Mit einem Tag Streik habe man mehr erreichen können als mit wochenlangen Verhandlungen, betonte der wiedergewählte 1. Vorsitzende, Leonhard Mahlein. Seine Gewerkschaft sei gestärkt aus dem Arbeitskampf hervorgegangen.

Trotz des Verlustes von mehr als 10 000 Arbeitsplätzen infolge der Pressekonzentration und von Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Druckindustrie und der Papierverarbeitung von 1970 bis 1973 war es möglich, in dieser Zeit die Mitgliederzahl von 151 300 auf 161 500 und den Organisationsgrad von 42,1 auf 45,9 Prozent zu erhöhen. Der Zuwachs der Zahl der weiblichen Mitglieder war mit 9,6 Prozent wesentlich größer als bei den männlichen Mitgliedern, wo er 4 Prozent betrug, berichtete die Frauensekretärin Gisela Keßler.

Lohnleitlinien und andere Disziplinierungsmittel sowie Maßhaltappelle von Unternehmern und Vertretern der Bundesregierung wies der 2. Vorsitzende, Herbert Schwiedel, entschieden zurück. Nachdem diese Position in der ausführlichen Diskussion zu den mündlichen und schriftlichen Geschäftsberichten, bei der 45 Delegierte das Wort nahmen, bekräftigt wurde, bekannte sich der Gewerkschaftstag zur aktiven Lohn- und Gehaltstarifpolitik.

Folgerichtig hat sich der Gewerkschaftstag entschieden dafür eingesetzt, „daß der DGB und seine Gewerkschaften sich nicht mehr an der sogenannten konzertierten Aktion beteiligen“. In der Begründung dazu wird hervorgehoben: „Die Ausrichtung der Gewerkschaften an einem angeblichen Allgemeinwohl und Staatsinteresse stärkt die Position der Unternehmer und schwächt die Position der Lohnabhängigen.“ Nach der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat damit eine zweite DGB-Gewerkschaft

den Austritt aus der konzertierten Aktion verlangt.

Ebenso ist ein Beschluß beachtlich, der den Hauptvorstand auffordert, die bestehenden Schieds- und Schlichtungsordnungen zu kündigen und dahingehend zu ändern, daß die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften erweitert wird. Für diesen ursprünglich zur Ablehnung empfohlenen Antrag hatte sich insbesondere der hessische Landesbezirksvorsitzende Max Melzer eingesetzt.

Mitbestimmung

Unter dem Eindruck der Sorge um den Arbeitsplatz als Folge kapitalistischer Rationalisierungsmaßnahmen und der Pressekonzentration bekam die Forderung nach Mitbestimmung in Hamburg ein besonderes Gewicht. Da offensichtlich die Bundesregierung nicht bereit ist, den gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen zu entsprechen und den Tendenzschutzparagrafen 118 im Betriebsverfassungsgesetz ersatzlos zu streichen — das ging auch aus einer Begrüßungsrede von Bundesarbeitsminister Walter Arendt hervor — hatte der Hauptvorstand im Vorfeld des Gewerkschaftstages zwei Tarifvertragsentwürfe dem Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) vorgelegt. Darin wird „wirtschaftliche Mitwirkung und personelle Mitbestimmung“ sowie eine „Kompetenzabgrenzung zwischen Verlegern und Redaktionen“ in Zeitungsverlagen und Druckereien gefordert.

Diese Entwürfe sind eine Antwort auf die in Stuttgart begonnene, in Bremen, Düsseldorf, Essen und Dortmund fortgesetzte sowie in Köln, München, Hannover, Hamburg und Westberlin bevorstehende Zusammenlegung von Zeitungen und Druckereien. „Die Welle von Konzentrationsmaßnahmen hat bereits Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet und gefährdet die wirtschaftliche Exi-

stenz von Tausenden Kollegen. Sie schränkt darüber hinaus die im Grundgesetz geforderte Informations- und Meinungsfreiheit weiter ein“, heißt es in der angenommenen Entschliebung.

Um diese Tarifverträge sehr schnell durchzusetzen, hat der Gewerkschaftstag den Hauptvorstand der IG Druck und Papier beauftragt, unverzüglich einen Sondertarifausschuß „Pressekonzentration“ einzurichten, dem auch Betriebsräte und Journalisten aus dem am stärksten von der Konzentrationswelle betroffenen Landesbezirken angehören sollen. Der Sondertarifausschuß hat die Aufgabe, mit dem BDZV unverzüglich Verhandlungen über die genannten Tarifverträge aufzunehmen und sich einen konkreten Überblick über weitere Konzentrationsmaßnahmen von Zeitungsverlagen und Druckereien zu verschaffen. In der erwähnten Entschliebung wurde der Hauptvorstand ermächtigt, „für den Fall, daß die Verleger auf Zeitgewinn spielen und nicht bereit sind, über die ihnen vorliegenden Tarifvertragsentwürfe zu verhandeln, den Einsatz zweckmäßiger gewerkschaftlicher Kampfmittel zu prüfen und vorzubereiten“.

Die Durchsetzung dieser Tarifverträge ist um so notwendiger, da im Regierungsentwurf zur Mitbestimmung wesentliche Forderungen des DGB unberücksichtigt blieben. Darum hat der Gewerkschaftstag diese Regierungsvorlage einmütig abgelehnt. In einem umfangreichen Beschluß wird neben der unverfälschten Parität in den Aufsichtsorganen u. a. verlangt, daß es für die sogenannten Tendenzbetriebe und Tendenzunternehmen keine Ausnahmebestimmungen mehr geben dürfe, eine „Rechenschaftspflicht der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat gegenüber den Arbeitnehmern und Betriebsräten des Unternehmens“ festzulegen sei und es eine Möglichkeit geben müsse, „Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat“ abzuwählen.

Der Gewerkschaftstag erwartet von allen gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten, daß sie sich bei der Beratung des Gesetzes für die legitimen Anliegen der Gewerkschaften einsetzen und entscheiden, heißt es in dem Beschluß. Zusätzlich sollen Maßnahmen eingeleitet werden, um den gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen in der Öffentlichkeit einen größeren Nachdruck zu verleihen.

Neben der Aufhebung des im BetrVG enthaltenen Tendenzschutzparagrafen 118 für Zeitungsverlage und Druckereien — er setzt wesentliche Bestimmungen des BetrVG, z. B. Bildung eines Wirtschaftsausschusses, außer Kraft — sind weitere Forderungen für eine Novellierung des BetrVG erhoben worden. In dem verabschiedeten 11-Punkte-Programm setzt sich die IG Druck und

Papier u. a. dafür ein, klarzustellen, „daß der Betriebsrat Interessenvertreter der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber“ ist, das Gebot der Friedenspflicht zu ändern und das Verbot der parteipolitischen Betätigung zu streichen.

Gemeineigentum

Verurteilt haben die Delegierten den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Der DGB-Bundesvorstand wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß insbesondere die „Investitions- und Preispolitik von marktbeherrschenden Unternehmungen und ihre Konzentrationsbestrebungen der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen“ sei. Weiter heißt es: „Darüber hinaus ist die Forderung des DGB-Grundsatzprogrammes zu verwirklichen, die Schlüsselindustrien und die anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen.“

In diesem Zusammenhang sollten auch die marktbeherrschenden Zeitungs- und Verlagsunternehmen, wie z. B. der Springer-Konzern nicht außer Acht gelassen und der Arbeiterpresse mehr Raum gegeben werden. Über die Ausschaltung der Presse der Arbeiterbewegung machte der Delegierte Emil Carlebach bedeutsame Ausführungen, die den Beifall des Kongresses fanden:

Nach 1945 habe sich „die Lizenzpresse zu einer kapitalistischen Verlegerpresse rückentwickelt. Aber wir sollten doch auch nicht verschweigen, daß durch Befehl und Verbot (der Besatzungsmächte — W. P.) unsere Gewerkschaftspresse überhaupt erst zugelassen wurde, nachdem die kapitalistische Verlegerpresse den Markt beherrschte. Ich möchte erwähnen, daß seit 1956 die kommunistische Presse verboten und enteignet wurde und man heute auf kaltem freimarktwirtschaftlichem Wege die sozialdemokratische Presse zu liquidieren dabei ist. Das ist die konkrete Form kalter Gleichschaltung, für die man keinen Goebbels benötigt, die aber einen Springer groß werden ließ“.

Daß die IG Druck und Papier bereit ist, sich gegen alle Angriffe auf die Demokratie zur Wehr zu setzen, zeigt ein angenommener Antrag gegen die Praxis der Berufsverbote. Darin sprachen sich die Delegierten dafür aus, daß der entsprechende Ministerpräsidentenerlaß vom 28. Januar 1972 aufgehoben, das Beamtenrechtsrahmengesetz nicht verändert und die schon praktizierten Berufsverbote rückgängig gemacht werden müssen. In der Begründung zu diesem Beschluß wird der Ministerpräsidentenerlaß wie folgt eingeschätzt: „Er leistet Denunziantentum und Gesinnungsschnüffelei Vorschub und ist geeignet, jede Kritik an gesellschaftlichen Zuständen im Keim zu ersticken.“

Rüstung senken

Bekräftigt hat der Gewerkschaftstag das Verlangen nach Abrüstung und die Bundesregierung aufgefordert, die laufenden Abrüstungsverhandlungen in Wien und Genf aktiv zu unterstützen sowie die Entspannungspolitik konsequent weiterzuführen. Konkret sprachen sich die Delegierten dafür aus, ab sofort den Rüstungsetat nicht mehr zu erhöhen und als nächsten Schritt die Rüstungsausgaben um 20 Prozent zu senken. Die Rüstung sei „Grundübel der kapitalistischen Ordnung“, erklärte

Mahlein zur DKP

Im Zusammenhang mit gewerkschaftsfeindlichen Gruppierungen nahm der 1. Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, zur DKP Stellung:

„Man sagt: Heute sind es die, morgen ist es die DKP. Ich kann mir bei meinen Amtskollegen im Bundesvorstand vielleicht Unmut zuziehen, aber für die Industriegewerkschaft Druck und Papier — das gilt auch für manche anderen Gewerkschaften im DGB — möchte ich eindeutig hier vor diesem Gewerkschaftstag zum Ausdruck bringen: Wir meinen damit nicht die DKP, sondern wir gehen davon aus, daß sich die DKP immer zur Einheit der Gewerkschaften bekannt hat und daß sie das auch weiterhin tun wird und sich nicht gegen die Einheitsgewerkschaften stellen wird. Deswegen ist das für uns überhaupt kein Diskussionsobjekt.“

(Lebhafter Beifall)

Tagesprotokoll, 10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, 4. Tag, Hamburg, vom 13. bis 19. Oktober 1974, S. 287/288.

der Delegierte Harald Frey. Er kritisierte das Projekt eines neuen Mehrzweckkampfflugzeuges und sagte im Hinblick auf die Konzerne: „Nie waren die Gewinne im Rüstungsgeschäft so gesichert, politisch so verankert, so astronomisch hoch wie gerade in dieser Zeit.“

Beachtliche Aussagen machte der Gewerkschaftstag zur internationalen Gewerkschaftspolitik. Im Interesse des Auf- und Ausbaues gewerkschaftlicher Gegenmacht zu den internationalen Kapitalverflechtungen soll die Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften, ungeachtet von deren ideologischen und politischen Bindungen, entwickelt werden. Der Ausbau der Beziehungen zu den größten Gewerkschaften Frankreichs und Italiens, CGT und CGIL, wurde in dem vom Hauptvorstand ein-

gebrachten Initiativantrag ausdrücklich hervorgehoben. Begrüßt hat der Kongreß die für Ende Februar 1975 einberufene Konferenz aller Gewerkschaftsbünde Europas zu dem Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“ und „weitere gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenzen“ als „nützlich und erstrebenswert“ bezeichnet.

Die erstmals auf einem IG-Druck- und Papier-Gewerkschaftstag anwesenden Vertreter der entsprechenden Gewerkschaften der sozialistischen Länder, darunter auch aus der Sowjetunion und der DDR, wurden von den Delegierten mit viel Beifall begrüßt. Einmütig bekundete der Gewerkschaftstag seine Solidarität mit dem chilenischen Volk; spontan spendeten die Delegierten 1830 DM.

Angesichts der wachsenden Angriffe der Unternehmer und ihrer Interessenvertreter bekannte sich der Gewerkschaftstag mit allem Nachdruck zur Verteidigung und Stärkung der Einheitsgewerkschaft und erklärte er die Drohung der CDU-Sozialausschüsse, Spalterlisten auf den kommenden Betriebsrätewahlen aufzustellen, für unvereinbar mit der Satzung der IG Druck und Papier. Ebenso wird in dem Beschluß die Mitgliedschaft in der neonazistischen NPD sowie die Unterstützung der gewerkschaftsfeindlichen Zielsetzung von „pseudo-linken Splittergruppen“ als gewerkschaftsschädlich, entsprechend der Satzung, erklärt.

Starke Gewerkschaft

Ausdrücklich hob der 1. Vorsitzende, Leonhard Mahlein, hervor, daß mit diesem Beschluß — er wurde umgeändert von „Bekämpfung des politischen Extremismus“ in „Bekämpfung gewerkschaftsfeindlicher Gruppierungen und Aktivitäten“ — die DKP nicht gemeint wäre, da sie sich immer zur Einheit der Gewerkschaften bekannt habe (siehe nebenstehenden Wortlaut). Allerdings muß in der Praxis darauf geachtet werden, daß die notwendige Abgrenzung von Gewerkschaftsfeinden nicht dazu führt, daß kritische Gewerkschafter ausgeschlossen werden bzw. eine Verteufelung von aktiven Gewerkschaftern erfolgt.

Viel Zeit ging während des Gewerkschaftstages durch langwierige Satzungsdebatten verloren, die insbesondere die Beitragsregelung und die gewerkschaftlichen Unterstützungen betrafen. Nach langen Diskussionen einigte man sich, den Beitrag zu erhöhen; der niedrigste Beitrag für Teilzeitschäftige bis 550 DM beträgt ab 1. 4. 1974 monatlich 6 DM und der höchste Beitrag für Einkommen über 2500 DM 32 DM. Von den Unterstützungen wurden einige bisher gewährte Leistungen, z. B. Heiratsbeihilfe für weibliche Mitglieder, ersatzlos gestrichen. Positiv

DPG-Kongreß verabschiedete Programm und neue Satzung

Mit der Annahme des „Gesellschafts- und berufspolitischen Programms“ und einer neugefaßten Satzung endete der 11. ordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), der vom 20. bis 26. Oktober 1974 in Hamburg stattfand. Die 418 stimmberechtigten und 167 Delegierten mit beratender Stimme – darunter 107 hauptamtliche Funktionäre – hatten über 1766 Anträge zu beraten, nachdem vorher über die Arbeit der vergangenen drei Jahre Rechenschaft abgelegt wurde. Verlauf und Aussagen des Kongresses waren nicht frei von Widersprüchen. (Siehe auch Auszüge aus Reden und Beschlüssen im Einhefter.)

Der im Frühjahr 1974 erstmals in der Geschichte der DPG durchgeführte Streik vermittelte wesentliche Impulse auf dem Kongreß und zeigte zugleich ein gewachsenes gewerkschaftliches Bewußtsein bei der Mehrheit der 400 000 organisierten Mitglieder der DPG. Wenn dies auf dem Kongreß nur teilweise zum Ausdruck kam, so hängt das auch mit der Zusammensetzung der Delegierten zusammen. Von den 418 Delegierten waren 330 Beamte, davon nur 26 Vertreter des einfachen Dienstes, obwohl letztere bei den Beschäftigten der Deutschen Bundespost eine Mehrheit bilden. Ebenso unterrepräsentiert waren die jugendlichen Mitglieder, die 25 Prozent der Gesamtmitgliedschaft stellen.

Dennoch erntete das SPD-Präsidiumsmitglied Dröschner Proteste, als er sich

in seiner Begrüßungsrede in die inneren Angelegenheiten der DPG einmischte und Gehaltsforderungen von nur 10 Prozent für die kommende Tarifrunde für „unrealistisch“ erklärte. Während der Diskussion zum Geschäftsbericht, bei der 65 Delegierte sprachen, wurde Dröschner mehrfach hart kritisiert. Ein Delegierter fragte, ob Dröschner sich in der Tür geirrt und geglaubt habe, auf einer Unternehmerversammlung zu sprechen. Es sei notwendig, „derartige Angriffe auf die Tarifautonomie mit Entschiedenheit zurückzuweisen“.

Anknüpfend an den letzten Tarifabschluß, bei dem eine Mindesterrhöhung der Löhne und Gehälter von 170 DM durchgesetzt werden konnte, beschloßen die Delegierten gegen das Votum des Hauptvorstandes, bei künftigen

ist jedoch eine neue Satzungsbestimmung, nach der die Leitungen der betrieblichen Vertrauensleutekörper vom Ortsverein zu einem Ausschuß zusammengefaßt werden können. Abgelehnt hat der Gewerkschaftstag eine Vorlage des Hauptvorstandes, die vorsah, die Antragsberechtigung der Frauen- und Jugendkonferenzen auf Jugend- bzw. Frauen-spezifische Fragen zu beschränken.

Nicht gefolgt ist die Mehrheit der Delegierten der Beschwerde der 1973 aus der IG Druck und Papier ausgeschlossenen Funktionäre der Deutschen Journalisten-Union (dju), Mettke und Reiner. Jedoch äußerten sich zahlreiche Delegierte bei Gesprächen, daß beiden jetzt die Möglichkeit einer Wiederaufnahme in die IG Druck und Papier eingeräumt werden sollte. Um die auf dem Gewerkschaftstag sichtbar gewordenen Spannungen zwischen der Berufsgruppe der dju und dem zuständigen geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglied und Redakteur, Eugen Stotz, auszuräumen, wären klärende Gespräche,

bei denen das Gemeinsame im Vordergrund stehen sollte, sicher sehr nützlich.

Bei den Wahlen zum Hauptvorstand gab es folgende Abstimmungsergebnisse: Von den 269 abgegebenen Stimmen erhielt der 1. Vorsitzende, Leonhard Mahlein, 243; der 2. Vorsitzende, Herbert Schwiedel, 217; der Sekretär Heinz Müller 233; der Kassierer, Werner Schüßler, 239; der Redakteur, Eugen Stotz, 184; der Jugendsekretär, Gert Beu, 139; die Frauensekretärin, Gisela Keßler, 217 Stimmen.

Anläßlich des Gewerkschaftstages hat der Hauptvorstand einen Programmentwurf mit dem Titel „Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts“ vorgelegt. Er soll in den nächsten Jahren in der Mitgliedschaft diskutiert werden und zugleich ein Beitrag für eine eventuelle Neufassung des DGB-Grundsatzprogramms sein. NACHRICHTEN werden in einer der nächsten Ausgaben auf den rund 100 Seiten umfassenden Entwurf zurückkommen. Werner Petschick

Lohn- und Gehaltsforderungen neben der Prozentforderung einen festen Sockelbetrag zu verlangen, damit die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nicht weiter benachteiligt werden. Außerdem beschloß der Kongreß, bei kommenden Tarifbewegungen stärker die Forderungen der Mitglieder zu berücksichtigen.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Diskussion und Verabschiedung des „Gesellschafts- und berufspolitischen Programms“, mit dem die DPG zugleich einen Beitrag für eine eventuelle Neufassung des DGB-Grundsatzprogramms leisten will. Zur Begründung des Programms führte der wiedergewählte Vorsitzende, Ernst Breit, aus, daß sich die DPG bisher mit der schmalen Basis der Berufspolitik begnügt habe. „Heute wissen wir, daß Berufspolitik nicht erfolgreich betrieben werden kann, wenn die gesellschaftspolitische Grundorientierung fehlt.“

In dem Programm wird festgestellt, „daß der vom Grundgesetz geforderte soziale Rechtsstaat noch nicht verwirklicht ist“. Kennzeichnend für das Wirtschaftssystem sei das Privateigentum an den Produktionsmitteln, auf deren Grundlage sich ein fortschreitender Konzentrationsprozeß vollziehe, der zu einer Machtzusammenballung in den Großunternehmen und Unternehmensgruppen geführt habe und die „Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht – auch zu politischen Zwecken – ständig“ wachse.

Davon ausgehend verlangt das Programm die paritätische Mitbestimmung in allen privaten Großunternehmen und allen öffentlichen Unternehmen sowie „öffentliche Kontrolle der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen. Je nach Umfang und Bedeutung sind diese in Gemeineigentum zu überführen“, heißt es wörtlich.

Fußend auf die Feststellung: „Die Rechtsprechung ist Ausdruck der Machtverhältnisse“, verlangt das Programm das Verbot der Aussperrung, ein einheitliches Dienstrecht und das darin eingeschlossene Streikrecht für Beamte und Lehrlinge. Von den sozialpolitischen Forderungen, die vom Gesundheitsschutz über das Bildungswesen bis zum gleichen Lohn für gleiche Arbeit reichen, sind besonders hervorzuheben: „Die Wochenarbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden herabgesetzt... Der Mindesturlaub für alle beträgt 6 Wochen.“

Diese Forderungen sind von den Unternehmerverbänden und Vertretern der Bundesregierung stark angegriffen worden. Bedauerlicherweise ist der Hauptvorstand vor diesem Druck zurückgewichen und will die Verwirklichung dieser Forderungen „erst in der Perspektive“ in Angriff nehmen. Angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit wäre gerade heute die schrittweise Durch-

setzung der 35-Stunden-Woche sowie die Verlängerung des Mindesturlaubs auf 6 Wochen ein wirksames Mittel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Sowohl im neuen Programm als auch bei den offiziellen Reden während des Kongresses zeigten sich Illusionen über den kapitalistischen Staat in der Bundesrepublik. Einerseits blieben Aussagen wie: „Das ist unser Staat“ oder: „Der Staat, das sind wir“ unwidersprochen; andererseits wurde anhand der konkreten Wirklichkeit, insbesondere während des Streiks im Frühjahr des Jahres, sichtbar, daß in diesem Staat nicht die Gewerkschaften, sondern die großen Konzerne das Sagen haben.

Die neugefaßte Satzung, die ebenso wie das Programm vor der endgültigen Verabschiedung in einem Arbeitskreis beraten wurde, steht in einigen Punkten im Widerspruch zum Programm. Beispielsweise stellt das Programm fest, daß der soziale Rechtsstaat noch nicht verwirklicht ist, die Satzung hingegen macht zur Aufgabe, diesen sozialen Rechtsstaat zu sichern und auszubauen. Als Anpassung an die vorhandenen Realitäten ist zu werten, daß die Satzungsbestimmung: „Die DPG hat ihren Sitz in Berlin“ gestrichen wurde. Neu in die Satzung aufgenommen wurde die Einrichtung eines gewerkschaftlichen Kampffonds, den es bisher noch nicht gab.

Von den Anträgen, die nicht zu Programm und Satzung gestellt wurden, sind einige internationale Initiativen hervorzuheben. In einem Telegramm an den UNO-Generalsekretär Waldheim hat der Kongreß die Vollversammlung der Vereinten Nationen ersucht, „wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit dem Terror in Chile ein Ende gesetzt wird, alle politischen Gefangenen freigelassen und die Menschenrechte wiederhergestellt werden“. In einer weiteren Chile-Resolution riefen die Delegierten zur verstärkten Solidarität in der Bundesrepublik auf. Ferner beschloß der Kongreß, mit dem größten Gewerkschaftsbund Frankreichs – CGT – und dem FDGB in der DDR Beziehungen aufzunehmen.

Widersprüchliche Aussagen gab es zur DKP. Als nach der Verlesung des Grußschreibens der DKP die Delegierten nicht nur Beifall spendeten, sondern ein Teil auch Unmutsäußerungen von sich gab, sah sich Ernst Breit veranlaßt, längere Ausführungen zur DKP zu machen. Er bescheinigte den DKP-Mitgliedern, daß sie „in der Regel fleißige und eifrige Gewerkschafter“ wären und in dem Grußschreiben kein Wort enthalten sei, „gegen das wir uns wenden müßten“. Auf der anderen Seite unterstellte er der DKP, sie würde in den Gewerkschaften Parteipolitik betreiben. Diese Behauptung steht im Widerspruch zur erklärten Politik der DKP, die fest auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft steht. Dies haben auf vorange-

Bundesarbeitstagung der IG Chemie: Nicht auseinanderdividieren lassen!

Vom 7. bis 9. Oktober 1974 fand in der Nürnberger Meistersingerhalle eine Bundesarbeitstagung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik statt. Da die Presse nicht zugelassen war – die Tagung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt – haben wir den Delegierten Willi Malkomes gebeten, für NACHRICHTEN einen Beitrag über Verlauf und Ergebnisse der Bundesarbeitstagung zu schreiben. Nachfolgend sein Bericht:

600 Teilnehmer, die sich aus den Delegierten des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages und den hauptamtlichen Funktionären der Verwaltungsstellen der Bezirke und aus den Mitarbeitern des Hauptvorstandes zusammensetzten, berieten in folgenden vier Arbeitsgruppen: Tarifpolitik, gewerkschaftliche Betriebspolitik, gesellschaftliche Perspektiven, technologische Entwicklung. Für diese Gruppen hatten die Hauptabteilungen des Hauptvorstandes Thesenpapiere zusammengestellt. Es wurde lebhaft, offen und hart diskutiert.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit den gesellschaftspolitischen Perspektiven befaßte, diskutierte unter anderem das DGB-Grundsatzprogramm und seine Auslegung in Nah- und Fernziele. Bei allen vorgetragenen, zum Teil sehr un-

terschiedlichen Standpunkten wurde jedoch festgestellt, daß dieses Grundsatzprogramm des DGB von der IG Chemie nicht in Frage gestellt wird und auch einzelne Forderungen nicht ausgeklammert werden sollen. Sein Inhalt besitze auch heute volle Gültigkeit. Allerdings müsse man gleichzeitig erkennen, daß zur Zeit die politischen Voraussetzungen fehlten, um dieses Grundsatzprogramm in Teilbereichen der Wirtschaft realisieren zu können.

Ein großer Teil der Diskussionsteilnehmer in dieser Arbeitsgruppe vertrat die Auffassung, daß die Arbeitnehmer von heute die Durchführung von Reformen für dringlicher halten, als die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Dieser Auffassung wurde von anderen Teilnehmern entgegengehalten, daß die Gewinne der Schlüsselindustrien, wenn sie in Gemeineigentum überführt worden seien, auch zur Finanzierung der dringend notwendigen Reformen verwendet werden können. Gerade an dieser Diskussion wurden die Gegensätze sehr deutlich. Es war aber auch klar ersichtlich: Das DGB-Grundsatzprogramm ist eine gute Plattform für eine gemeinsame Gewerkschaftsarbeit, und es wird auch in Zukunft in der IG Chemie ernstgenommen.

Die Berichterstatter der einzelnen Arbeitsgruppen gaben am dritten Tag im Plenum zusammenfassende Berichte. Daraus wurde deutlich, daß es in den einzelnen Arbeitsgruppen lebhaft Diskussionen und Abänderungsvorschläge zu den vom Hauptvorstand vorgelegten Papieren gegeben hat.

In einem Schlußwort betonte der Vorsitzende der IG Chemie, Karl Hauen-schild, daß diese Arbeitstagung eine gelungene Veranstaltung gewesen sei, was nicht zuletzt in der Lockerheit und erfrischenden Deutlichkeit seinen Ausdruck fand. Dies könnte mit dazu beitragen, daß jeder Teilnehmer aus dieser Arbeitstagung gelernt habe. Das Diskussionsfeld innerhalb der Organisation sei erweitert und vertieft worden. Die Diskussionen müßten als Ansätze für weitere Gespräche auf allen Ebenen zwischen den Betrieben, den Verwaltungsstellen, den Bezirken und dem

gangenen Gewerkschaftstagen der IG-Metall-Vorsitzende Loderer und der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, ausdrücklich bestätigt.

Bei allen noch vorhandenen Widersprüchen wurde auf dem Kongreß deutlich, daß sich die DPG in den vergangenen 25 Jahren von einer mehr oder weniger berufsständischen Organisation zu einem Interessenvertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten entwickelt habe. Die DPG steht nicht mehr, wie während der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, auf dem Flügel im DGB, der sich nur von den Ideen der Sozialpartnerschaft leiten läßt. Jetzt wird es darauf ankommen, den Kampf um die Verwirklichung des Programms zu beginnen. Dazu will der neugewählte Hauptvorstand Anfang nächsten Jahres ein konkretes Aktionsprogramm vorlegen.

Bei den Wahlen des Vorsitzenden und seiner drei Stellvertreter gab es folgende Ergebnisse: Von 409 abgegebenen Stimmen erhielt Ernst Breit 369, seine Stellvertreter Gustav Fehrenbach (von 415) 338, Heinz Esders 347 und Erich Huber 359 Stimmen.

Werner Petschick

Angestellte brauchen zunehmend gewerkschaftlichen Schutz

„Angestellte — Konzerne — Mitbestimmung“; unter diesem Motto führte der DGB vom 9. bis 11. Oktober 1974 in Braunschweig seinen 8. Bundesangestelltentag durch. Das Fazit: Auch die Angestellten, vor allem in den Konzernbetrieben, spüren zunehmend ihre abhängige berufliche und gesellschaftliche Lage, eine wachsende Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze. Immer mehr Angestellte erkennen die Notwendigkeit, sich — ebenso wie die Arbeiter — gewerkschaftlich zu organisieren.

Nach den Worten des für die Angestelltenarbeit zuständigen Vorstandsmitglieds des DGB, Günter Stephan, gibt es „kaum noch Forderungen der Angestellten...“, die sich grundsätzlich von denen aller Arbeitnehmer unterscheiden. Die Gewerkschaften dürften „nicht müde werden, allen Angestellten die zunehmende Schutzbedürftigkeit ihrer Stellung im Arbeitsprozeß vor Augen zu führen, die aus der Unsicherheit am Arbeitsplatz, im Einkommen und in der Altersversorgung resultiert“. Stephan nannte die Zahl von 154 000 arbeitslosen Angestellten, davon als größte Gruppe 73 600 in Büro- und Verwaltungsberufen. Am stärksten seien von der Arbeitslosigkeit die weiblichen Angestellten betroffen.

Entsprechend dem Konferenzmotto stand die Forderung nach Mitbestimmung im Mittelpunkt der Diskussion.

In einer Entschließung stellte der Bundesangestelltentag „mit Enttäuschung fest, daß der von der Bundesregierung vorgelegte Mitbestimmungsgesetzentwurf in entscheidenden Punkten hinter den Anforderungen, die an eine paritätische Mitbestimmung zu stellen sind, zurückbleibt“. In zehn Punkten werden die Forderungen des DGB zusammengefaßt.

Insbesondere wird die Platzierung eines leitenden Angestellten auf der „Arbeitnehmerbank“ im Aufsichtsrat — und damit die Sicherung des Übergewichts der Kapitaleseite — abgelehnt. Ablehnung finden auch das vorgesehene Letztentscheidungsrecht der Kapitalgeber, die Verschärfung der Gruppenrechte, die ungenügende Berücksichtigung außerbetrieblicher Belegschafts-

erlauben, sich in Arme und Reiche, Kleine und Große, Linke oder Rechte auseinanderdividieren zu lassen. In dieser Situation käme es mehr denn je auf die Einheit und Geschlossenheit der Organisation an. Es gelte, vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß die Gewerkschaft nicht als Prügelknabe für die abfallende konjunkturelle Entwicklung hingestellt werde.

Karl Hauenschield bezeichnete den Angriff der BDA als ein Zeichen des Zynismus, der außerdem noch an die falsche Adresse gerichtet sei. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik und in der Welt seien das Ergebnis jahrelanger falscher Ziele sowohl militärischer als auch politischer Macht. Abschließend erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende, er sei der Auffassung, es sei wert, über diese Bundesarbeitsstagung weiter nachzudenken, sie zu wiederholen und Überlegungen anzustellen, ob solche Veranstaltungen zur ständigen Einrichtung in der Organisation werden können.

Bei der Austragung dieser Konflikte könne es sich die Gewerkschaft nicht

vertreter und die Absicht, die Montanmitbestimmung einzuschränken.

Auf dem Angestelltentag zeigte sich aber schon die Wirkung einer seit Monaten vor allem vom Bundesarbeitsminister Walter Arendt und der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ausgehenden Agitation, wonach die Gewerkschaften im Interesse des Fortbestands einer sozialdemokratisch geführten Regierung nicht länger nach der Paritäts-„Tauben“ auf dem Dach Ausschau halten, sondern mit dem „Spatz“ des regierungsamtlichen Mitbestimmungsgesetzentwurfes zufrieden sein sollten.

Arendt und der AfA-Vorsitzende, Wissenschaftsminister Rohde, machten — verpackt in schöne Worte — deutlich, daß die Regierung zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Paritätsforderung nicht bereit sei. Arendt: „Die Bundesregierung hat die sich gestellte Aufgabe verwirklicht.“ Rohde forderte (von wem eigentlich?), die Arbeiter und Angestellten müßten „mit am Tisch der Entscheidung sitzen“.

Der Delegierte Tümmers, Betriebsratsvorsitzender aus Krefeld, entgegnete, daß es nicht darum gehe, mit an diesem Tisch zu sitzen, sondern darum, die Entscheidungsmöglichkeit zu bekommen. Dazu sei auch die Parität im Aufsichtsrat nötig, denn 11:9 sei kein Unentschieden — weder beim Fußball noch im Aufsichtsrat. Er halte darum den Regierungsentwurf für unannehmbar. Allerdings war die Mehrheit der Delegierten, die zum großen Teil aus den Dienststellen und Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden kamen, unter dem Eindruck der Spatz-in-der-Hand-Agitation nicht bereit, eine solche Aussage in die Entschließung hineinzunehmen.

Die weiteren Beschlüsse des Angestelltentages hatten Forderungen zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Stellung der Angestellten zum Inhalt. In einer Entschließung zur Angestelltenpolitik des DGB wird deren Verbesserung und Intensivierung gefordert. Zu den Gesprächen zwischen DGB und DAG wird gesagt, „daß Voraussetzung für eine gemeinsame Angestelltenpolitik nur das bewährte Organisationsprinzip des DGB sein kann“.

In der Tat nimmt die Anziehungskraft der DGB-Gewerkschaften auch für Angestellte laufend zu. Die Zahl der Angestellten-Mitglieder des DGB ist in den letzten drei Jahren um 300 000 auf fast 1,3 Millionen gestiegen, beinahe dreimal so viele wie die DAG hat. Dieser Trend wird sich jedoch nur fortsetzen, wenn die DGB-Gewerkschaften ihre Anstrengungen verstärken, aktiv die Interessen der Angestellten zu vertreten und die Solidarität aller Beschäftigtengruppen zu entwickeln. Gerd Siebert

10. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

Eine Auswahl von Reden, Diskussionsbeiträgen und Beschlüssen des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages, der vom 13. bis 19. Oktober 1974 in Hamburg stattfand, enthalten die folgenden Seiten (vgl. auch Bericht auf S. 10). Weitere Entscheidungen des Gewerkschaftstages erscheinen in einem NACHRICHTEN-Sonderdruck mit gewerkschaftlichen Beschlüssen 1974, der im Januar 1975 herauskommt.

Aus den mündlichen Geschäftsberichten

Leonhard Mahlein, 1. Vorsitzender

Ausführlich beschäftigte sich Mahlein mit dem Streik in der Druckindustrie im April 1973 und führte u.a. aus: Unser Streik zeigte deutlich, daß man mit einem Tag Kampf mehr erreichen konnte als mit wochenlangen Verhandlungen... Der Industriegewerkschaft Druck und Papier ist mit diesem Streik in der Druckindustrie ihre eigene Stärke wieder bewußter geworden.

Wie Hyänen fielen natürlich die Zeitungsverleger und deren Vasallen über uns her, die die Öffentlichkeit glauben machen wollten, wegen eines 1 1/2-tägigen Streiks wäre die Pressefreiheit in Gefahr und damit das nationale Unglück bereits heraufbeschworen... Für die Industriegewerkschaft Druck und Papier zeigte dieser Streik jedenfalls folgende positive und — wie ich meine — gewerkschaftspolitisch bedeutsame Aspekte:

Nach über 20 Jahren hatte sich die Industriegewerkschaft Druck und Papier zum erstenmal wieder durch einen Streik innerhalb kürzester Zeit in eine sehr aktive, schnellhandelnde und reaktionsfähige Organisation verwandelt. Der Lohnstreik in der Druckindustrie hat die Geschlossenheit der Organisation trotz mancher Unkenrufe unter Beweis gestellt. Ein wesentliches Moment unseres Streikerfolges war die Solidarität zwischen den Arbeitnehmern in Klein- und Großbetrieben, die aufgrund der unterschiedlichen betrieblichen sozialen Leistungen nicht ohne weiteres zu erwarten war.

Der Streik in der Druckindustrie hat zum Durchbruch im lohnpolitischen Geschehen des Jahres 1973 für die nachfolgenden Gewerkschaften geführt und dadurch die These wiederlegt, daß nur große Gewerkschaften die bestimmenden Kräfte im tarifpolitischen Bereich sein können. Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hatte vor und nach dem Streik einen wesentlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, der auch bis heute noch anhält.

Herbert Schwiedel, 2. Vorsitzender

Zu den künftigen Tarifaueinandersetzungen sagte Schwiedel: Wir werden gut daran tun, unsere schlechten Erfahrungen aus dem Jahre 1973 in Erinnerung zu behalten. Dieses Jahr 1973 hat bewiesen, daß Zurückhaltung beim Lohn keineswegs zu stabilen Preisen führt — genauso, wie in diesem Jahr festgestellt werden kann, daß stärkere Lohnerhöhungen keineswegs die Preise in astronomische Höhen treiben müssen. Nach wie vor lehnen wir Lohnleitlinien sowie alle anderen Disziplinierungsmittel ab. Was sollen eigentlich alle Maßhaltappelle an uns, wenn man gleichzeitig die enormen Steige-

rungsraten bei den Papierpreisen und den kräftigen Boom zum Beispiel beim Stahl und auch in anderen Zweigen als unvermeidlich und nahezu gottgewollt widerstandlos hinnimmt? Und auch an die Adresse der Bundesregierung muß gesagt werden, daß die zum 1. Januar 1975 angekündigte Steuerreform keine Bremswirkung bei der Gestaltung der Löhne haben darf. Es hieße ja geradezu den Sinn dieser Maßnahme ins Gegenteil verkehren, wenn die Ersparnis bei der Steuer durch Lohnverzicht wieder in den Taschen ganz anderer Leute landen würde als bei denen, die eben durch diese Steuerreform eine gerechtere Behandlung erfahren sollten.

So wie in der Vergangenheit werden wir uns auch in der Zukunft nicht an die Kette legen lassen. Wir brauchen auch keinen Nachhilfeunterricht... Da hilft auch nicht die bildreiche Sprache von dem gleichen Strick, an dem wir angeblich alle ziehen. Es käme dann immer noch darauf an, wer diesen Strick in der Hand und wer ihn um den Hals hat. Tarifautonomie ist für uns keine leere Formel. Wir werden auch bei den nun bald wieder bevorstehenden Auseinandersetzungen sehr darauf achten, daß uns unsere völlige Handlungsfreiheit erhalten bleibt.

Heinz Müller, Sekretär

Kritisch äußerte sich der Redner auch zum Betriebsverfassungsrecht: Die Wirtschaftsordnung, die Gesetze und die Rechtsprechung in der Bundesrepublik sind immer noch geprägt von den Interessen jener Gesellschaftsschicht, die als Eigentümer, Großaktionäre und Manager über die Produktionsmittel und damit auch über gesellschaftliche Macht verfügen. Immer noch wird die unternehmerische Entscheidungsfreiheit gesichert bis zum Ruin des Unternehmens. Sie steht höher als Arbeitsplätze...

Diese Tendenz läßt sich nicht nur in zahlreichen Gesetzen und Entscheidungen, sondern auch in den Betrieben nachweisen: Schon mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 wurde der Betriebsrat neutralisiert. Die konsequente Interessenvertretung wurde nicht ermöglicht. An ihre Stelle kam die Konstruktion einer angeblich vertrauensvollen Zusammenarbeit, die den Herrschaftsbereich des Unternehmers mit dem Schlagwort der Partnerschaft sanktionierte. Die Betriebsräte wurden der Friedenspflicht unterworfen und in erster Linie Inhaber eines betrieblichen Amtes: nicht „einseitige Interessenvertretung“ der Belegschaft. An dieser Grundhaltung hat sich trotz der bedeutsamen Fortschritte im Betriebsverfassungsgesetz 1972 nichts geändert. Auch heute zeigen Recht und Praxis der neuen Betriebsverfassung: Die Mitbestimmung des Betriebsrates endet dort, wo die Unternehmenspolitik beginnt.

Die Betriebsräte können erst dann eingreifen, wenn die eigentliche unternehmerische Entscheidung schon gefallen ist. Die vorangegangene Beschlußfassung — etwa über die Aufnahme neuer Produkte, über Betriebsverlagerungen, über Stilllegungen — kann der Betriebsrat nicht beeinflussen. Auch die sogenannte wirtschaftliche Mitbestimmung ist in Wahrheit keine Mitbestimmung über die Geschäftspolitik, sondern lediglich Mitbestimmung bei der Regelung der sozialen Konsequenzen unternehmerischer Entscheidungen.

Gisela Keßler, Frauensekretärin

Die betriebliche Frauenarbeit bildete einen wesentlichen Schwerpunkt des Berichts. Zusammenfassend zu dem Bereich hieß es: Gewerkschaftliche Frauenarbeit verstehen wir als integrierten Bestandteil der Gesamtorganisation, die davon ausgeht, daß

1. die Kolleginnen über alle Probleme, die für sämtliche Mitglieder in der Organisation anstehen, diskutieren können, d.h. sie dürfen in ihren Aussagen nicht beschränkt werden auf sogenannte „Frauenprobleme“, und

2. die Kolleginnen die Fragen, die die Frauen besonders angehen, in ihren Gremien beraten, um sie dann in die Arbeit der Gesamtorganisation einzubringen...

Die Aufgabe besteht auch im Suchen nach Verbündeten unter den Kollegen, um die besonderen beruflichen und sozialen Anliegen der Frauen zu Gesamtanliegen der Organisation zu machen... Wir wissen, daß die Situation der erwerbstätigen Frauen unter den bestehenden Bedingungen eines kapitalistischen Gesellschaftssystems nur sehr zögernd verbessert werden kann. Das ist keine einfache Aufgabe, und schnellwirkende und umfassende Patentrezepte gibt es nicht. Aber wir machen nicht aus jeder schwierigen Aufgabe ein Problem, sondern — umgekehrt — Gewerkschafter haben schon immer in den sozialen Problemen der Arbeiterschaft ihre Aufgabe gesehen.

Werner Blumenthal, Delegierter

Zur konzertierten Aktion sagte Blumenthal: Interesse an der konzertierten Aktion haben die Unternehmensverbände. Das geht eindeutig aus der Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen hervor. In ihrem Programm stellen die Unternehmensverbände zur konzertierten Aktion fest, daß sie — und jetzt wörtlich — „an ihrer positiven Haltung gegenüber dieser Form des sozialen Dialogs festhalten“. Der gleiche BDA-Präsident Schleyer, der den drohenden Gewerkschaftsstaat an die Wand malt, der unsere Mitbestimmungsforderung kompromißlos ablehnt, der gleiche Schleyer fehlt bei keiner dieser konzertierten Aktionsrunden. Er weiß, wie es sich gut macht, das wahre Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes zu „verschleiern“. Interesse an der konzertierten Aktion hat zweifellos auch die Regierung.

Ein Austritt aus der konzertierten Aktion, wie bereits von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff gefordert, würde uns die Hände frei machen. Wir könnten mit noch größerer Überzeugungskraft unsere tarifpolitischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit vertreten, mit Nachdruck für die Einrichtung von Sozial- und Wirtschaftsräten eintreten, in denen uns Gesetzesinitiative eingeräumt werden müßte.

Ernst Späth, Delegierter

Der Sprecher berichtete, daß der Konzern Gruner + Jahr in München die Firma Süddruck liquidiert und die 600 Beschäftigten entlassen hat: Die letzte Betriebsversammlung stellten die Kollegen unter das Motto: „Gegen die Macht der Monopole, für paritätische Mitbestimmung“. Diese Kollegen haben die Zeichen der Zeit verstanden. Den Konzernen muß die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entzogen werden. Wir brauchen jetzt und heute paritätische Mitbestimmung und Investitionskontrolle. Die Kollegen haben auch verstanden, daß ein noch so schöner Sozialplan keinen neuen Arbeitsplatz schafft. Darum können wir auch folgende Losung verstehen: „Der Sozialplan ist ein Quark. Das ist der Pfennig. Wo bleibt die Mark?“ Die Schlußfolgerungen daraus für unsere Gesamtorganisation müßten folgende sein:

1. Die Unternehmer richten durch diese Profitwirtschaft ein Chaos an. Deshalb brauchen wir die Mitbestimmung im Betrieb und die überbetriebliche Mitbestimmung sowie die Investitionskontrolle.
2. Der DGB muß die ganze solidarische Kraft aller Gewerkschaften einsetzen, damit ein Gesetz zustande kommt, das Massenentlassungen und Betriebsstillegungen verhindert.
3. Wir sollten uns an das Grundgesetz erinnern, in dem die Artikel 14 und 15 bestimmen: Eigentum verpflichtet; wer es mißbraucht, kann enteignet werden.

Die Kollegen bei Süddruck sind mit uns der Meinung, daß bei Gruner + Jahr ein solcher Mißbrauch vorliegt. Ich meine, daß die Forderung im Aktionsprogramm des DGB zur Frage der Vergesellschaftung der marktbeherrschenden Großunternehmen nicht erst in der Zukunft, sondern hier und heute aktuell ist.

Beschlüsse

Nichtbeteiligung an konzertierter Aktion (A237)

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier setzt sich entschieden dafür ein, daß der DGB und seine Gewerkschaften sich nicht mehr an der sogenannten „konzertierten Aktion“ beteiligen. Sie lehnt jeden Versuch ab, den Lohnkampf an die Kette staatlicher Lohnleitlinienpolitik zu legen und nimmt in den Tarifaufeinandersetzungen keinerlei Rücksicht auf die Lohnleitlinie, sondern vertritt ausschließlich die Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Begründung: Gewerkschaftliche Lohnpolitik kann nicht von einem vorgeblichen Gesamtwohl oder Staatsinteressen ausgehen. In dem scharfen Interessengegensatz von Unternehmern und Lohnabhängigen können die Interessen der Lohnabhängigen nur vertreten werden, wenn sie allein zur Grundlage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gemacht werden. Die Ausrichtung der Gewerkschaften an einem angeblichen Gesamtwohl und Staatsinteresse stärkt die Position der Unternehmer und schwächt die Position der Lohnabhängigen.

Tarifpolitik (IA 3)

Die bisher durch solidarisches Zusammenwirken errungenen Erfolge bestärken uns, noch nicht erreichte Ziele nachdrücklich weiter zu verfolgen und neue wichtige Aufgaben zu stellen. Die wirtschaftliche Landschaft verändert sich, die Konzentration in unseren Industriezweigen setzt sich fort, der Widerstand aus dem Unternehmerlager wird zusehends härter. Stimmen werden wieder laut, die auf eine Einschränkung der Tarifautonomie hinarbeiten.

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier stellt fest, daß sie an der Tarifautonomie als einer der Grundlagen der Demokratie unbeirrbar festhalten und sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen wird. Ziel der Tarifpolitik der Organisation muß es auch in der Zukunft sein, die Situation der arbeitenden Menschen weiter zu verbessern, ihre berufliche Existenz weitgehend sicher zu machen und die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer an die Gesellschaft durchzusetzen...

Das Aktionsprogramm des DGB ist mit seinen Forderungen, soweit sie noch nicht erfüllt werden konnten, nach wie vor der Rahmen der tarifpolitischen Arbeit. Gleichzeitig wird die IG Druck und Papier für eine Überarbeitung dieses Aktionsprogrammes und seine Anpassung an die vielfältig veränderte Situation eintreten. Eine Überarbeitung der Tarifpolitischen Grundsätze des DGB aus dem Jahre 1967 ist vorzunehmen. Sie sollten in ihrem Inhalt konkrete Maßnahmen enthalten, die eine bessere Koordination und Information sicherstellen. Sie müssen der gegenwärtigen Lage ebenso wie den zu erwartenden Entwicklungen Rechnung tragen. Als Maßnahmen der langfristigen Arbeitsplatzsicherung sind die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verlängerung des Urlaubs und die Herab-

setzung des Rentenalters unter voller sozialer Sicherung anzustreben. Jeglicher Eingriff in die Tarifautonomie, insbesondere durch Lohnleitlinien, wird strikt abgelehnt. (Auszug)

Rüstungsetat (IA 10)

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier wendet sich an den Deutschen Bundestag und an die sozialliberale Regierung mit der dringenden Aufforderung, ein deutliches Zeichen für den Willen zur Abrüstung zu setzen. Als Gewerkschafter bekräftigen wir noch einmal die stets von uns vertretene Ansicht, daß nur soziale Aufrüstung aller Staaten die Sicherheit zu bringen vermag, die uns mit der militärischen Aufrüstung versprochen wird. Wir fordern von der Bundesregierung die tatkräftige Unterstützung der gegenwärtig laufenden Abrüstungsverhandlungen in Wien und Genf und eine konsequente Weiterführung der Entspannungspolitik in Europa.

Wir fordern, daß

1. der Rüstungsetat ab sofort nicht weiter erhöht wird,
2. als nächster Schritt die Rüstungskosten um 20 Prozent gesenkt werden,
3. die so freigewordenen Mittel für soziale Zwecke, insbesondere für die Bildung und Ausbildung, verwendet werden.

Berufsverbot (IA 25)

Die Delegierten fordern den Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier auf, sich zusammen mit anderen Gewerkschaften und dem DGB verstärkt für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bei der Behandlung von Bewerbern im öffentlichen Dienst einzusetzen.

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier fordert die sofortige Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses zur Frage der Beschäftigung der sogenannten Radikalen im öffentlichen Dienst vom 28. 1. 1972. Änderungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes auf der Basis des Ministerpräsidentenbeschlusses sind nicht stattzugeben. Die schon praktizierten Berufsverbote müssen rückgängig gemacht werden.

Internationale Gewerkschaftspolitik (IA 4)

Unsere Verbindungen zu den internationalen Gewerkschaftsorganisationen sind im Interesse des Auf- und Ausbaus gewerkschaftlicher Gegenmacht zu den internationalen Verflechtungen des Kapitals auszubauen. Zusätzlich sind die Kontakte zu den internationalen Bruderorganisationen zu verstärken. Dabei kann es nicht um die Entwicklung eines auf Breite angelegten gewerkschaftlichen Sozialtourismus gehen. Im Schwerpunkt weiterer internationaler Maßnahmen hat der Austausch von Erfahrungen und Kenntnissen zu stehen, die im jeweils anderen Land unmittelbar angewendet und verwertet werden können...

Die IG Druck und Papier bekennt sich nachdrücklich zur Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften, ungeachtet von deren ideologischen und politischen Bindungen. Im Interesse der Arbeitnehmer in Europa sind auch die Beziehungen zu den sogenannten kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich und Italien auszubauen. Die IG Druck und Papier begrüßt Initiativen, die dazu führen, die Zusammenarbeit zwischen den internationalen Gewerkschaftsbünden unter Wahrung der politischen und organisatorischen Unabhängigkeit zu entwickeln. (Auszug)

11. ordentlicher DPG-Kongreß

Vom 20. bis 26. Oktober 1974 tagte in Hamburg der 11. ordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft. Die nachfolgenden Seiten enthalten Auszüge aus dem Grundsatzreferat des wiedergewählten Vorsitzenden Ernst Breit zum Programm- und Satzungsentwurf, der Begrüßungsrede von Heinz Oskar Vetter und Diskussionsbeiträge sowie einige Beschlüsse. Weitere Beschlüsse und wesentliche Teile des angenommenen Programms der DPG erscheinen im Januar 1974 in einem NACHRICHTEN-Sonderdruck mit gewerkschaftlichen Beschlüssen 1974.

Ernst Breit, 1. Vorsitzender

Mehr als 80 Prozent der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik sind Arbeitnehmer und sichern ihre Existenz allein durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. So theoretisch diese Formulierung auch klingt, so praktisch ist sie. Wir erleben zur Zeit in der Bundesrepublik eine Reihe von unternehmerischen Pleiten. Der Unternehmer stiehlt sich aus der Verantwortung davon. Das Risiko trägt der Arbeitnehmer, der plötzlich ohne Arbeitsplatz ist und um die Sicherung seiner Existenz bangen muß. Wir fordern in unserem Programm ein gesetzliches Recht auf Arbeit. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Dieses Recht auf Arbeit muß von einem Staat verbürgt werden, der in der Lage ist, die entscheidenden Prozesse der Wirtschaft maßgeblich zu beeinflussen.

Das Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch das Privateigentum an Produktionsmitteln. Es ermöglicht nicht nur Verfügungsgewalt über Sachen. Es ermöglicht weitaus folgenschwerere Verfügungsgewalt über Menschen... Demokratie im wirtschaftlichen Bereich ist ausgeschlossen, wenn einige wenige Produktionsmittelbesitzer nach eigenem Gutdünken planen und entscheiden können. Für die Gewerkschaften gibt es nur eine Alternative: Die private Macht an Produktionsmitteln muß kontrolliert werden — von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften und vom Staat. Ein Mittel ist die Mitbestimmung — in Gestalt der paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte und der Wirtschafts- und Sozialräte. Ein weiteres Mittel könnte die Investitionslenkung sein. Hierzu will der Deutsche Gewerkschaftsbund im nächsten Jahr ein Programm vorlegen. Die Deutsche Postgewerkschaft wird bei der Diskussion um dieses Programm nicht abseits stehen. Unser Programmentwurf verpflichtet uns zu einer klaren Stellungnahme...

Das Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik nennt sich marktwirtschaftlich. Aber das Etikett trägt. Die Verhältnisse der Jahrhundertwende sind zu den Akten gelegt. Heute bestimmen Klein- und Mittelunternehmen nicht mehr das Bild. Den Ton geben ein paar Dutzend Groß- und Großunternehmen an. Sie haben ihre Märkte organisiert und diktieren die Preise. Der Stützpfiler der Marktwirtschaft — die Preisbildung am Markt — ist zusammengebrochen. Hier hat die Inflation eine ihrer entscheidenden Ursachen...

Die Mitbestimmung war einmal gedacht als Mittel zur Neuordnung der Wirtschaft im gewerkschaftlichen Sinne. Zur Zeit des kalten Krieges verkümmerte dieser kühne Denkanatz sehr rasch. Die Gewerkschaften hatten alle Mühe aufzuwenden, wenigstens die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in der eisenschaffenden Industrie zu erhalten und sie für den Bergbau einzuführen. Elemente einer planwirtschaftlichen Ordnung und Vorstellungen zur Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wurden von einschlägig interessierter Seite systematisch verteuelt. Der Kapitalismus in der Bundesrepublik hat sich an den Staat gewöhnt, wie sich umgekehrt der

Staat an den Kapitalismus gewöhnt hat. Der Staat greift sichernd und mobilisierend in den Wirtschaftsprozeß ein, er sichert unternehmerische Freiheit und mobilisiert den Massenkonsum.

Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender

Der DGB-Vorsitzende setzte sich in seiner Begrüßungsrede u. a. mit einem Hetzartikel auseinander, den Peter Boenisch in dem Springerblatt „Bild am Sonntag“ am 20. Oktober 1974 veröffentlicht hatte:

Voll und ganz möchte ich vor allem euren programmatischen Grundsatz unterstreichen, daß unsere künftige Gewerkschaftspolitik eine Reform von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten muß mit dem Ziel, die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Vormachtstellung durch Besitz und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu beseitigen.

Ich hatte mich hier vor einer Woche (beim Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier) an der gleichen Stelle sehr entschieden gegen den Versuch der deutsch-amerikanischen Handelskammer gewandt, sich in die deutsche Mitbestimmung zugunsten der amerikanischen Konzerne einzumischen. Meine deutlichen Worte haben natürlich den Betroffenen nicht gepaßt. Auffallend ist aber, wie sich der größte deutsche Pressekonzern, Axel Cäsar Springer, zum verbissensten Verteidiger des amerikanischen Großkapitals aufwirft und in der letzten „Bild am Sonntag“ eine Breitseite der Verunglimpfung gegen mich abfeuerte. Vielleicht gehen jetzt mehr deutschen Arbeitnehmern die Augen auf, wessen Interessen die Bild-Zeitung vertritt.

Ich weiß nicht, ob der Artikelverfasser, Herr Peter Boenisch, sich selbst meinte, als er schrieb, daß die Verlogenheit heute unerträglich wäre. Er machte aus mir einen ehemaligen Major bei Göring, der natürlich nicht existierte. Aber so wird mit Unwahrheiten unterschwellig gehetzt, um mich dann als Reichsmarschall im DGB titulieren zu können. Anscheinend ist bei dieser Sorte von Springer-Leuten die Sehnsucht nach großdeutscher Zeit so groß, daß sie nur in diesem Vokabular denken und schreiben können.

Aber wenn Herr Boenisch die gewerkschaftliche Abwehr einer Anmaßung der amerikanischen Handelskammer mit der Verfolgung der Juden im Dritten Reich vergleicht, dann ist das infam und eine unerhörte Beleidigung aller rassisch und politisch Verfolgten unter der Hitler-Diktatur, zu denen unendlich viele Gewerkschafter gehörten!

Es hätte dem Boulevardblatt jedoch viel besser angestanden, als diesen Dreck und Unfug zu produzieren, recht deutlich und allen bekannt zu machen, was im Mitbestimmungshearing am vorigen Mittwoch Dr. Herrhausen vom Vorstand der Deutschen Bank zugeben mußte. Man höre und denke nach: Die Deutsche Bank warnte ausländische Investoren bei der Beratung über Geldanlagen in der Bundesrepublik ausdrücklich vor der zu erwartenden Mitbestimmung. So, liebe Freunde, macht die Deutsche Bank deutsche Politik für die deutsche Wirtschaft.

Wir Gewerkschafter sind angetreten, diese Republik zur wirklichen Heimat aller arbeitenden Menschen zu machen. Wir werden nicht dulden, daß sie wie die Weimarer Republik durch reaktionäre und restaurative Kräfte unterminiert wird.

Alle Diffamierungen, die von unternehmerhörigen Organen gerade in diesen Tagen wieder gegen uns ausgestreut werden, können uns nicht beirren. Unsere Stärke liegt in der Einheitsgewerkschaft, wie sie aus den Erfahrungen unserer leidvollen Geschichte entstanden ist. Einig und geschlossen werden wir alle Feinde der Demokratie und des sozialen Fortschritts ab-

wehren. Ein zweites Mal soll — um mit den Worten Hans Böcklers auf dem Gründungskongreß des DGB vor 25 Jahren zu sprechen — „den deutschen Arbeitnehmern nicht passieren, daß sie wiederum die Betroffenen sind.“

Rolf Büttner, Vorsitzender des Bundesjugend-Ausschusses

Der Vorsitzende des Bundesjugend-Ausschusses der DPG setzte sich in seinem Diskussionsbeitrag u. a. mit einer Begrüßungsrede des Postministers Kurt Gscheidle auseinander, der sich gegen eine 10prozentige Gehaltserhöhung und das Beamtenstreikrecht ausgesprochen hatte:

Wenn 80 Prozent unserer Bevölkerung einzig und allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, und man daran ihren Einfluß in Wirtschaft und Gesellschaft mißt, wird deutlich, daß wir noch mehr als bisher zusammenstehen müssen. Auch bei der Post. Dies sollte uns nach der Gscheidle-Rede um so deutlicher werden. Das war eine klassische Unternehmerrede, die auf eine Präsidentenkonferenz der Bundespost oder Arbeitgebertagung paßt, nicht aber auf den Kongreß der DPG. Besser wäre es gewesen, hier seine Äußerungen zum Beamtenstreik zurückzunehmen oder anders zu interpretieren. Denn das, was hier ausgeführt wurde, dient nicht der Postgewerkschaft, sondern nur den Konservativen und war Wasser auf die Mühlen des Beamtenbundes. Das gleiche gilt für die Äußerungen zum besonderen Schlichtungsverfahren für den öffentlichen Dienst, das letztlich auf eine Einschränkung der Tarifautonomie hinausläuft. Es waren Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die mit ihrem Blut die Tarifautonomie und das Streikrecht erkämpft haben. Nicht nur an der Schlichtungsfrage wird deutlich, welchen Geistes Kind einige Regierungsmitglieder sind. Auch in der Frage der 40-Stunden-Woche haben wir es noch im Ohr, daß man bei der Post baden-württembergische Verhältnisse einzuführen gedachte. Zumindest haben hier einige zu laut in der Presse gedacht.

Diese Beispiele machen deutlich, daß Solidarität notwendig ist. Solidarisch auch in der Frage der Berufsausbildung. Ich möchte euch bitten, die von der Gewerkschaftsjugend für 1975 ausgerufenen Aktionen zur Berufsbildung zu unterstützen. Unser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn gemeinsam — Jüngere und Ältere — führen.

Ursula Schmidt, Delegierte

Die jüngste Delegierte des Kongresses, 20 Jahre alt, beschäftigte sich mit Fragen der beruflichen Bildung:

Die Deutsche Bundespost stellte in diesem Jahr in Frankfurt 50 Prozent weniger Lehrlinge ein und das zu einer Zeit, in der in Hessen 12 000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos sind und 25 000 Lehrstellen fehlen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit fehlten in der Bundesrepublik über 100 000 Ausbildungsplätze, bis Ende 1974 werden es über 150 000 sein. Daß der Rückgang der Lehrstellen in der Wirtschaft und im Staatsunternehmen Post parallel erfolgt, zeigt wieder einmal eindrucksvoll, wie gut das Zusammenspiel zwischen Post und Wirtschaft funktioniert, ein Zusammenspiel, das bei allen Entscheidungen des Postverwaltungsrates, der Gebühren- und Investitionspolitik und den Aufträgen an die Großunternehmen wie Siemens, AEG Telefunken und T & N immer wieder deutlich wird.

Der Bezirksjugendausschuß Hessen der DPG hat am 6. April 1974 die Forderung aufgestellt: „Es müssen soviel als möglich Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte Ausgebildete geschaffen werden.“ Diese Forderung sollte ebenso wie die Forderung nach der Zunahme von Ausbildungsplätzen im Postbereich von diesem Kongreß mit allem Nachdruck unterstrichen werden.

Beschlüsse

Aus dem Programm

Aus dem „Gesellschafts- und berufspolitischen Programm“ der DPG werden Auszüge der Forderungen zur Gesellschaftsreform und der Arbeitszeitverkürzung sowie der Urlaubsdauer wiedergegeben:

Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht auf nationaler und internationaler Ebene muß verhindert werden. Die paritätische Mitbestimmung wird in allen privaten Großunternehmen auf allen Entscheidungsebenen und in allen öffentlichen Unternehmen eingeführt. Die überbetriebliche Mitbestimmung wird durch die Bildung paritätisch besetzter Wirtschafts- und Sozialräte in Bund, Ländern und auf regionaler Ebene verwirklicht. Die Schlüsselindustrien und andere markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmen sind öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen; je nach Umfang und Bedeutung sind sie in Gemeineigentum zu überführen.

Der sozialen Verpflichtung des Eigentums ist mehr als bisher durch die Gesetzgebung Rechnung zu tragen. Bodenwertsteigerungen dürfen nicht weiterhin zu steuerfreien Einkommen führen. Sie sind zu besteuern. Spekulationsgewinne aus Geschäften mit Grund und Boden sind zu verhindern. Es ist ein umfassender und verbindlicher Plan für die Raumordnung in der Bundesrepublik zu schaffen.

Durch eine Neugestaltung der Steuer- und Finanzpolitik ist die Finanzierung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben, insbesondere auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit und Verkehr sicherzustellen. Das Steuerrecht wird durch eine umfassende Steuerreform vereinfacht und sozial gerechter gestaltet. Die Gesamtsteuerlast wird zugunsten der unteren Einkommen umverteilt.

Die Wochenarbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden herabgesetzt. Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste sind weitgehend abzuschaffen. Die tägliche Dienstschicht darf grundsätzlich nicht geteilt werden. Bereitschaftsdienste sind voll auf die Wochenarbeitszeit anzurechnen.

Die Anrechnung von Überlagerzeiten auf die Wochenarbeitszeit muß wesentlich verbessert werden. Unvermeidbare Arbeitsstunden an Wochenenden, Feiertagen und während der Nacht sind mit einem Zeitzuschlag anzurechnen. Der Beschäftigte ist nur dann verpflichtet Überstunden zu leisten, wenn unvorhersehbare dringende dienstliche Gründe dies erfordern.

Überstunden sind vorrangig durch Freizeit zuzüglich eines Zeitzuschlages zu einem vom Beschäftigten mitzubestimmen- den Zeitpunkt auszugleichen.

Allen Vollbeschäftigten, die Kinder oder eine andere pflegebedürftige Person in ihrem Haushalt betreuen, ist auf Antrag die Wochenarbeitszeit zu ermäßigen. Zum Schutz der Nichtvollbeschäftigten müssen besondere Arbeitszeitregelungen geschaffen werden. Die für besonders schutzbedürftige Personengruppen (z. B. werdende Mütter, Jugendliche, Schwerbehinderte) geltenden Arbeitszeitregelungen sind zu verbessern. Im einheitlichen Dienstrecht werden die Arbeitszeitregelungen durch Vertrag vereinbart.

Der Mindesturlaub für alle beträgt sechs Wochen. Darüber hinaus richtet sich die Dauer des Urlaubs nach dem Lebensalter. Besondere Belastungen, wie Schwerbehinderung oder gesundheitsgefährdende Arbeiten, werden durch einen zusätzlichen Urlaub ausgeglichen. Die Bestimmungen für die Freistellung des Beschäftigten von der Arbeit aus öffentlichen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und persönlichen Anlässen werden verbessert. Das Arbeitsentgelt wird für die Dauer der

Freistellung fortgezahlt. Anspruchsvoraussetzungen und Dauer des Urlaubs sowie Freistellung von der Arbeit werden im Vertragsrecht geregelt.

Mitgliederwillen (A 635 a)

Bei der Aufstellung von Forderungen, bei Abschluß von Vereinbarungen und bei der Stellungnahme zu Gesetzen in Lohn-, Vergütungs- und Besoldungsfragen sind, wie im Jahre 1973, die Mitglieder und Organe der DPG im Rahmen ihrer durch die Satzung bestimmten Rechte und Pflichten rechtzeitig zu informieren und zu beteiligen. Dabei muß der Willensbildung in Amtsgruppen und Ortsverwaltungen besondere Bedeutung zukommen. Der Hauptvorstand muß dabei ständig das gesellschafts- und berufspolitische Programm beachten und versuchen, den Auffassungen der DPG in Absprachen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB Geltung zu verschaffen.

Internationale Jugendarbeit (A 291)

Im Interesse der internationalen Zusammenarbeit u. a. gegen die internationale Machtstellung der Konzerne ist es notwendig, die möglichst große Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung herzustellen. Die Ziele und die Durchführung internationaler Jugendbegegnungen und Studienfahrten müssen den Zielen und Prinzipien gewerkschaftlicher Arbeit entsprechen. Die internationale Jugendbegegnung muß ein Beitrag sein zum Aufbau internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit mit dem langfristigen Ziel, die internationale Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Gegenmacht internationalen Konzernen und Monopolen gegenüber zu stärken.

Die Verträge von Moskau und Warschau und der Grundvertrag sind ratifiziert. Doch ein friedliches Zusammenleben kann allein durch die Vertragstexte nicht gesichert werden. In Zeiten allgemeiner Entspannungspolitik in Europa sollte sich auch und gerade die Gewerkschaftsjugend nicht davon abhalten lassen, den Gedankenaustausch zwischen jungen Arbeitern unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu beginnen und auszubauen. Wenn auch dieser Gedankenaustausch in den letzten Jahren für einige osteuropäische Länder in die Wege geleitet wurde, so erscheint es doch als seltsam und unverstänlich, daß davon die DDR immer wieder ausgenommen wurde. Deshalb werden alle Gremien der DPG und des DGB erneut aufgefordert, den Jugendaustausch mit allen sozialistischen Staaten mehr zu fördern und auszuweiten. Dabei ist es besonders wichtig, daß künftig auch Jugendbegegnungen mit jungen Arbeitern in der DDR durchgeführt werden.

Da die CGT und die CFDT die stärksten Gewerkschaften in Frankreich sind, müssen im Rahmen der internationalen gewerkschaftlichen Jugendarbeit in Zukunft bei Jugendbegegnungen und Studienfahrten nach Frankreich vornehmlich Kontakte zur CGT und CFDT aufgenommen werden und nicht wie bisher ausschließlich mit der FO. Der Hauptvorstand und der Bundesjugendausschuß werden aufgefordert, entsprechend diesen Forderungen sofort initiativ zu werden.

Beziehungen zum CGT (A 292)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich für die Aufnahme offizieller Kontakte mit dem CGT zu entscheiden. Die Kontaktaufnahme muß auf allen Ebenen möglich sein.

Begründung: Die CGT ist die stärkste Gewerkschaft im Nachbarland Frankreich. Im Interesse der internationalen Zusammenarbeit, u. a. gegen die internationale Machtstellung der Konzerne, ist es notwendig, die möglichst große Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung herzustellen. Die Kontaktaufnahme zur CGT wäre dazu ein wichtiger Schritt.

Sowjetgewerkschafter in der Bundesrepublik: Gemeinsames Kommuniqué

Vom 9. bis 14. Oktober besuchte eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation die Bundesrepublik. Bei den Gesprächen mit dem Bundesvorstand des DGB wurde ein weiterer Ausbau der gegenseitigen Beziehungen vereinbart. Beide Gewerkschaften hoffen, daß die Konferenz der europäischen Gewerkschaftsbünde vom 28. Februar bis 1. März 1975 in Genf einen weiteren Beitrag für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Gewerkschaften leisten werde. Zum Abschluß des Besuchs wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, das wir des großen Interesses wegen nachstehend im Wortlaut veröffentlichen:

Vom 9. bis 14. Oktober 1974 besuchte auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Delegation des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften mit dem Sekretär W. I. Prochorow an der Spitze die Bundesrepublik. Sie hielt sich in den Städten Düsseldorf, Bonn, München und Hamburg auf, informierte sich über die IG-Metall-Gewerkschaftsschule in Sprockhövel, besichtigte einen Betrieb der Firma „Krauss-Maffei“ in München und nahm an dem Kongreß der IG Druck und Papier in Hamburg teil.

Die Delegation führte Gespräche mit dem DGB in Düsseldorf, Industriegewerkschaften, DGB-Landesbezirken und Betriebsräten. An dem Gedankenaustausch mit dem DGB-Bundesvorstand nahmen der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter sowie weitere Vorstandsmitglieder teil.

Beide Seiten tauschten Informationen über die Tätigkeit der Gewerkschaften ihrer Länder aus, erörterten die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften und dem DGB sowie Fragen der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsbünden in Europa. Sie brachten ihre Genugtuung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der UdSSR und der Bundesrepublik zum Ausdruck und betonten ihr gegenseitiges Bestreben, auch weiterhin die Beziehungen im Interesse der Arbeitnehmer beider Länder zu festigen. Das alles soll durch den weiteren Ausbau der bilateralen Kontakte gefördert werden, und zwar durch einen breiteren Austausch von Informationen, durch gewerkschaftliche Fach- und Jugenddelegationen, die Durchführung von Seminaren zu beide Seiten interessierenden Fragen der gewerkschaftlichen Arbeit und durch den Austausch von Arbeitnehmergruppen. Unter Hinweis auf die unterschiedlichen sozialökonomischen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften der UdSSR und der Bundesrepublik ihre Tätigkeit durchführen, bestätigten beide Seiten die Meinung ihrer Organisationen, daß die gewerkschaftlichen Beziehungen ein wichtiger Faktor für die Festigung des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft zwischen den Arbeitnehmern beider Länder sind.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß in der letzten Zeit durch die Entspannungspolitik und durch den Erfolg der Kräfte des Fortschritts eine günstige Wendung in den Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erfolgt ist. Dazu haben der Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, L. I. Breschnew, in der Bundesrepublik sowie die fruchtbaren Verhandlungen auf Regierungsebene beider Staaten wesentlich beigetragen. Sie ermöglichten konkrete Schritte auf dem Gebiet der langfristigen Zusammenarbeit in Fragen der Friedenspolitik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß der

bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers Helmut Schmidt in der Sowjetunion ebenfalls zur weiteren Entwicklung dieses Prozesses beitragen wird.

Unter Hinweis auf die wichtige Bedeutung der Verträge der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der CSSR mit der Bundesrepublik sowie des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den Regierungen der DDR und Bundesrepublik und des Viermächteabkommens über Westberlin betonten die Vertreter der sowjetischen Gewerkschaften und des DGB, daß eine konsequente und unabdingbare Einhaltung dieser Verträge günstige Perspektiven für eine weitere Normalisierung der Lage und für die Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Europa eröffnet. Beide Gewerkschaftsbünde werden alle Anstrengungen zur Erfüllung der abgeschlossenen Abkommen unterstützen. Dabei wird gemeinsam anerkannt, daß es sowohl in Europa als auch in der Welt noch ungelöste besorgniserregende Probleme gibt.

Der DGB und der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften geben der Hoffnung Ausdruck, daß in nächster Zukunft auf der gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit positive Resultate erreicht werden, die den Interessen der Arbeitnehmer und der Völker ganz Europas entsprechen. Beide Gewerkschaftszentralen stellen mit Genugtuung positive Veränderungen in der internationalen Situation fest, wie die Einstellung der Kriegshandlungen in Vietnam und Laos sowie die Herstellung demokratischer Regierungen in Griechenland und Portugal. Sie begrüßen die Erfolge des nationalen Befreiungskampfes der Völker der ehemaligen Kolonien Mozambique, Guinea-Bissau und Angola, die mit der Unterstützung der demokratischen Kräfte Portugals erreicht wurden, welche das faschistische Regime gestürzt haben. Beide Seiten treten entschieden gegen die durch den faschistischen Umsturz in Chile ausgelösten grausamen Repressalien gegen die chilenischen Demokraten auf und fordern eine unverzügliche Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Chile, insbesondere der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für die Arbeitnehmer und die Wiedezulassung und volle Betätigungsfreiheit aller durch die Junta verbotenen und suspendierten Gewerkschaften.

Bei den Verhandlungen bekundeten beide Seiten ihre Besorgnis über die Lage auf Zypern. Sie sprachen sich dafür aus, daß die an dem Konflikt beteiligten Parteien umgehend wieder ihre Verhandlungen aufnehmen mit der Zielsetzung, Beschlüsse zu fassen, die das Bestehen Zyperns als eines unabhängigen, souveränen und territorial einheitlichen Staates sichern. Beide Seiten sprachen sich gleichfalls für eine schnelle und gerechte auf der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates basierenden Regelung im Nahen Osten aus mit dem Ziel der baldigen Schaffung eines dauerhaften Friedens in dieser Region.

Bei der Erörterung der Fragen der gewerkschaftlichen Beziehungen in Europa wurde Befriedigung geäußert über die bisherigen Vorbereitungsarbeiten der vier Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation zur Durchführung einer Konferenz der Gewerkschaftsbünde in Europa zum Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“, die vom 28. Februar bis 1. März in Genf stattfinden soll. Nach Meinung beider Gewerkschaftszentralen kann der erfolgreiche Verlauf dieser Konferenz ein Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in Europa sein.

Die Verhandlungen zwischen den Delegationen des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften und des DGB verliefen in einer freundschaftlichen Atmosphäre und trugen einen konstruktiven Charakter. Die sowjetische Delegation dankte dem DGB für die erwiesene Gastfreundschaft und übergab die Einladung des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR für einen Gegenbesuch in der Sowjetunion im Jahre 1975. Diese Einladung wurde vom DGB mit Dank angenommen.

Es geht um Tarifautonomie

Die vordergründigen Angriffe gegen die Tarifpolitik, die Höhe der Forderungen, die Verkürzung der Arbeitszeit und andere materielle Dinge dürfen uns auch nicht ablenken vom wesentlichen Kern der gegen uns entfesselten Kampagne: Es geht um die Tarifautonomie, um das Grundrecht der Arbeitnehmer, ihre Arbeitsbedingungen in freien Verhandlungen selbst zu bestimmen. Wir müssen verhindern, daß man uns durch gesetzliche Notdienstregelungen in die Fesseln legt. Wir müssen uns mit diesen Fragen auseinandersetzen und notfalls eigene Lösungen im Rahmen der Tarifautonomie dagegen stellen, wenn wir verhindern wollen, daß die Weichen — auch im Hinblick auf ein einheitliches Personalrecht — jetzt in die falsche Richtung gestellt werden.

Unsere gewerkschaftliche Arbeit vollzieht sich heute in einem anderen Klima als vor einem Jahr. Darauf müssen wir uns einstellen...

Für die Tarifrunde 1974 hatten wir unsere Ziele schon verhältnismäßig frühzeitig festgelegt. Sie sollte einen Ausgleich für die preispolitische Fehlentwicklung des Jahres 1973 bringen und die Realeinkommen für 1974 angemessen erhöhen. Wir haben, soweit sich das heute schon bei aller Vorsicht beurteilen läßt, diese Ziele erreicht. Wir konnten sie aber nur erreichen, weil wir einen Arbeitskampf geführt haben. Einen Arbeitskampf, mit dem wir die damals von Arbeitgeber und interessierten Wirtschaftskreisen gesetzte „Grenze der zehn Prozent“ durchbrochen haben. Und die Entwicklung hat gezeigt: Lohnerhöhungen über zehn Prozent müssen nicht zwangsläufig Preiserhöhungen von über zehn Prozent nach sich ziehen.

Heinz Kluncker in „ÖTV-Magazin“, Nr. 10, Oktober 1974, Seite 4 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Unternehmer steuern Antigewerkschafts- kampagne

In der Antigewerkschaftskampagne ist das Ganze mehr als die Summe seiner Teile. So ist das Bestreben zu beobachten, zwischen den einzelnen Vorwürfen immer engere Wechselbeziehungen herzustellen. Mit der Behauptung von der angeblichen Übermacht der Gewerkschaften wird in immer stärkerem Maße in aktuelle Auseinandersetzungen eingegriffen. Die Unterstellung, die Gewerkschaften hätten in den letzten Tarifrunden demokratische Unzuverlässigkeiten, Eigensinnigkeit und Rücksichtslosigkeit bewiesen, wird dazu benutzt, das Zerrbild der ferngesteuerten Wirtschaftsordnung auszugestalten. Mit der unterstellten verfassungsrechtlichen Bedenklichkeit der aktuellen Mitbestimmungsforderungen wird ver-

sucht, die Gewerkschaften generell in das Zwielflicht verfassungsmäßiger Unzuverlässigkeit zu bringen. Und alles zusammen soll nicht nur den Kampf gegen jede Reform legitimieren, sondern überdies disziplinierende und „domestizierende“ Schritte gegen die Gewerkschaften nahelegen.

Insgesamt ist eine besser funktionierende Verklammerung der Äußerungen von Unternehmerverbänden, Parteipolitikern, Presseorganen und Wissenschaftlern zu beobachten. Die parteipolitischen Integrationsfiguren sind ebenso wie die auf einen gewissen Schein von Neutralität erpichten Redaktionen gewisser meinungsführender Blätter eher für die feineren und

STIMMEN
AUS DER
GEWERKSCHAFTS-
PRESSE

vorsichtigeren Argumente zuständig. Die grobschlächtigeren Unterstellungen und Beschimpfungen werden demgegenüber den bekannten Interessenvertretern und den Kampfblättern der Boulevardpresse überlassen. Für zweifelhafte Versuchsballons, für Argumente minderer Seriosität, die sich möglicherweise als politisch inopportun erweisen könnten, werden vor allem Beiträge unabhängiger Wissenschaftler und anderer Autoritäten herangezogen.

Gemeinsames Merkmal der gegen die Gewerkschaften vorgetragenen Attacken ist es, daß die Wahrung unternehmerischer Belange kaum als Zielsetzung in Erscheinung tritt. Vielmehr werden vordergründig in aller Regel allgemeine staatsbürgerliche Interessen oder auch die Belange anderer, größerer gesellschaftlicher Gruppen vorgeschoben. Erst bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß hinter allem das unternehmerische Interesse nach Aufrechterhaltung seiner Vorherrschaft und Zurückdrängung des gewerkschaftlichen Einflusses steht.

Heinz O. Vetter in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Nr. 10, Oktober 1974, Seite 611/612 — Theoretisches Organ des DGB.

60 000 Beamte verurteilt

60 000 Beamte im Lande Baden-Württemberg, darunter 20 000 Gemeindebeamte, wurden am 11. September 1974 zu Erholungsurlaub verurteilt. Ab 1.

Oktober 1974 müssen diese Beamten zwei Stunden in der Woche länger arbeiten als ihre Kollegen beim Bund und in allen anderen Bundesländern. Das Urteil fällt der Landesfürst von CDU-Wählers Gnaden, Ministerpräsident Filbinger...

Schon als damaliger Kriegsgerichtsrat setzte sich Filbinger auch noch nach dem Untergang des 1000jährigen Reichs am 8. Mai 1945 durch Gerichtsurteil dafür ein, daß nationalsozialistische Manneszucht beachtet wurde. Heute will er mit seiner Kollektivverurteilung dafür sorgen, daß die Treuepflicht der Beamten — wie er sie versteht — keinen Schaden nimmt und den baden-württembergischen Beamten das Sinnen und Trachten nach Gleichbehandlung mit Arbeitern und Angestellten in den Dienststellen vergeht...

„ÖTV-Beamten-Nachrichten“, Nr. 10, Oktober 1974, Seite 3 — Informationen für Beamte, Richter und Soldaten.

Verbraucher werden übers Ohr gehauen

Täglich werden Verbraucher übers Ohr gehauen, wenn sie nicht auf der Hut sind. Und trotz einer Reihe neuer Gesetze müssen sie fein aufpassen, daß ihnen nicht zuviel Geld für bestimmte Waren aus der Tasche gezogen wird, daß sie nicht Opfer rigoroser Geschäftspraktiken, oft sogar betrügerischer Werbe- und Verkaufsmethoden werden — Freiwild für profitsüchtige Unternehmen wie Händler.

Gravierende Beispiele für überhöhte Preise gibt es genug. So mußte ein Verfahren gegen ein Zuckerkartell von Firmen der EG-Länder eingeleitet werden, weil sie Zucker künstlich verteuert hatten. Geldbußen wegen Aufteilung des Inlandsmarktes untereinander wurden gegen verschiedene Lino-leumfirmen verhängt. Ermittelt werden mußte ferner gegen Molkereien, und zwar wegen mehrfacher starker Erhöhung des Trinkmilchpreises; denn dadurch entstand die Gefahr, eine marktbeherrschende Stellung mißbräuchlich auszunutzen. Die beherrschende Marktmacht verschiedener Unternehmen ist Ursache dafür, daß die vermeintliche Kontrolle durch den Marktmechanismus versagt hat. Es zeigt sich, daß die vielzitierte und gerühmte freie Marktwirtschaft, wonach Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen sollen, eben nicht funktioniert.

„ausblick“, Nr. 10, Oktober 1974, Seite 12 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

„Wir fordern die Verbesserung der Allgemein- und Berufsbildung“

Interview mit Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB

In Ludwigshafen findet vom 19. bis 21. November 1974 die 9. Bundesjugendkonferenz des DGB statt. Mit über einer Million stellen die jungen Gewerkschafter einen großen Anteil an der Gesamtorganisation des DGB. Unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert stellte anlässlich der Bundesjugendkonferenz dem Leiter der Abteilung Jugend im DGB-Bundesvorstand, Walter Haas, einige Fragen.

NACHRICHTEN: Bundesjugendkonferenzen des DGB finden in der Regel auch außerhalb der Gewerkschaftsjugend starkes Interesse. Wie viele junge Gewerkschaftsmitglieder werden von den Delegierten der 9. Bundesjugendkonferenz repräsentiert, und mit welchen thematischen Schwerpunkten rechnen Sie?

Walter Haas: Die rund 280 Delegierten und Gastdelegierten der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften repräsentieren fast 1,2 Mill. junge Gewerkschaftsmitglieder unter 25 Jahren. Das bedeutet gleichzeitig einen Anteil von 16,4 Prozent an der Gesamtmitgliederzahl des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Erfreulicherweise ist gerade im Berichtszeitraum, d. h. in den letzten drei Jahren, der Anteil der jugendlichen Mitglieder in absoluten Zahlen, aber auch prozentual, an der Gesamtmitgliedschaft gestiegen. So waren Ende 1970 962 870 Mitglieder im Alter unter 25 Jahren organisiert, was einem Anteil von 12,9 Prozent an der Gesamtmitgliedschaft entsprach.

Aufgrund der vorliegenden Anträge ist davon auszugehen, daß die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit in den letzten Jahren auch Schwerpunkte bei der Beratung der Bundesjugendkonferenz sein werden, nämlich Schutz der jugendlichen Arbeitskraft; Bildungspolitik mit Schwerpunkt berufliche Bildung; Probleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit und der Gewerkschaftsarbeit insgesamt, aber auch Probleme der allgemeinen Politik und Jugendpolitik.

NACHRICHTEN: Die DGB-Jugend ist Teil der Gesamtorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Aber die Bundesjugendkonferenz hat kein Antragsrecht zum DGB-Kongreß. Rechnen Sie damit, daß diese Frage auch auf dieser Konferenz, wie schon in der Vergangenheit, wieder eine Rolle spielen wird?

Walter Haas: Nach der Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben nur die Einzelgewerkschaften und die Ausschüsse des DGB Antragsrecht an den Kongreß. Diese Satzungsbestimmung wurde bei der Diskussion um die

neuen Leitsätze der Gewerkschaftsjugend mit einbezogen und von der Gewerkschaftsjugend in ihrem Vorschlag für den Bundesausschuß nicht nur voll akzeptiert, sondern als eine richtige Regelung angesehen, so daß ich davon ausgehen kann, daß diese Frage auf der Bundesjugendkonferenz keine Rolle spielen wird. Ich gehe davon aus, daß die Jugendkonferenz ihr volles Vertrauen in den Bundesjugendausschuß setzt, der Antragsrecht für den Bundeskongreß hat.

NACHRICHTEN: Die Bundesregierung hat den Entwurf eines neuen Jugendarbeitschutzgesetzes vorgelegt, und der DGB hat dazu wiederholt kritische Anmerkungen gemacht. Worum geht es der DGB-Jugend insbesondere?

Walter Haas: Die Gewerkschaftsjugend hat auf ihrer Bundesarbeitstagung im März 1973 einen eigenen Gesetzentwurf für die Novellierung des Jugendarbeitschutzgesetzes entwickelt. Dieser Gesetzentwurf wurde vom DGB-Bundesvorstand als DGB-Position voll übernommen und dann den Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung übermittelt. Im jetzt vorliegenden Regierungsentwurf, der in erster Lesung vom Deutschen Bundestag behandelt wurde, haben wir einige unserer Vorstellungen wiederfinden können, andere wurden nicht berücksichtigt. Es wird nun darauf ankommen, in der Diskussion mit den Fraktionen des

„Hochschulrahmengesetz nicht akzeptabel“

Vertreter des DGB-Bundesvorstandes und der Gewerkschaften ÖTV und GEW haben am 4. November in einem Gespräch im Bundeswissenschaftsministerium deutlich gemacht, daß für die Gewerkschaften der Entwurf des Hochschulrahmengesetzes nicht akzeptabel sei. Vorrangig sei die Verbesserung des Zulassungsverfahrens zu den Hochschulen. Berufliche Bildungszeiten und Praktika müßten dabei stärker berücksichtigt werden.

Deutschen Bundestages für unsere Position zu werben und zu versuchen, daß die noch nicht berücksichtigten Punkte bei der endgültigen Formulierung ihren Niederschlag finden.

Generell geht es darum, die Schutzbestimmungen für die Jugendlichen in den Betrieben und Verwaltungen zu verbessern. Konkret: den Erholungsurlaub zu verlängern, die bisher möglichen Ausnahmeregelungen zu beseitigen, ein Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen durchzusetzen, das Mindestalter für die Beschäftigten in lohnabhängiger Tätigkeit in Betrieb und Verwaltung auf 16 Jahre zu erhöhen und damit ein generelles Kinderarbeitsverbot durchzusetzen sowie eine generelle Freistellung an Berufsschultagen zu erreichen.

Die Regelungen im Regierungsentwurf berücksichtigen vor allen Dingen nicht unsere Vorstellungen über die Erweiterung des Jahresurlaubes, die Freistellung an Berufsschultagen, die Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit, und es gibt im Unterschied zu unserer Position noch eine Reihe von Ausnahmemöglichkeiten. Die Bundesjugendkonferenz wird sicherlich unsere in Solingen gefundene Position noch einmal nachdrücklich unterstützen.

NACHRICHTEN: Ein anderes leidiges Thema ist das Berufsbildungsgesetz, dessen Neufassung der DGB fordert. Wie lauten hier die wichtigsten Forderungen?

Walter Haas: Langfristig fordern wir die Integration von „allgemeiner“ und „beruflicher“ Bildung in die Sekundarstufe II von Gesamtschulen. Die Gewerkschaftsjugend ist sich völlig klar darüber, daß dieser Integrationsprozeß einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Wichtig ist, daß alle künftigen Regelungen der Berufsbildung auf dieses Ziel zusteuern müssen.

Kurzfristig fordern wir eine konkrete Verbesserung der Berufsbildung: die Bereitstellung von mehr qualifizierten Ausbildungsplätzen; die Schaffung von mehr und besseren überbetrieblichen Ausbildungsstätten vor allem in strukturschwachen Gebieten; die Einführung eines 10. allgemeinbildenden Schuljahres und des 11. Schuljahres als Berufsgrundbildungsjahr in allen Bundesländern; die Ausweitung des Berufsschulunterrichtes auf zwei Tage pro Woche; erweiterte Mitbestimmungsrechte für die Gewerkschaften in der Berufsbildung; Abschaffung der Rechte der Unternehmerkammern in der Berufsbildung.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Reform der Berufsbildung mit hohen Kosten verbunden ist. Daher fordern wir die baldige Einrichtung eines zentralen Finanzierungsfonds, in den alle Unternehmen und Verwaltungen eine Berufsbildungsabgabe zu zahlen haben. Eine weitere finanzielle Belastung der Arbeitnehmerfamilien lehnen wir dabei entschieden ab.

Internationales Eisenbahnerseminar beschloß intensive Zusammenarbeit

Die Eisenbahnergewerkschaften verlangen, daß die Folgen von Rationalisierung und zunehmender Automation nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden dürfen. Durch eine intensive internationale Zusammenarbeit soll der Rationalisierungsschutz verstärkt und die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöht werden. Das ist das in einem Memorandum festgehaltene Ergebnis des vom 21. bis 23. Oktober 1974 in Frankfurt (Main) stattgefundenen Internationalen Eisenbahnerseminars. Die Konferenz beschloß, 1976 eine weitere Tagung in Rom durchzuführen.

Heinz Oskar Vetter überbrachte den Repräsentanten der Eisenbahnergewerkschaften aus 28 kapitalistischen und sozialistischen Ländern die Grüße des DGB. Er hob die Bedeutung solcher internationalen Tagungen hervor und betonte, daß technischer Fortschritt keineswegs zugleich auch sozialen Fortschritt bedeute. Diese Paralleltät herzustellen, sei eine wichtige Aufgabe der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften.

Das Dilemma der Technisierung liege darin, erklärte GdED-Vorsitzender Seibert, daß die Unternehmensleitungen in ihr fast ausschließlich die Möglichkeit sehen, die Personalkosten zu senken, die Gewerkschaften dagegen aber das Ziel erblickten, leichtere und humanere Arbeitsbedingungen zu erreichen. „Wenn wir gesagt bekommen, daß eine automatisierte Eisenbahn in unserem Land höchstens noch 200 000 Eisenbahner brauchen wird und wenn sich die Öffentlichkeit zunehmend an solche Zukunftsaussichten gewöhnt, dann muß sie sich auch an die weithin noch als utopisch geltende Forderung nach einer 35- und 30-Stunden-Woche gewöhnen.“ Weitere wichtige Forderungen gegen den Verlust von Arbeitsplätzen bei der Bundesbahn seien die Urlaubsverlängerung, Senkung des Pensionsalters auf 60 und in bestimmten Bereichen auf 55 Jahre sowie eine zeitgemäße Berufsausbildung.

Für einen engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften setzte sich der Generalsekretär der dem CGT angehörenden französischen Fédération Nationale des Travailleurs, Massabieaux, ein. In seinem Lande habe die Automation zu einer Verschlechterung der Lage der Eisenbahner geführt. In den letzten 12 Jahren habe sich bei einer Verringerung der Beschäftigten um 20 Prozent und Arbeitszeitverkürzungen von 48 auf 41 Wochen-Stunden die Arbeitsproduktivität fast um das Dreifache erhöht. Im kapitalistischen System gehe der Profit über alles. Das gelte auch für die französischen Staatseisenbahnen. Massabieaux machte den Vorschlag, ein Koordinierungskomitee zu gründen

und einen Demonstrationstag für die Erhaltung der Arbeitsplätze durchzuführen: „Nur gemeinsam können wir verhindern, daß die Eisenbahner nicht

Am 28.2.75: Treffen in Genf

Mitte Oktober weilte auf Einladung des DGB-Bundesvorstandes eine Delegation des Zentralrates der UdSSR-Gewerkschaften in der Bundesrepublik. W. I. Prochorow, Sekretär des Zentralrats, leitete die sowjetische Delegation (siehe Wortlaut der gemeinsamen Erklärung auf Seite 20).

Bei der Gelegenheit dieses Treffens wurde der Gewerkschaftsöffentlichkeit in der Bundesrepublik der zwischen den europäischen Gewerkschaftsorganisationen schon vor Wochen vereinbarte Termin für die europäische Gewerkschaftskonferenz bekanntgegeben: Am 28. Februar und 1. März 1975 werden in Genf die Vertreter aller Gewerkschaftsbünde Europas zu einer Konferenz mit dem Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“ zusammenkommen. Die Durchführung der europäischen Gewerkschaftskonferenz war im Januar dieses Jahres – ebenfalls in Genf – auf einem Treffen der Gewerkschaftsführer Europas beschlossen worden.

„Nach Meinung beider Gewerkschaftszentralen“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung des DGB und der Sowjetgewerkschaften, „kann der erfolgreiche Verlauf dieser Konferenz ein Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in Europa sein“. Das ist ohne Zweifel der Fall, und für jeden Gewerkschafter in der Bundesrepublik ist es erfreulich, daß der DGB sich offenbar entschieden hat, an dieser Entwicklung der Zusammenarbeit teilzuhaben. Sb.

auf verlorenem Posten stehen.“ Auch der Generalsekretär der italienischen SFI (CGIL), Esposti, hatte sich in seinem Vortrag für gemeinsame Kampfmaßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei den Eisenbahnen ausgesprochen.

Auf die unterschiedlichen Auswirkungen der Automation in beiden Gesellschaftssystemen ging Mitsou Tomizuka, Generalsekretär der japanischen Staatsbahn-Arbeiter ein: „In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung bringt die Rationalisierung eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich, da die kapitalistische Produktion auf Profit gerichtet ist. In einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bringt die Rationalisierung die wachsende Steigerung der Arbeitsproduktivität mit sich, deren Ergebnisse zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen führen.“ In Japan habe das Monopolkapital die Staatsmacht in der Hand. Das arbeitende Volk würde ausgebeutet und ausgeplündert. Auch in seinem Land sei jede Automatisierung und Technisierung auf Profitmaximierung gerichtet.

Völlig andere Auswirkungen hat der technische Fortschritt in den sozialistischen Ländern. Karl Iffländer, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Transport- und Nachrichtenwesen der DDR, konnte berichten, daß die DDR-Eisenbahner keine Befürchtungen zu haben brauchen „durch die Ergebnisse von Wissenschaft und Technik ihren Arbeitsplatz zu verlieren“. Ohne materielle Nachteile seien Arbeitsplätze garantiert und Rationalisierungsmaßnahmen in der Regel mit einer höheren Einstufung der Beschäftigten verbunden.

Viktor Kowaljew, Vorsitzender der zwei Millionen Mitglieder zählenden sowjetischen Eisenbahnergewerkschaft, berichtete, daß die Einkommen der Eisenbahner seit 1956 um das 2- bis 3,5-fache gestiegen seien. Das sei jedoch nur die eine Seite, da das Geldeinkommen nur ein Teil des Einkommens ausmache. Er erwähnte in diesem Zusammenhang den Wohnungsbau – allein für die Eisenbahner jährlich 2 Millionen Quadratmeter neuer Wohnfläche zu äußerst billigen Mieten –, ein umfangreiches Netz von Kinderkrippen- und -gärten mit zur Zeit 353 000 Plätzen, kostenloser Urlaub und vorbeugender Gesundheitsschutz.

Zum Abschluß des internationalen Treffens wurde ein Memorandum verabschiedet. Darin bekunden die Eisenbahnergewerkschaften „ihre Absicht, durch Einberufung weiterer Tagungen ihre Zusammenarbeit fortzusetzen“. Die Konferenz nahm einen gemeinsamen Vorschlag der drei italienischen Eisenbahnergewerkschaften an, 1976 ein weiteres Seminar in Rom durchzuführen. G. M.

Gespenst der Arbeitslosigkeit in der DDR für immer beseitigt

Interview mit Karl Iffländer, Vorsitzender der Gewerkschaft Transport- und Nachrichtenwesen im FDGB der DDR

Vom 21. bis 23. Oktober fand in Frankfurt eine internationale Eisenbahnerkonferenz statt, die über die Folgen der Technisierung und Rationalisierung beriet. An der Tagung nahmen die Vorsitzenden oder Generalsekretäre von Eisenbahnergewerkschaften aus 28 Ländern teil, die rund 8,5 Millionen Gewerkschafter vertraten. Unter den Teilnehmern befand sich auch der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Transport- und Nachrichtenwesen der DDR, Karl Iffländer, der unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen beantwortete.

NACHRICHTEN: Kollege Iffländer, überall bei den Eisenbahnen wird automatisiert. Können Sie uns sagen, mit welcher Zielsetzung Automatisierung und Technisierung in der DDR durchgeführt werden und welche Auswirkungen sie auf die Lage der Beschäftigten haben?

Karl Iffländer: Das Ziel der Politik unserer Klassenorganisation — die ständige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus aller Werktätigen — setzt voraus, daß wir uns als Gewerkschaft auch ständig für ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, für ein rasches Wachstum der Arbeitsproduktivität auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einsetzen.

Auch die Leistungsfähigkeit des Eisenbahnwesens wird entscheidend dadurch bestimmt, wie es gelingt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchzusetzen und die Eisenbahner zur Beherrschung der neuen Technik zu befähigen. Als gewerkschaftliche Interessenvertreter bemühen wir uns, bei diesem Prozeß noch besser die Vorzüge des sozialistischen Gesellschaftssystems zu nutzen. Dabei achten wir streng darauf, daß ständig von den Bedürfnissen und Erfordernissen der Menschen ausgegangen wird. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß zwischen der sozialistischen Rationalisierung, der Technisierung, Automatisierung und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ein untrennbarer Zusammenhang besteht.

Durch unsere gewerkschaftliche Einflußnahme konnten wir gesetzliche Bestimmungen erreichen, die alle Leiter der Betriebe, Dienststellen und Einrichtungen verpflichten, die Entwicklung der materiellen Produktion und die Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen als einheitlichen Prozeß zu planen, zu bilanzieren und in den sozialistischen Wettbewerb

einzu beziehen. Überall, wo im Eisenbahnwesen der DDR an der rationellen Gestaltung der Technologien, an der Technisierung und Mechanisierung gearbeitet wird, reden die Eisenbahner ein gewichtiges Wort mit.

NACHRICHTEN: In Ihrem Vortrag haben Sie erklärt, daß der Mensch der Technik nicht untergeordnet werden darf. Wie wird in der DDR dieser Gedanke realisiert?

Karl Iffländer: In enger Zusammenarbeit mit den Angehörigen der sozialistischen Intelligenz richten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute neben der technischen Lösung der Probleme ihre Initiative vor allem auf die Lösung der damit verbundenen sozialen Aufgaben und Prozesse. Einer der wichtigsten sozialen Prozesse im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt ist die Entstehung neuer Qualifikationsanforderungen, neuer Tätigkeiten, ja neuer Berufe. Unter sozialistischen Bedingungen gehen wir davon aus, daß der Mensch Beherrscher der Technik sein muß und kein Anhängsel, kein Sklave der Technik sein darf.

Wir sind der Auffassung, daß jeder Schritt der Technisierung, Mechanisierung, Teilautomatisierung und Automatisierung eine höhere Qualifikationsstufe erfordert. Der Mensch soll kein „Knöpfchendrucker“ sein, sondern er soll den ganzen von ihm beeinflussten Produktionsprozeß kennen und die Wirkungsweise der neuen Technik und das Zusammenwirken mit Nachbarprozessen verstehen. Nur so ist er in der Lage, die Technik zu beherrschen, mit ihr die höchsten Ergebnisse zu erzielen und selbst wiederum auf die Entwicklung der Technik und Technologie Einfluß zu nehmen. Damit verhindern wir auch die Herausbildung einer von der Arbeiterklasse isolierten Schicht von hochqualifizierten Technokraten und fördern das Bildungsniveau aller Eisenbahner.

Das ständige Lernen, die ständige Teilnahme an der Qualifizierung und Weiterbildung wird mit der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft immer mehr zu einem echten Bedürfnis der Werktätigen. Deshalb nehmen unsere Gewerkschaftsleitungen ständig darauf Einfluß, daß bereits bei der Ausarbeitung von Rationalisierungskonzeptionen und Automatisierungsmaßnahmen gleichzeitig die sich verändernden Arbeitsaufgaben und die sich daraus ergebenden Qualifikationsanforderungen gemeinsam mit den Eisenbahnern analysiert sowie die notwendigen Bildungsmaßnahmen langfristig vorbereitet und abgesprochen werden. Die Anforderungen an die Qualifikation leiten wir nicht nur aus den technisch konzipierten Arbeitsfunktionen ab, sondern auch aus der Mitwirkung der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner an der Leitung und Planung gesellschaftlicher Prozesse und der aus der Neuer Tätigkeit erwachsenden Erfordernisse.

Die Leiter der Betriebe haben die Aufgabe, zusammen mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen rechtzeitig Qualifizierungspläne auszuarbeiten. Nach Gesprächen mit den betreffenden Eisenbahnern wird in diese Qualifizierungspläne aufgenommen, wer sich in welchem Zeitraum für welche Tätigkeit und an welcher Bildungseinrichtung qualifiziert. Dafür stehen jedem Eisenbahner von den betrieblichen Bildungseinrichtungen bis zur Hochschule für Verkehrswesen alle Möglichkeiten offen. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß der Prozeß der Technisierung und Automation bei uns keine Sorge um die soziale Sicherheit auslöst, denn durch die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft ist in unserer Republik das Gespenst der Arbeitslosigkeit ein für allemal beseitigt.

NACHRICHTEN: Es gibt bei der Deutschen Reichsbahn viele Kolleginnen. Welche Maßnahmen werden ergriffen, damit der Grundsatz der Gleichberechtigung verwirklicht wird?

Karl Iffländer: Als Gewerkschaften richten wir besonderes Augenmerk auf die Ausbildung und den Einsatz der Eisenbahnerinnen, um ihnen zu helfen, ihre volle Gleichberechtigung in der Produktion und in der Gesellschaft wahrzunehmen. So besitzen heute bereits 45 Prozent aller Eisenbahnerinnen eine Facharbeiterqualifikation, über 2000 haben einen Fach- bzw. Hochschulabschluß und nehmen eine entsprechende Stellung ein.

NACHRICHTEN: Abschließend noch eine Frage. Es ist das dritte internationale Eisenbahnerseminar, das jetzt durchgeführt wird. Welchen Stellenwert nehmen nach Ihrer Ansicht solche internationalen Tagungen ein?

Karl Iffländer: Wir sind sehr befriedigt, daß wir hier als Gäste der Gewerkschaft der Eisenbahner der Bundesre-

Rationalisierungsschutz verstärken – Sicherheit der Arbeitsplätze erhöhen!

Interview mit dem GdED-Vorsitzenden Philipp Seibert

Wiederholt haben Mitglieder der Bundesregierung erklärt, daß im Zuge von Technisierung und Automation 200 000 Eisenbahner genügen. Vielen Beschäftigten der Bundesbahn droht also Entlassung. Dieser geplanten Vernichtung von Arbeitsplätzen will die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, zusammen mit anderen Eisenbahnergewerkschaften, entgegen treten. Diesem Ziel diene vorrangig das Internationale Eisenbahnerseminar in Frankfurt vom 21. bis 23. Oktober 1974. GdED-Vorsitzender Philipp Seibert beantwortete unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen über Ergebnisse und Verlauf dieser Konferenz.

NACHRICHTEN: Kollege Seibert, welche Vorstellungen hat die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), um die Folgen von Automatisierung und Technisierung für die Beschäftigten der Bundesbahn abzuwehren?

Philipp Seibert: Die Eisenbahner verlangen, daß die Folgen der Rationalisierung und zunehmenden Automation für die im Bahnbetrieb tätigen Menschen besser beachtet werden. Durch eine intensivere internationale Zusammenarbeit wollen die Eisenbahnergewerkschaften den Rationalisierungsschutz verstärken und damit die soziale Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöhen. Dies haben die 120 Delegierten von Eisenbahnergewerkschaften aus über 30 Ländern, die zusammen rund 8,5 Millionen Eisenbahner vertreten, am Schluß ihrer dreitägigen Konferenz in Frankfurt am Main mit der Verabschiedung eines umfangreichen Memorandums bekräftigt.

NACHRICHTEN: Können Sie uns die wesentlichsten Ergebnisse dieses Internationalen Eisenbahnerseminars in Frankfurt, an dessen Zustandekommen Sie maßgeblich beteiligt waren, nennen?

publik unsere gemeinsamen Beratungen über wichtige gewerkschaftliche Probleme im Interesse der Eisenbahner fortsetzen und damit an die erfolgreiche Diskussion von Moskau im vergangenen Jahr anknüpfen können. Solche und weitere gemeinsame Konferenzen werden uns helfen, aus nützlichen Erfahrungen zu lernen. Wir werden alle Schritte in dieser Richtung unterstützen und erwarten, daß von der Frankfurter Konferenz neue Impulse für eine weitere Zusammenarbeit ausgehen werden.

Philipp Seibert: Die Gewerkschaften der Eisenbahner fordern das Internationale Arbeitsamt auf, die sozialen Folgen der Technisierung und Automation im Bahnbetrieb ausführlicher zu behandeln, da die seitherigen Ergebnisse der Beratungen im Binnenverkehrsausschuß unzulänglich sind. Die weitgreifenden Folgen der Automation lassen eine internationale Konvention notwendig erscheinen.

Die Eisenbahnergewerkschaften werden ihre internationale Kooperation verstärken und die drei internationalen Berufssekretariate ebenfalls zu verstärkter Zusammenarbeit auffordern. Es besteht absolute Klarheit darüber, daß der technische und wirtschaftliche Fortschritt nicht automatisch auch zu sozialem Fortschritt führt, sondern daß die Gewerkschaften der Eisenbahner ihren Kampf um Fortschritte für die Eisenbahner unvermindert fortführen müssen.

Die Gewerkschaften werden einerseits eine stetige Beschäftigung der Eisenbahn als Transportmittel verlangen, weil sie darin die beste Garantie zur Abwendung sozialer Härten im Zusammenhang mit zunehmender Technisierung und Automatisierung sehen. Sie betonten andererseits, daß Einschränkungen des Schienenverkehrs in Randgebieten ebenso wie im öffentlichen Personenverkehr in den Ballungsräumen zu einer Verschlechterung der Lebensqualität führen. Diese Verschlechterung findet ihren Ausdruck in Schädigungen der Umwelt und bedeutet zugleich eine Vergeudung des knappen Raumes und teurer Energie.

Im Rahmen einer stabilisierten Beschäftigungslage bei den Eisenbahnen, welche die Vorteile des Schienenverkehrs zur Geltung bringt, müssen den Gewerkschaften bereits bei der vorbereitenden Planung uneingeschränkte Beteiligungsrechte eingeräumt werden. Dabei ist von folgenden Gesichtspunkten auszugehen:

Eine langfristige Personalplanung muß vermeidbare soziale Härten ausschließen und unnötige Versetzungen vermeiden helfen. Insbesondere ist eine frühzeitige Information über etwaige Änderungen und Umstellungen zu gewährleisten.

Durch ein leistungsfähiges System beruflicher Bildung muß den Eisenbahnern und vor allem den jugendlichen Nachwuchskräften eine „automationsfeste Ausbildung“ garantiert werden, die durch eine anschließende Berufsbildung zu ergänzen ist. So kann der Übergang in eine andere Tätigkeit für den einzelnen erleichtert und eher zumutbar gemacht werden.

Die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner müssen weiter verbessert werden. Der Lebensstandard muß weiter erhöht, die Vergütungen müssen den höheren Anforderungen an das Personal angepaßt werden. Auch die Dienstvorschriften sind zu verbessern, um auch auf diesem Wege die Gewinnung von Nachwuchskräften durch eine erhöhte Attraktivität des Eisenbahnerberufes zu erleichtern.

Mit der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen sollen folgende Vorteile erreicht werden: Festlegung eines Lohngefüges, das den besonderen Erschwernissen und Belastungen des Eisenbahndienstes sowie höherer Qualifikation Rechnung trägt; Verkürzung der effektiven Arbeitszeit durch Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, Abbau von Überstunden, Ausdehnung des Urlaubs und Herabsetzung des Pensionsalters; Verbesserung der Arbeitsumwelt durch Beseitigung gesundheitsschädlicher Einflüsse (Lärm, Vibrationen, Abgase, Temperaturschwankungen und Monotonie von Arbeitsprozessen), Sicherung der Beschäftigung unter Garantie des erreichten Einkommens und uneingeschränkter Aufstiegs- und Beförderungschancen.

NACHRICHTEN: Sind weitere internationale Begegnungen dieser Art geplant, und wie soll die internationale Zusammenarbeit fortgesetzt werden?

Philipp Seibert: Ja, es sind weitere Konferenzen geplant. Die nächste internationale Arbeitstagung dieser Art soll in zwei Jahren in Rom stattfinden. Die Notwendigkeit, daß die Eisenbahnergewerkschaften international stärker zusammenarbeiten müssen, beschränkt sich selbstverständlich nicht auf solche Zusammenkünfte, sondern vollzieht sich auch im laufenden bilateralen Kontakt zwischen den Organisationen der einzelnen Länder. Außerdem wollen wir alle auf die internationalen Berufssekretariate hinwirken, daß dort die Probleme der Eisenbahner ebenfalls kooperativ behandelt werden.

„Gegen alle Spaltungsversuche bei kommenden Betriebsratswahlen“

Gespräch mit Werner Cieslak, DKP-Parteivorstand

Zum zweiten Male seit Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes '72 — am 19. Januar 1972 — finden im Frühjahr 1975 Betriebsratswahlen statt. Dieses Ereignis ist für die Gewerkschaften von außerordentlicher Wichtigkeit. Aber nicht nur sie — auch die politischen Parteien messen den Betriebsratswahlen große Bedeutung zu. Die CDU-Sozialausschüsse haben kürzlich sogar mit der Aufstellung eigener Kandidatenlisten gedroht, wenn ihre Leute anders nicht in dem geforderten Umfang Berücksichtigung finden. Mit Nachdruck sind auch Führungskräfte der SPD damit beschäftigt, die Weichen so zu stellen, daß möglichst nur Personen ihres Vertrauens in die Betriebsräte einziehen. Wie sich die DKP zu den Betriebsratswahlen verhält — darüber unterhielten sich die Autoren der demnächst im NACHRICHTEN-Verlag erscheinenden (neu kommentierten) 3. Auflage von „Betriebsverfassungsgesetz '72“, Barbara Degen und Gerd Siebert, mit dem Sekretär des Parteivorstandes der DKP, Werner Cieslak.

G. S.: In der Zeit vom 1. März bis 31. Mai kommenden Jahres finden wieder Betriebsratswahlen statt. Es ist bekannt, daß die Deutsche Kommunistische Partei viele aktive Mitglieder in den Betrieben und Gewerkschaften hat, so daß man in Ihrer Partei sicherlich schon Überlegungen hinsichtlich dieser Wahlen angestellt hat. Wie sehen die aus?

Werner Cieslak: Das ist mit drei Sätzen nicht gesagt. Zunächst einmal betrachten wir die Betriebsratswahlen nicht als eine parteipolitische, sondern als eine eminent wichtige Angelegenheit der Gewerkschaften. Aber wir haben natürlich eine Meinung dazu.

Ich glaube, man muß von der Situation ausgehen, in der diese Wahlen stattfinden werden, um den Wert richtig zu sehen, den sie für die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften haben. Zu der inflationären Geldentwertung, bei der keine Wende abzusehen ist, kommt gegenwärtig eine wachsende Arbeitslosigkeit hinzu. Arbeitsplatzunsicherheit infolge Pleiten, Betriebsschließungen und -verlagerungen, Rationalisierung, Überkapazitäten, zurückbleibender Massenkaufkraft und anderer typischer Erscheinungen kapitalistischen Wirtschaftens greift um sich. Unternehmerverbände und auch die Regierung bemühen sich gemeinsam, die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften als den wesentlichen Schuldfaktor der Misere hinzustellen.

Aber in den Betrieben nimmt das kritische Denken zu. Der offenkundig zu wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Sicherheit unfähige Kapitalismus gerät als System zunehmend in die Schuß-

linie der Kritik von Arbeitern und Gewerkschaftern. Darauf reagieren die wirtschaftlichen und politischen Vertreter des Großkapitals, Leute wie Schleyer, Kohl und Strauß sowie ihr Anhang, mit gesteigerten Angriffen gegen die Gewerkschaften. Reaktionäre aller Schattierungen verketzern die Gewerkschaften und die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft, um das kapitalistische Profitsystem wieder aus der Schußlinie zu rücken.

In dieser Situation des verstärkten Drucks von rechts sehe ich in der Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Präsenz in den Betrieben das wirksamste Mittel, um sich gegen die Feinde des sozialen Fortschritts zu behaupten und durchzusetzen. Zugleich ist es doch so, daß der Erfolg der Betriebsräte bei ihrer täglichen Interessenvertretung wesentlich von der Stärke der Gewerkschaft im Betrieb abhängt.

B. D.: Das ist ohne Zweifel richtig. Und wie gedenkt die DKP das in konkrete Politik umzusetzen?

Werner Cieslak: Es wurde hier schon gesagt, daß unsere Partei in den Betrieben und Gewerkschaften viele aktive Mitglieder hat. Damit sich die Betriebsräte auf starke Gewerkschaften stützen können — und umgekehrt —, ist es notwendig, die Einheitsgewerkschaft weiter zu festigen und jeden Angriff auf sie — gleich aus welcher Ecke — zurückzuweisen. Die Mitglieder unserer Partei betrachten sich als festen Bestandteil dieser Einheitsgewerkschaft, und das wurde uns in diesen Wochen erst wieder vom Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Löderer, auf dem IGM-Gewerkschaftstag in Hannover und vom

Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, auf deren Gewerkschaftstag in Hamburg bestätigt.

Für unsere Mitglieder gilt unverändert, was der Düsseldorfer Parteitag 1971 zum Beispiel mit der These 30 beschlossen hat. Da steht unter anderem: „Jeder Kommunist hat die Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und seine Arbeitskollegen für die Gewerkschaften zu gewinnen.“ Und damit beantwortet sich auch die gestellte Frage. In dem Maße, wie wir zur organisatorischen und politischen Stärkung der Gewerkschaften beitragen, tragen wir auch zu einer erfolgreichen Betriebsratsarbeit bei, denn bekanntlich ist Betriebsratsarbeit ein wesentlicher Teil der Gewerkschaftsarbeit.

B. D.: Gleich noch dazu: Die Gewerkschaften empfehlen den Belegschaften zur Betriebsratswahl ihre Kandidaten auf einer gewerkschaftlichen Einheitsliste. Sehen Sie Schwierigkeiten, daß DKP-Mitglieder darauf berücksichtigt werden?

Werner Cieslak: Es fehlt natürlich hier und da nicht an Versuchen, Kommunisten, die zugleich aktive Gewerkschafter sind, aus den Betriebsräten fernzuhalten bzw. hinauszudrängen. Die Unternehmer und alle Kräfte, die sich deren Interessen verpflichtet fühlen, haben daran ein besonderes Interesse. Und ich erwähnte schon die verstärkten Attacken auf die Organisationen der Arbeiterschaft, die sich gegenwärtig vor dem Hintergrund zunehmender ökonomischer Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems abspielen. Dazu zähle ich auch die Drohung der CDU-Sozialausschüsse, Spalterlisten aufzustellen, wenn sie meinen, auf der Einheitsliste nicht nach ihrem Anspruch genügend berücksichtigt worden zu sein.

Die DKP verurteilt ganz entschieden solche Machenschaften. Wir meinen, daß nicht der Proporz oder das Parteibuch ausschlaggebend für die Wahl in den Betriebsrat sein kann, sondern allein die gezeigte gewerkschaftliche Aktivität bei der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten und das Vertrauen, das sie sich in der Belegschaft erworben haben. Wir sind aus den schon eingangs dargelegten Gründen prinzipiell für die gewerkschaftliche Einheitsliste und wehren uns gemeinsam mit allen Gewerkschaftern gegen rechte und pseudolinke Spalter...

G. S.: Ja, das ist das Prinzip. Aber wie verhalten sich DKP-Mitglieder, die wegen ihrer guten gewerkschaftlichen Arbeit hohes Ansehen im Betrieb haben und aufgrund irgendwelcher Tricks dennoch nicht berücksichtigt werden?

Werner Cieslak: Sicher wird es auch bei der kommenden Betriebsratswahl

Manipulationsversuche geben. Wir werden uns dadurch aber nicht von unserer im Interesse der Arbeiterklasse als richtig erkannten Politik der Verteidigung der Einheitsliste abbringen lassen. Manipulationen werden die betroffenen Kollegen sicherlich selber aufdecken. Aber wir lehnen es ab, daß Korrekturen an der Einheitsliste von außen vorgenommen und krumme Wege eingeschlagen werden. Uns geht es nicht um Posten, sondern um die Gewährleistung einer einheitlichen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Im übrigen bin ich sicher, daß die Kollegen, die sich in der Vergangenheit durch aktives Eintreten für die Belange ihrer Kollegen deren Vertrauen erworben haben, auch deren Stimme bekommen werden.

Die Gewerkschaften selbst wissen, daß die beste Sicherung gegen Manipulation die gründliche Vorbereitung der Betriebsratswahl im Betrieb ist, das heißt durch Diskussion der Probleme und Forderungen der Arbeiter und Angestellten; und auch dabei wird sich zeigen, wer mutig und konsequent genug ist, für die Durchsetzung dieser Forderungen einzutreten — also in den Betriebsrat gehört. Daß dazu auch die Sicherung eines demokratischen Verfahrens bei der Aufstellung der Kandidatenliste gehört, versteht sich von selbst.

B. D.: Was wäre denn nach Ihrer Ansicht ein demokratisches Verfahren?

Werner Cieslak: Sie werden Verständnis haben, daß ich keine Verhaltensregeln für konkrete gewerkschaftliche Angelegenheiten geben kann. Wenn man jedoch davon ausgeht, daß Betriebsratsarbeit auch Gewerkschaftsarbeit ist, und daß das Gewerkschaftsorgan im Betrieb der gewerkschaftliche Vertrauensleutkörper ist, so ist nur logisch, daß dieses Organ in demokratischer Abstimmung die Namen und die Reihenfolge der Kandidaten festlegen muß, wobei sicherlich die Aktivität und das Ansehen der Betroffenen die ausschlaggebenden Kriterien sein werden. So empfehlen es im übrigen auch die zuständigen Gewerkschaften. Wo es keinen Vertrauensleutkörper gibt, wird eine Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder des Betriebes diese Aufgabe übernehmen. Diese betrieblichen Gewerkschaftsorgane sollten sich von keinem anderen Organ und von keiner anderen Seite die Aufstellung der einheitlichen Kandidatenliste aus der Hand nehmen lassen.

B. D.: Eine Tatsache ist häufig, daß bei der Kandidatenaufstellung die ausländischen Kollegen nicht entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten berücksichtigt werden...

Werner Cieslak: ...und — wenn ich den Faden gleich aufnehmen darf —

Maoistische Sektierergruppen – Feinde der Einheitsgewerkschaft

In einem maoistischen Blatt heißt es in einem Artikel zum 11. Gewerkschaftstag der IG Metall: „Tatsächlich aber ist der imperialistische DGB-Apparat bereits stark mit dem Staatsapparat verflochten und in der Tendenz wird er immer mehr zu einem Teil des Kapitalistenstaates. Dieser Prozeß ist ein Teil der allgemeinen Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates.“ („Roter Morgen“ Nr. 39, 28. September 1974)

Die Angriffe dieser Maoisten, wie die auch anderer, ähnlicher Coleurs zielen in die gleiche Richtung wie die Attacken der Unternehmerverbände, die von der „Gefahr eines Gewerkschaftsstaates“ schwafeln, oder wie die Erpressungsversuche der CDU-Sozialausschüsse, die die Prinzipien der Einheitsgewerkschaften aushöhlen wollen und offen die Spaltung in Betrieben und Gewerkschaften androhen.

Wie sich die außenpolitischen Vorstellungen der Maoisten mit denen der Reaktion in wichtigen Fragen, z. B. der

Stärkung der NATO und der EWG, der Verhinderung der Abrüstung und der Störung der Entspannungspolitik, treffen, so gibt es Gemeinsamkeiten auf dem Gebiet der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Ihr Hauptziel besteht darin, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen.

Die Maoisten haben dazu ein abenteuerliches, ja man muß sogar sagen ein verbrecherisches Konzept entwickelt. Nach einem von der maoistischen „KPD“ ausgedachten Plan soll die Untermierung der Einheitsgewerkschaft

daß dies nicht immer an den ausländischen Kollegen selbst liegt. Mir scheint, daß noch viel getan werden muß, um bei allen Betriebsratsmitgliedern und Gewerkschaftern ein noch besseres Verhältnis zu den ausländischen Kollegen herzustellen. Das stärkt den Einfluß der Gewerkschaften und weist Kräfte zurück, die auf Spaltung setzen. Wir sind gegen Sonderlisten ausländischer Arbeiter zu den Betriebsratswahlen; sie gehören auf die gewerkschaftliche Einheitsliste. Bei aller Berücksichtigung spezifischer Belange sind sie im Betriebsrat ebenso Sprecher der gesamten Belegschaft wie alle übrigen Mitglieder des Betriebsrats. — Bei dieser Gelegenheit noch eine Bemerkung: Ich meine, bei den kommenden Betriebsratswahlen sollte auch stärker darauf geachtet werden, daß aktive Kolleginnen, also die Frauen, entsprechend ihrem Anteil auf die Kandidatenlisten gesetzt werden und natürlich auch junge Kolleginnen und Kollegen.

G. S.: Ich komme auf die Pseudolinken zurück, die Sie vorhin erwähnten. Können Sie zu dieser Problematik im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen die Position der DKP verdeutlichen?

Werner Cieslak: Gewiß, und ich kann es kurz machen. Es ist eine Tatsache, daß das Auftreten der Pseudolinken und ihr Versuch, in die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung hineinzu-

wirken, Schaden angerichtet hat und weiter anrichtet. Schaden für die Arbeiterklasse. Während diese Kräfte vorgeben, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, bewirken sie in Wirklichkeit durch unrealistische Forderungen und Verunglimpfung der Funktionäre der Gewerkschaften das genaue Gegenteil. Sie treffen sich da mit den Rechten: Ebenso wie die CDU und der CGB drohen auch die Pseudolinken mit der Aufstellung von Spalterlisten bei der Betriebsratswahl, und sie haben das in der Vergangenheit auch getan.

Ich kann hier nur wiederholen, daß sich die DKP von solchen arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Machenschaften, die nur dem Teile-und-herrsche-Prinzip des Kapitals von Nutzen sind, scharf abgrenzt. Der Arbeiterklasse nutzt nur, was sie befähigt, einheitlich und geschlossen zu handeln, weil sie das stärker macht gegen den Druck des Kapitals und der Rechtskräfte. Darum ist es das prinzipielle Anliegen meiner Partei und aller ihrer Mitglieder, mit sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Kollegen zusammenzuarbeiten, die ehrlich die Belange der Arbeiter und Angestellten vertreten und die Einheitsgewerkschaft stärken wollen. Das gilt generell und — natürlich — auch bei der Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Betriebsratswahlen.

Hessische DGB-Jugend in der Sowjetunion

Interview mit DGB-Landesjugendsekretär Dieter Hooge

Vom 26. September bis 7. Oktober 1974 war eine Delegation der hessischen Gewerkschaftsjugend in der Sowjetunion. Mit diesem Besuch sollten die seit zwei Jahren bestehenden Kontakte weiter vertieft werden. Zu der Reise stellten NACHRICHTEN Dieter Hooge, Landesjugendsekretär und Leiter der Delegation, einige Fragen:

NACHRICHTEN: Sie waren vor gut einem Monat mit einer Delegation der hessischen Gewerkschaftsjugend in der Sowjetunion. Was war der stärkste Eindruck, den Sie mit nach Hause brachten?

Dieter Hooge: Seit zwei Jahren unterhält der DGB-Landesbezirk Hessen offizielle Kontakte zum Gebietsgewerkschaftsrat Rostow/Don in der UdSSR. Diese Kontakte haben sich für die hessische DGB-Jugend 1973 in einem ersten Jugendseminar zu Fragen der beruflichen Bildung und der Arbeit der Gewerkschaftsjugend in Hessen konkretisiert. In diesem Jahr reiste nun eine Delegation des Landesjugendausschusses zu einem Seminar mit gleicher Themenstellung nach Rostow/Don. Wir haben uns dort

10 Tage aufgehalten und mehrere Institutionen zur Berufsbildung besucht sowie entsprechende Diskussionen und Gespräche geführt.

Sehr beeindruckend war für uns, mit welcher Offenheit und mit welcher Ausführlichkeit wir alle Informationen, die wir haben wollten, bekommen konnten. Das gilt insbesondere für die Fragen zur beruflichen Bildung unter den gesellschaftlichen Verhältnissen in der UdSSR. Man war nicht bemüht, uns nur eine „Schokoladenseite“ der Institutionen vorzuführen, sondern man hat in jeder Phase versucht, ein objektives Bild für uns zu gestalten.

NACHRICHTEN: Ihr Besuchsprogramm sah auch eine Reihe von Gesprächen mit führenden sowjetischen Gewerk-

Dem Kampf der Arbeiter und Angestellten um die Durchsetzung ihrer Lohn- und Gehaltsforderungen, für ihre sozialen und demokratischen Rechte fügen sie nur Schaden zu. Diese Manöver dienen vor allem den Unternehmerverbänden und deren Absicht, die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu beeinträchtigen. Sie sind Wasser auf die Spaltungs- und Erpressungsversuche von Seiten der CDU/CSU. Nicht zuletzt gibt das provokatorische Auftreten der Maoisten den Kräften in den Gewerkschaften Auftrieb, die unter dem Vorwand des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens der Maoisten gegen konsequente und aktive Gewerkschafter vorgehen möchten.

Für die Gewerkschaftsbewegung ergibt sich daraus eine wichtige Lehre: Niemandem, weder linksmaskierten Maoisten, noch der CDU/CSU und den Unternehmerverbänden darf erlaubt werden, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaften anzutasten. Die Einheit der Gewerkschaften gegen alle Angriffe von rechts und ultralinks zu verteidigen und die gewerkschaftliche Kampfkraft ständig zu stärken, das ist ein aktuelles Anliegen aller konsequenten Gewerkschafter.

Günter Weiß

schaftsfunktionären vor. Welche Themen standen dabei im Mittelpunkt?

Dieter Hooge: Bei diesen Gesprächen ging es besonders um Fragen der Aufgaben und der Probleme der Gewerkschaftsarbeit in der UdSSR. Dies wurde uns anhand der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisationen dargestellt. Ferner wurde ausführlich darüber gesprochen, wie im Rahmen der friedlichen Koexistenz die Kontakte zwischen den Gewerkschaften der Bundesrepublik und der UdSSR vertieft werden können, hier insbesondere zwischen den Organisationen in Rostow und Hessen. Wir haben deutlich gemacht, daß die hessische DGB-Jugend solche Kontakte für sehr wichtig und notwendig hält, um insbesondere Vorurteile abzubauen und konkrete Informationen zu bekommen. Das gilt für junge Gewerkschaftsfunktionäre sowohl aus Hessen als auch für das Rostower Gebiet.

NACHRICHTEN: Durch diese Reise wurden die Kontakte zu den sowjetischen Gewerkschaften vertieft. Was ist an weiteren Begegnungen geplant?

Dieter Hooge: Wir haben bei unserem Besuch in Rostow eine Einladung an 11 Kolleginnen und Kollegen zu einem weiteren Seminar 1975 in Hessen überbracht. Es soll im September stattfinden und schwerpunktmäßig Fragen des Jugendarbeitsschutzes in der Bundesrepublik aus der Sicht der DGB-Jugend behandeln. Diese Einladung wurde von unseren Partnern in Rostow angenommen. Langfristig gesehen, wird dann im Jahr 1976 zur gleichen Themenstellung sicherlich wieder eine Delegation der hessischen DGB-Jugend nach Rostow reisen.

DGB-Kongreß im Mai 1975

Für den 10. ordentlichen DGB-Kongreß, der vom 25. bis 31. Mai 1975 im Hamburger Congreß-Centrum stattfindet, sind 478 Delegierte vorgesehen. Davon stellt die IG Metall mit 169 Delegierten mehr als ein Drittel; es folgen die ÖTV mit 68, die IG Chemie, Papier, Keramik mit 41 und die IG Bau, Steine, Erden mit 33 Delegierten. Zu den Delegierten kommen noch 148 Gastteilnehmer von den Gewerkschaften und 40 von den DGB-Landesbezirken.

Zum Termin für den Antragsschluß hat der DGB-Bundesausschuß entsprechend der Satzung den 28. Februar 1975 festgelegt. Antragsberechtigt sind die Hauptvorstände bzw. Vorstände der 16 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, die 9 DGB-Landesbezirke, die DGB-Bundes-Berufsgruppenausschüsse der Jugend, Frauen, Angestellte und Beamte sowie der DGB-Bundesvorstand.

Kapitalinteressen stehen höher: „Mitbestimmung“ ohne Parität

Die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung ist in die Entscheidungsphase eingetreten. Das Bundestags-Hearing mit Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und „Experten“, das kürzlich stattfand, war kaum mehr als eine Schau und wird an der erklärten Absicht der Bundesregierung, den Arbeitern und Gewerkschaftern die Parität in den Aufsichtsräten zu verweigern, nichts ändern. Allein gewerkschaftliche Protestaktionen mit großem Ausmaß und Nachdruck wären jetzt noch geeignet, einen Wandel herbeizuführen.

Wenn man jedoch auf den letzten Gewerkschaftstag die Äußerungen der DGB-Vertreter und Gewerkschaftsvorsitzenden zur Mitbestimmung vernommen hat, so wird klar: Bei Aufrechterhaltung ihrer Kritik und partiellen Ablehnung von Regelungen des Regierungsentwurfs sind sie nicht bereit, in dieser Frage auf Kollisionskurs zur Regierung Schmidt/Genscher zu gehen. So bahnt sich für die Gewerkschaftsbewegung erneut an, was sie bei anderen Gelegenheiten (Notstandsgesetze, Betriebsverfassungsgesetz) schon mehrmals erlebte: Der jähe Abbruch einer legitimen Forderungsbewegung zur Durchsetzung von Interessen der Volksmehrheit zu einem Zeitpunkt, zu dem vielmehr die Verstärkung dieser Bewegung angebracht wäre und die Erfolgchancen vergrößern würde.

Während in den Gewerkschaftsspitzen unter dem offenkundigen Druck der SPD-Führung und des Kanzlers also die Weichen gerade umgestellt wurden (Motto: Man wird mit dem unzureichenden Gesetz leben müssen), haben die Unternehmerverbände und Konzernmanager noch einmal zum großen Schlag gegen die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften ausgeholt: Nicht nur BDA-Chef Schleyer stößt täglich ins Horn des „Gewerkschaftsstaates“ — und die Springer-Presse, Herr Genscher und viele andere, die sich den Kapitalinteressen verpflichtet fühlen —, auch die US-amerikanische Handelskammer in der Bundesrepublik reihte sich in die jagende Meute ein.

Mit einem bestellten Gutachten des Westberliner Professors Wengler wird die Mitbestimmungsforderung des DGB als „Teilenteignung ohne Entschädigung“ bezeichnet, die gegen das Handelsabkommen mit den USA verstoße. Die US-Vertreter des „big business“ drohen mit Investitionsstopp. Massiv mischt sich auch die Deutsche Bank in die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ein, indem sie ausländische Investoren bei der Beratung in Fragen der Geldanlage vor der erwarteten Mitbestimmungsregelung für Großunternehmen in der BRD warnt. — Das ist es, wenn Gewerkschafter vor wirt-

schaftlicher Macht, die zu politischer Macht mißbraucht wird, warnen.

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter attackierte auf dem 11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft diesen Machtmißbrauch der Deutschen Bank mit der bissigen Bemerkung: „So macht die Deutsche Bank deutsche Politik für

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

LAG entscheidet gegen Klöckner-Konzern

In zweiter Instanz hat die 2. Kammer des Landesarbeitsgerichts Bremen am 9. Oktober 1974 in einem Beschlußverfahren bestätigt, daß der Betriebsrat der Klöckner-Hütte Bremen es zu Recht abgelehnt hat, der fristlosen Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Heinz Röpke zuzustimmen.

Damit hat das LAG die skandalöse erstinstanzliche Entscheidung des Arbeitsgerichts Bremen (vgl. NACHRICHTEN 3/74) berichtigt. Auch in zweiter Instanz hatte der Klöckner-Konzern keine Zeugen für seine Behauptung benannt, Röpke habe im Junistreik 1973 18 Streikposten eingesetzt, um einen Zusammenbruch des Streiks zu verhindern.

Damit ist jedoch die juristische Auseinandersetzung um die fristlose Entlassung von Heinz Röpke noch nicht beendet: „Wegen der grundsätzlichen Bedeutung“ des Falles hat das LAG die Beschwerde an das Bundesarbeitsgericht zugelassen.

die deutsche Wirtschaft!“ Eine Woche zuvor — am 15. Oktober, auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg — hatte Vetter mit besonderer Schärfe auf die Intervention der US-Handelskammer reagiert, „die mit dem Gutachten deutscher Professoren, mit Millionen von DM, politisch-diplomatischem Druck, und wenn nicht anders, dann mit Investitionsstopp die Mitbestimmung verhindern will“.

„Früher schickte man eben Kanonenboote, heute Diplomaten und Geld“, sagte Vetter weiter. „Aber wir in der Bundesrepublik sind keine Bananenrepublik, und der Kolonialismus ist in Europa tot; je eher sie es merken, desto besser für uns alle!“ Auch der DGB-Bundesvorstand verurteilte mit einer scharfen Erklärung die USA-Einmischung: „Die Androhung eines amerikanischen Investitionsstreiks für den Fall eines Mitbestimmungsgesetzes ist ein Anschlag auf die Souveränität der Bundesrepublik und ihre Gesetzgebungsorgane.“

So eindeutig wie die DGB-Haltung gegenüber den Provokationen des nationalen und internationalen Kapitals gegen die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften ist, sollte auch die Ablehnung des Regierungsentwurfes zur Mitbestimmung sein, der eben diesen Kapitalinteressen entspricht, indem er die von den Gewerkschaften geforderte Parität im Aufsichtsrat nicht vorsieht, die Plazierung eines leitenden Angestellten auf der „Arbeitnehmerbank“ festlegt und bei Pattsituationen im Aufsichtsrat den Kapitaleignern den Letztentscheid zuschreibt.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat im September in Hannover beschlußmäßig fixiert, daß dieser Gesetzentwurf für die Gewerkschafter „unannehmbar“ ist. Mehrere andere Gewerkschaftstage haben in den letzten Wochen ihre Kritik am Regierungsentwurf ähnlich artikuliert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für den DGB, mit Nachdruck in dieser entscheidenden Situation die abhängig Beschäftigten und alle Gewerkschafter für die endliche Durchsetzung der berechtigten Forderung nach wirksamer und darum paritätischer Mitbestimmung zu mobilisieren.

Was die Regierung plant, dient der Winzigkeit von Leuten, die an den Schalthebeln wirtschaftlicher Macht sitzen und deren Anteil an der Bevölkerung sich prozentual nur hinter dem Komma ausdrücken läßt. Was dagegen die Gewerkschaften fordern, dient der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung — denen, die in der Wirtschaft die Werte schaffen, aber nicht an die Schalthebel der Macht herangelassen werden sollen. Jetzt ist die historische Stunde, in der Mitbestimmung durchgesetzt oder auf Jahre verspielt wird.

Gerd Siebert

„Ich bin 16 und will nicht stempeln gehen!“

„Jugendarbeitslosigkeit wie in den USA“ — diese Befürchtung äußerte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, vor wenigen Wochen. Im September 1974 gab es bereits 130 000 jugendliche Arbeitslose. Ihre Zahl nimmt weiter zu. Die Bundesjugendkonferenz des DGB, die vom 19. bis 21. November 1974 in Ludwigshafen stattfindet, wird sich auch mit diesem brennenden Problem befassen.

„Ich bin 16 und will nicht stempeln gehen“ — auf diesen Nenner lassen sich die sorgenvollen Aussagen vieler Jugendlicher bringen, die vergeblich nach einer Lehrstelle oder einem Arbeitsplatz suchen. Über 100 000 Schulabgänger haben in diesem Herbst keine Lehrstelle erhalten. 130 000 Jugendliche mußten im September stempeln gehen, das sind ca. 23 Prozent aller Arbeitslosen. Dazuzuzählen ist die Dunkelziffer der jungen Menschen, die von Anfang an weder eine Lehrstelle noch einen Arbeitsplatz bekam und daher auch in der Statistik nicht erfaßt wird, und diejenigen, deren Arbeitslosigkeit durch ziellose Umschulungsmaßnahmen verschleiert wird.

Immer mehr Menschen in jungen Jahren werden so mit einem der härtesten Schicksale konfrontiert, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit sich bringt: Jung, gesund und gebildet zu sein, aber trotzdem ohne Stelle. Vorbei ist es mit den Plänen für einen zukunftsgerichteten Beruf und eine verantwortungsvolle Aufgabe. Wünsche für Anschaffungen und zur Gründung einer Familie müssen zurückgestellt werden, weil das Geld nicht ausreicht.

Besonders hart sind diejenigen betroffen, die sofort nach dem Schulabgang, während oder gleich nach der Lehre arbeitslos werden. Sie bekommen nicht einmal das unzureichende Arbeitslosengeld der erwachsenen Kollegen. Entweder bekommen sie gar nichts, oder ihre Unterstützung wird nach den niedrigen Lehrlingslöhnen bemessen und beträgt rund 40 DM in der Woche. Aus diesem Grund demonstrierten Ende Oktober junge Arbeitslose vor dem Bundesarbeitsministerium, um auf dieses schwerwiegende Problem aufmerksam zu machen.

In einem Flugblatt erklärten sie: „Wir wissen heute nicht, wovon wir leben sollen, wie es überhaupt weitergehen soll. Denn das Arbeitslosengeld, das man uns zahlt, reicht nicht aus, es wird nach dem geringen Lehrlingslohn berechnet und ist zum Leben zu wenig. In unserer momentanen Situation ist es am dringendsten, das Arbeitslosengeld zu erhöhen. Wir fordern: Das Arbeits-

losengeld für Jugendliche muß nach den Sätzen für erwachsene Kollegen berechnet werden!“

Darüber hinaus muß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit an der Wurzel angepackt werden. Diese Wurzel ist das kapitalistische System. Junge und ältere Arbeitslose dürfen sich auf keinen Fall gegeneinander ausspielen lassen, denn die Arbeitsplätze sind nur im gemeinsamen Kampf aller arbeitenden Menschen sicherer zu machen. Hier

Kindergeldneuregelung diskriminiert ausländische Arbeiter noch mehr

Im Januar 1975 tritt die Steuerreform in Kraft. Sie bringt folgende Neuregelung des Kindergeldes: Die bisherigen Kinderfreibeträge fallen weg, ebenso das bisherige Kindergeld. An seine Stelle tritt ein einheitliches Kindergeld, das von den Arbeitsämtern ausbezahlt werden soll. Es wird für das erste Kind 50 DM, für das zweite 70 DM und für das dritte und jedes weitere 120 DM betragen. Dies Geld wird auf Antrag an alle gezahlt, die Kinder haben — also auch an Unternehmer.

Die ausländischen Arbeiter und Angestellten sind nur gleichgestellt, soweit sie aus EWG-Ländern kommen. Die Hauptmasse demgegenüber — Türken, Griechen, Spanier, Jugoslawen und Portugiesen — erhalten volles Kindergeld nur, wenn ihre Kinder hier in der BRD leben. Für Kinder, die sich im Heimatland aufhalten — etwa um ihre Schulausbildung abzuschließen —, soll ein sehr viel niedrigeres Kindergeld gezahlt werden, bei den Spaniern z. B. 10 DM fürs erste und 20 DM fürs zweite Kind.

In der BRD ist in den vergangenen Jahren viel darüber geredet worden, daß man etwas gegen die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter tun müsse. Auch die Bundesregierung betont gerne,

liegt eine große Verantwortung der Gewerkschaften. Gerade in der Gewerkschaftsjugend wird zunehmend erkannt, daß es sich bei 130 000 jugendlichen Arbeitslosen nicht um „Einzelfälle“ handelt. Bis jetzt schlägt sich das jedoch noch ungenügend in Aktionen und Sofortforderungen nieder. Die DGB-Bundesjugendkonferenz in Ludwigshafen wird dazu Aussagen treffen müssen.

Konstruktiv sind die Sofortforderungen, die sowohl die DKP als auch die SDAJ vorgelegt haben. Beide gehen davon aus, daß zwar die Arbeitsplätze nur im Sozialismus endgültig zu sichern sind, daß es aber trotzdem zahlreiche Möglichkeiten gibt, die Arbeitsplätze unter kapitalistischen Bedingungen sicherer zu machen, sei es durch das Verbot von Massenentlassungen, durch die Erhöhung der Massenkaufkraft oder durch Ausweitung des Handels mit den krisenfreien sozialistischen Märkten. Darüber hinaus brauchen die Arbeitslosen Soforthilfen wie u. a. die Berechnung des Arbeitslosengeldes für jugendliche Arbeitslose nach den Sätzen für erwachsene Kollegen.

Wolfgang Bartels

daß sie für die Gleichberechtigung eintritt. Faktisch ist es aber gerade sie, die durch die neue Kindergeldregelung ungleiches Recht schafft und so den Grundgesetzartikel 3 bricht.

Die Kindergeldneuregelung steht nicht nur im Widerspruch zum Grundgesetz, sondern auch zu den Verträgen, die die BRD mit den Heimatländern der betroffenen Arbeiter abgeschlossen hat. Die Bundesregierung hat deshalb die Regierungen dieser Länder ultimativ dazu aufgefordert, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die von der Bundesregierung vorgesehenen niedrigen Kindergeldbeträge in bilateralen Verträgen niederzulegen. Andernfalls werde sie die zur Zeit gültigen Abkommen einseitig aufkündigen. Die Verhandlungen mit Spanien haben bereits stattgefunden und zu dem oben erwähnten Ergebnis geführt.

Eine Folge dieser Diskriminierung wird sein, daß in den nächsten Monaten zahlreiche Kinder ausländischer Beschäftigter in die BRD strömen. Bereits zu Beginn des neuen Schuljahres konnte man feststellen, daß sich die Zahl der türkischen Schüler um mehr als 25 Prozent erhöht hat. Mit einer Verdop-

„Sozialpolitische Bilanz“ seit 1969: Etwas Licht und viel Schatten

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Arendt, hat allen Bürgern der Bundesrepublik als Zeitungsbeilage eine „Sozialpolitische Bilanz seit 1969“ ins Haus geschickt. Auf vier bunt-illustrierten Zeitungsseiten werden die in den Bereich des BMAS fallenden Gesetze und Gesetzesänderungen aufgeführt und kurz kommentiert, die seit der Übernahme der Regierung in Bonn durch die SPD und FDP in Kraft getreten und die „noch in Arbeit“ sind. Es ist eine umfangreiche Aufzählung, die deutlich macht, daß die SPD-geführte jetzige Regierungskoalition auf diesem Gebiet in der Tat mehr getan hat als ihre CDU/CSU-Vorgängerinnen.

Seit Herbst 1969 hat es beachtliche Verbesserungen im sozialen Leistungsbereich gegeben. So wurden erstmals in der Krankenversicherung Vorsorgeuntersuchungen per Gesetz eingeführt, die Aussteuerung bei der Krankenhauspflege abgeschafft und bei Krankenhauspflege wird jetzt Krankengeld anstelle des niedrigeren Hausgeldes gezahlt. In der Rentenversicherung wurde die flexible Altersgrenze und die Berechnung von Renten nach Mindesteinkommen eingeführt und die Anpassung der Sozialrenten um ein halbes Jahr auf den 1. Juli vorgezogen. Die einen Kindergarten besuchenden Kinder, die Schüler und Studenten wurden in den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung einbezogen. Für die Rehabilitation Behinderter wurden durch das neue Schwerbehinderten- und das Rehabilitations-Angleichungsgesetz die

gesetzlichen Bestimmungen verbessert. Die Leistungen der Kriegsoferversorgung wurden dynamisiert.

Das alles ist nicht zuletzt das Ergebnis des ständigen Drängens der Gewerkschaften auf den Ausbau der sozialen Sicherheit, das bei der SPD, in der viele Gewerkschafter politisch organisiert sind, stärker als bei den bürgerlichen Parteien wirksam ist, auch wenn dabei die vor allem in den grundsätzlichen Fragen in gegenteiliger Richtung wirkende Einflußnahme nicht zu übersehen ist.

Bei manchen in der „Bilanz“ aufgeführten Gesetzen und Gesetzesänderungen handelt es sich jedoch ohnehin nur um mehr oder weniger wirksame soziale Pflasterchen, um die unsozialen Auswirkungen der Gebrechen des

wem denn nun wieviel Kindergeld zu steht, ist bestens dazu geeignet, chauvinistische Gefühle aufzupeitschen und deutsche und ausländische Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Hinzu kommt, daß durch die Frage der EWG-Mitgliedschaft sogar noch die ausländischen Arbeiter in zwei Kategorien geteilt werden.

Die ausländischen Beschäftigten, die schon eine große Zahl von Protestaktionen — Pressekonferenzen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen — gegen die in der Kindergeldneuregelung vorgesehene Diskriminierung unternommen haben, haben die Gefahr der Spaltung erkannt. Sie suchen heute verstärkt die Solidarität der deutschen Beschäftigten. Aufgabe jedes konsequenten Gewerkschafters muß es deshalb sein, die Aktionen der ausländischen Kollegen wirkungsvoll zu unterstützen und in Gewerkschaften, Betrieb und Öffentlichkeit den wahren Charakter der Kindergeldneuregelung aufzudecken. M. J.

großkapitalistischen Wirtschaftssystems zu mildern, anstatt diesen Gebrechen und ihren im System liegenden Ursachen selbst zu Leibe zu rücken. Als eine Leitlinie für die Sozialgesetzgebung wird in der „Bilanz“ des Arendt-Ministeriums die „Humanisierung des Arbeitslebens“ genannt. Arbeiter und Angestellte arbeiten jedoch wie eh und je fremdbestimmt. Trotz der Verbesserungen im Betriebsverfassungsgesetz sind sie wie schon immer von der wirtschaftlichen Mitbestimmung vor allem dort ausgeschlossen, wo die Hauptentscheidungen oft über das Schicksal und die Existenz Zehn- und Hunderttausender Arbeiter und Angestellter fallen, in den Chefetagen und den Aufsichtsräten der großen Konzerne und Banken und den Schaltstellen der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das in der „Bilanz“ als „noch in Arbeit“ befindliche, von den DGB-Gewerkschaften abgelehnte Mitbestimmungsgesetz wird an dieser Situation grundsätzlich nichts ändern.

Sicher sind die Formen der kapitalistischen Ausbeutung gegenüber der Zeit des Frühkapitalismus als Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes „humaner“ geworden. Aber wie damals müssen Arbeiter und Angestellte um ihren Anteil an dem, was sie mit ihrer Arbeit schaffen, kämpfen, besteht die extrem ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Lande. Das in der „Bilanz“ enthaltene 624-DM-Gesetz hat daran nicht das geringste geändert.

Auch die immer noch hohen Zahlen der gemeldeten Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten zeugen nicht von einer „Humanisierung des Arbeitslebens“. Das in der „Bilanz“ mitaufgeführte Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit wird auf absehbare Zeit keine grundlegende Verbesserung der Sicherheit und gesundheitlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz bringen.

Wie kann man von „Humanisierung des Arbeitslebens“ reden angesichts der Tatsache, daß der Arbeitsplatz für Millionen Arbeiter und Angestellte immer unsicherer wird. Man muß wohl hochdotierter und unkündbarer Minister oder Ministerialbeamter sein, der nur im „äußersten Fall“, mit hoher Pension und gutbezahltem Job in der Privatwirtschaft, in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden kann, um in der gegenwärtigen Situation so uneingeschränkt in einer „Sozialpolitischen Bilanz“ schreiben zu können: „Wir haben mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit für alle Bürger geschaffen... Wir haben beachtliche Fortschritte für alle Bürger erreicht.“ Das ständige Steigen der Preise, Mieten, Gebühren und Tarife für öffentliche Dienstleistungen, die seit dem Koreakrieg höchste Inflationsrate (7,3 Prozent im September), die die erkämpf-

ten Lohn- und Gehaltserhöhungen genauso wie die Verbesserung der Renten und Sozialleistungen weitgehend auffrißt — ist das „soziale Sicherheit“, sind das „beachtliche Fortschritte“ für alle?

Zwar sollen durch gewerbliche Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen nach der Planung des Bundeswirtschaftsministeriums bis 1977 über 460 000 neue Arbeitsplätze in der BRD geschaffen werden. Aber nach den Angaben des gleichen Ministeriums wurden mit solchen Maßnahmen auch von 1969 bis 1973 in neun Bundesländern 513 192 neue Arbeitsplätze geschaffen, mit dem „Ergebnis“, daß es nun seit Ende des vergangenen Jahres weit mehr als eine halbe Million Arbeitslose und Kurzarbeiter gibt, eine Zahl, die in den kommenden Monaten erheblich ansteigen wird.

In entscheidenden Fragen der sozialen Sicherheit sieht die reale Bilanz auch seit 1969 für die Arbeiter, Angestellten und Rentner wesentlich ungünstiger aus, als die vom BMAS geschriebene. Das zeigen unsere wenigen Beispiele, deren Zahl sich beliebig vermehren ließe. Sie enthält gewichtige Minus-Posten. Dabei ist den Verfassern der ministeriellen „Bilanz“ durchaus zuzustimmen, wenn sie feststellen: „Natürlich kann der soziale Rechtsstaat nicht über Nacht entstehen. Wir können ihn nur schrittweise verwirklichen... Beitrags- und Steuerzahler dürfen nicht überlastet werden.“ Die erfolgten Leistungsverbesserungen aber sind ausschließlich zu Lasten der arbeitenden Beitrags- und Steuerzahler gegangen. Mehrfach hat es in den vergangenen Jahren Heraufsetzungen der Sozialversicherungsbeiträge gegeben. Neue Beitragserhöhungen bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung stehen ins Haus oder sind schon erfolgt.

Auch die Rüstaufwendungen sind seit 1969 keineswegs eingeschränkt worden, um damit in größerem Umfang ohne Erhöhung der SV-Beiträge die Sozialleistungen zu verbessern. Im Gegenteil: Auch die SPD/FDP-Koalition hat Jahr für Jahr mehr Milliarden Steuergelder für Rüstung und NATO ausgegeben.

Die Minus-Posten in der realen sozialpolitischen Bilanz seit 1969 sind letztlich dadurch bedingt, daß die Grundübel des Kapitalismus — die Unterwerfung der Entwicklung der Wirtschaft unter das Profitstreben der Konzernbosse und das Fehlen einer verbindlichen, von den Interessen des arbeitenden Volkes bestimmten Wirtschaftsplanung — und damit die Grundursachen für alle soziale Unsicherheit, für Arbeitsplatzgefährdung, Pleiten, Massenarbeitslosigkeit und inflationäre Teuerung, heute so wenig wie früher von der Bonner Politik angegangen werden.

A. B.

Verbesserung der Rehabilitation - Sicherer Arbeitsplatz fehlt jedoch

Für die rund vier Millionen Behinderten der Bundesrepublik (die Zahl ist geschätzt, da es darüber keine Erhebungen gibt) bringt das zum 1. Oktober 1974 in Kraft getretene Gesetz über die Angleichung der Maßnahmen zur Rehabilitation begrüßenswerte Verbesserungen. Davon ausgeschlossen sind jedoch die Behinderten, die medizinische und berufsfördernde Eingliederungshilfen nur von den Sozialämtern erhalten können.

Der Kreis der Behinderten, der bei der Rehabilitation auf die Sozialhilfe angewiesen ist, wurde jedoch durch das neue Rehabilitationsgesetz erheblich verringert. Denn mit dem Gesetz, das der DGB begrüßt hat, ist die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen einschließlich der Ersatzkassen im Bereich der Rehabilitation erweitert worden.

Nach dem Rehabilitations-Angleichungsgesetz ist erstens die Gewährung einheitlicher Leistungen bei der Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung und Wiedereingliederung Behinderter in Arbeit und Gesellschaft geregelt. Unabhängig davon, ob eine Behinderung durch Geburt, Krankheit, Unfall, Kriegs- oder Wehrdienst verursacht ist, und wer Rehabilitation durchführt, erhält der Behinderte gleiche Sach- und Geldleistungen.

Zweitens haben die Kassen der sozialen Krankenversicherung für Versicherte und deren mitversicherte Ehegatten und Kinder die Kosten für die der Rehabilitation dienenden Körperersatzstücke und orthopädischen Hilfsmittel voll zu übernehmen, wenn kein Anspruch gegen einen anderen Leistungsträger (Rentenversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Arbeitsämter, Versorgungsämter u. a.) besteht. Bisher haben die Krankenkassen bei Prothesen, Rollstühlen und anderen Hilfsmitteln nur Zuschüsse gegeben.

Drittens zahlen alle Rehabilitationsträger ein einheitliches Übergangsgeld, die Krankenkassen Krankengeld während der Durchführung medizinischer und berufsfördernder Eingliederungs- bzw. Wiedereingliederungsmaßnahmen. Es beträgt 80 Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes und darf den entgangenen Nettoverdienst nicht übersteigen. Die der jeweiligen Leistungsbemessungsgrenze entsprechenden Höchstbeträge, die das Übergangs- bzw. Krankengeld erreichen können, bleiben jedoch bei den verschiedenen Leistungsträgern unterschiedlich. Übergangs- bzw. Krankengeld werden, wie die Sozialrenten, jährlich angepaßt. Das war bisher nicht der Fall, so daß auch bei einer meh-

rere Jahre dauernden Rehabilitation die Geldleistung nicht erhöht wurde.

Viertens bleiben die Behinderten jetzt während der Zeit der Rehabilitation sozial gesichert. Es werden für sie Beiträge zur Kranken-, Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung gezahlt.

Das neue Gesetz ist kein einheitliches Rehabilitationsgesetz, wie es vor allem die Behindertenverbände fordern. Die gesetzliche und institutionelle Zersplitterung im Bereich der Rehabilitation bleibt bestehen. Allerdings soll jeder Behinderte es nur noch mit einer Stelle zu tun haben, die für alle Maßnahmen der Rehabilitation für ihn zuständig ist. Man soll ihn nicht mehr von einer Behörde zur anderen schicken können.

Falls es Schwierigkeiten gibt, die richtige zuständige Stelle zu finden, soll spätestens nach sechs Wochen im medizinischen Bereich die Rentenversicherung, im Bereich der Berufsförderung die Bundesanstalt für Arbeit, vorläufige Leistungen gewähren. Es fehlt nach wie vor eine umfassende verbindliche Meldepflicht für alle Behinderten, wie sie der DGB und die Behindertenverbände fordern. Damit aber ist allein sicherzustellen, daß vor allem bei behinderten Kindern und Jugendlichen rechtzeitig und unter Anwendung aller möglichen Hilfen mit der Rehabilitation begonnen wird.

Unlängst hat die Statistik des Berufsförderungswerkes Heidelberg bewiesen, daß eine erfolgreiche Rehabilitation Behinderter weniger kostet, daß sie auch der Gesellschaft und dem Staat nutzt. Danach kostet die 14 Monate dauernde Berufsförderung eines Behinderten im Durchschnitt 10 000 DM. Es werden aber im Durchschnitt 83 000 DM an Renten und Sozialleistungen eingespart und 384 000 DM als Zuwachs beim Bruttosozialprodukt gewonnen. Das gilt natürlich nur, wenn die Rehabilitation mit dem passenden Arbeitsplatz für den Behinderten gekrönt werden kann, der für den Behinderten mehr ist, als nur Erwerbsquelle. Hier aber gibt es bei der sich verschlechternden Situation am Arbeitsmarkt noch größere Schwierigkeiten als zuvor.

Böpple

Gewerkschaftswahlen in der DDR sozialistische Betriebsdemokratie

Von unserem DDR-Korrespondenten Claus Friedrich

Eine wichtige Etappe der Gewerkschaftswahlen in der DDR, die Wahlen der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, ist abgeschlossen. Jetzt werden, bis in den Januar hinein, die gewerkschaftlichen Leitungsgremien in den Kreisen und Bezirken gewählt. Während der betrieblichen Wahlen hat, so sagt die Statistik, jedes vierte Mitglied zur Diskussion gesprochen.

Diese Statistik bestätigte Wolfgang Beyreuther, Stellvertreter des Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, wenn er in einem Interview feststellte: „Das Bedürfnis, am Meinungsaustausch über alle Fragen der Gewerkschaftspolitik teilzunehmen, ist bedeutend gewachsen.“ Die Gewerkschaften haben sich besonders während der Wahlen bemüht, überall eine Atmosphäre zu schaffen, in der jedes Mitglied die Gewißheit hat, daß seine Meinung und seine Vorschläge gefragt sind, und Selbstzufriedenheit sowie Mißachtung von Kritik und von Vorschlägen nicht geduldet werden. Deswegen halten sie auch über die verschiedenen Wahlstadien hinweg an der Methode fest, zu prüfen, was im jeweiligen Verantwortungsbereich in der vorhergegangenen Zeit aus den Vorschlägen und Hinweisen der Arbeiter und aller anderen Werktätigen geworden ist.

Während der Diskussion über den Plan für das Jahr 1975, die im Sommer dieses Jahres in allen Betrieben geführt worden war, und in den gewerkschaftlichen Wahlversammlungen hat es viele solcher Vorschläge und Hinweise von den Gewerkschaftsmitgliedern gegeben. Ein großer Teil davon gilt der Verbesserung der Produktion. Aber die thematische Bandbreite ging natürlich viel weiter. Sie umfaßte Vorschläge zum geistig-kulturellen Leben, zur direkten Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen, zur Zusammenarbeit von Betrieb und Territorium, wobei Verkehrsfragen ebenso angesprochen werden wie Erfordernisse des Umweltschutzes oder die Wohnungspolitik.

Man muß sich vor Augen halten, daß im gesamten Leben der DDR die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Das ist der grundlegende Bezugspunkt für die Beantwortung der Frage, warum der FDGB den Vorschlägen der Werktätigen so große Bedeutung beimißt.

Die Gewerkschaften werten die Vorschläge ihrer Mitglieder als Ausdruck des Strebens nach aktiver Teilnahme an der Leitung und Planung gesellschaftlicher Prozesse. Mit jedem Arbeitervorschlag wird sozusagen die sozialistische Demokratie auf die Probe

gestellt. Ob ein Vorschlag verwirklicht wird oder nicht, ist auch für den Urheber von erheblicher Bedeutung — nicht allein deshalb, weil der Vorschlag mit Nutzen in der Produktion angewandt, auch materielle Vorteile mit sich bringt. Es geht auch darum, daß sich dieser Arbeiter in der Rolle eines Angehörigen der im Sozialismus herrschenden Klasse bestätigt sieht, daß er erlebt: Mein Wort gilt etwas!

Gewerkschaftsarbeit, die sich in diesem wichtigen Punkt sehen lassen kann, wurde während der Wahlen im „Fritz-Heckert-Werk“ in Karl-Marx-Stadt geleistet. Die Gewerkschaftsgruppe NC-Inbetriebnahme hatte z. B. neben Vorschlägen zur Entwicklung der Produktion auch kritische Überlegungen zum Arbeitsschutz angestellt und auf Mängel in der Versorgung der Schicht-

Wahlbilanz in Zahlen

Wie nach Abschluß der Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre der betrieblichen Ebene in der DDR mitgeteilt wurde, sind dabei Gewerkschaftsfunktionäre in 249 430 Gewerkschaftsgruppen gewählt worden. Aus den Wahlen gingen hervor: 17 820 Abteilungsgewerkschaftsleitungen und 42 110 Betriebsgewerkschaftsleitungen. Ferner wurden bei den betrieblichen Leitungen 6657 Jugendausschüsse und 15 716 Frauenausschüsse gewählt.

Neue Anlage

Eine neue Produktionsstätte für die primäre Erdölverarbeitung lief im Hydrierwerk Zeitz an. An der Errichtung waren die DDR, Ungarn, die CSSR und Polen beteiligt. Mit der Anlage wird aus jährlich drei Millionen Tonnen Erdöl aus der UdSSR Rohbenzin gewonnen, das über eine Pipeline nach Böhlen fließt und dort im Olefinkomplex zu Äthylen und Propylen verarbeitet wird.

arbeiter hingewiesen. Elf Tage später wurde eine weitere Gruppenversammlung einberufen. Dazu war auch der Produktionsdirektor herbeizitiert worden. In dieser Versammlung gab der Direktor Aufschluß, was aufgrund der Vorschläge und Hinweise verändert bzw. an Maßnahmen zur Veränderung eingeleitet wurde — von der Verbesserung der Lichtverhältnisse in der Halle bis hin zur Aufstellung eines Kühlschranks.

Gewiß, es wäre eine Versimpelung dieser Problematik, würde nicht auch darauf eingegangen, daß die gemachten Vorschläge und Hinweise im einzelnen unterschiedlich ausgereift sind und daß auch solche gemacht werden, von denen man sagen muß, daß sie für die nächste Zeit nicht verwirklicht werden können oder daß sie überhaupt unrealistisch sind. Der FDGB erwartet von seinen Funktionären, daß sie sich wie forschende Wissenschaftler zu den Äußerungen der Kollegen verhalten, mit denen diese vorwärtsweisende Veränderungen erstreben, auch wenn diese Äußerungen nicht „protokollgerecht“ an ihre Ohren oder vor ihre Augen gelangen und auch wenn dazu Fragezeichen anzubringen sind. Wie ein Geologe mit dem Hammer das Gestein abklopft, so soll der FDGB-Funktionär sozusagen jeden Gedanken abklopfen, um das Verwertbare herauszufinden.

Die Weiterbehandlung einer vielleicht unvollkommenen Idee in den gewerkschaftlichen Gremien (den Kommissionen der BGL, der Ständigen Produktionsberatung, dem Neuereraktiv usw.) hat oft schon dazu geführt, daß in ursprünglich als verfehlt aufgefaßten Gedanken ein rationeller Kern gefunden wurde, der sich als sehr fruchtbar erwies. Die Gemeinschaftsarbeit von Arbeitern, Ingenieuren, Wissenschaftlern hat sich dabei bestens bewährt.

Im Prinzip gilt, das zählt zu den Spielregeln der sozialistischen Betriebsdemokratie und der Demokratie überhaupt, daß innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist für die Behandlung von Eingaben, gleich ob schriftlich oder mündlich, jeder Arbeitervorschlag von den betrieblichen Leitern zu beantworten ist. Die Gewerkschaften üben die Kontrolle darüber aus und wirken darauf hin, daß die Bedingungen für die Verwirklichung jedes wertvollen Vorschlages geschaffen werden, denn Erfinderreichtum und schöpferische Fähigkeiten münzen sich nicht von allein in gesellschaftlich bedeutsame Ergebnisse um. Dazu bedarf es zielstrebigem Leitungstätigkeit, die davon ausgeht, daß der fortgeschrittene Stand des Neuerertums der Arbeiterklasse — wie Erich Honecker es unlängst ausdrückte — „unser kostbarster Fonds bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ ist.

WGB: Bessere Bedingungen für die Gewerkschaftseinheit

In der kubanischen Hauptstadt Havanna tagte vom 14. bis 17. Oktober 1974 der Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), das höchste Leitungsgremium zwischen den Kongressen. Themen der 25. Generalrats-tagung waren u. a. die Erörterung von neuen Wegen und Methoden zur Erreichung eines Höchstmaßes an Einheit und Geschlossenheit der internationalen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, die Lage der werktätigen Frauen und die Vorbereitung des internationalen Jahres der Frau 1975.

Der WGB repräsentiert 153 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in rund 70 Ländern. In Havanna empfahl der Generalrat die Aufnahme des Gewerk-

Louis Saillant, Ehrenpräsident des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), ist Ende Oktober in Paris im Alter von 64 Jahren gestorben. Saillant war bis 1968 Präsident des Weltgewerkschaftsbundes und bis zu seinem Tode Sekretär des größten französischen Gewerkschaftsbundes, des CGT. Während des zweiten Weltkrieges kämpfte er aktiv gegen die faschistische Besatzung in Frankreich. Nach dem Kriege gehörte er zu den Gründern des Weltfriedensrates.

CGT-Aufnahme nicht behandelt

Der Exekutiv Ausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) hat auf seiner Sitzung Ende Oktober in Brüssel zu dem seit einiger Zeit vorliegenden Antrag des französischen Gewerkschaftsbundes CGT, Verhandlungen über einen Beitritt aufzunehmen, nicht Stellung genommen. Der CGT ist der größte Gewerkschaftsbund Frankreichs und gehört auf internationaler Ebene dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) an, während die meisten EGB-Gewerkschaften Mitglied im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) sind.

Der DGB-Vorsitzende Vetter, der Präsident des EGB ist, erklärte nach der Sitzung des Exekutiv Ausschusses, zunächst werde das EGB-Präsidium „prüfen“, unter welchen Voraussetzungen Verhandlungen über eine Aufnahme des CGT begonnen werden könnten. Die Gegnerschaft des DGB zu einer CGT-Mitgliedschaft ist bekannt. Der DGB hatte sich im Juli dieses

menarbeit, die sich auf dem europäischen Kontinent vollzogen haben. In den kapitalistischen Ländern der Welt, heißt es in der allgemeinpolitischen Resolution, habe der Klassenkampf neue Dimensionen angenommen und sei vom Streben der Arbeiterklasse nach Einheit und Geschlossenheit geprägt. „In unseren Tagen sind die Bedingungen für die internationale Gewerkschaftseinheit günstiger als in der Vergangenheit, und diese Einheit steht mehr denn je auf der Tagesordnung.“

In der Diskussion sprach auch Mario Dido, Sekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, der Anfang Juli mit den Gegenstimmen der DGB-Vertreter auch in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen worden war. Dido setzte sich mit den Ursachen der weltweiten Krise des Kapitals auseinander. Der stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Wolfgang Beyreuther, erklärte, die internationale Tätigkeit des DDR-Gewerkschaftsbundes sei besonders auch auf die weitere Durchsetzung der politischen Entspannung gerichtet, die durch eine militärische ergänzt werden müsse.

G. S.

Jahres gemeinsam mit der kleinen antikomunistischen Force Ouvrière (FO) Frankreichs bereits – allerdings erfolglos – der Aufnahme der italienischen CGIL widersetzt, die im Weltgewerkschaftsbund kürzlich den Assoziiertenstatus erhielt.

Die Mehrheit des EGB-Exekutiv Ausschusses beschloß jetzt jedoch, daß in der „Arbeitnehmergruppe“ der Europäischen Gemeinschaft die EGB-Vertreter künftig gemeinsam mit den Vertretern der CGT tagen dürfen. Der Exekutiv Ausschuss gab außerdem sein Einverständnis, sich an einer Sozialkonferenz der Europäischen Gemeinschaft auf der Ebene von Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden auch dann zu beteiligen, wenn Gewerkschaften hinzugezogen werden, die keinem Zusammenschluß auf der EG-Ebene angehören.

-rt

EMB beschloß Aktionsprogramm

In Frankfurt am Main tagte am 30. und 31. Oktober 1974 die 2. Generalversammlung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB). Nach dem Ausscheiden des bisherigen Präsidenten Wallaert wurde Hugh Scanlon, Vorsitzender der britischen Maschinenbauergewerkschaft, zum neuen EMB-Präsidenten gewählt. Zu den fünf Vizepräsidenten gehört auch der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer. EMB-Generalsekretär wurde wieder Günter Köpke von der IG Metall.

Die Generalversammlung verabschiedete ein Aktionsprogramm, das die kurzfristigen Ziele und die Mittel zur Durchsetzung bestimmt. Das Aktionsprogramm soll, so heißt es darin, „eine Veränderung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ anstreben. Die von den holländischen Metallgewerkschaften vorgeschlagene Formel „Überwindung“ des Kapitalismus wurde von der Mehrheit nicht berücksichtigt.

Das Programm fordert u. a. verstärkte Einflußmöglichkeiten für die Arbeiter in den EG-Organen und die Verstärkung direkter Aktionen gegenüber den multinationalen Unternehmen in Westeuropa. Zu diesem Zweck sollen die gewerkschaftlichen Koordinierungsausschüsse, die in solchen Unternehmen teils schon bestehen, weiter ausgebaut werden. Die EMB-Gewerkschaften lehnen mit Nachdruck jede „Einkommenspolitik“ ab, die Lohnkontrollen zum Ziel hat, wenden sich gegen Versuche zur Einschränkung der Tarifautonomie und fordern das Verbot der Aussperung und die Beseitigung juristischer Schranken für internationale Solidaritätsstreiks.

Hochgejubelte Kalauer aus der Propaganda-Küche des Kapitals

Jürgen Eick, Wie man eine Volkswirtschaft ruinieren kann, Societäts-Verlag Frankfurt/M., 172 S., DM 14,50

Ein Werk, das mehrere Wochen auf der Spiegel-Bestseller-Liste erscheint, sich mit volkswirtschaftlichen Problemen, hauptsächlich aber mit den Gewerkschaften auseinandersetzt, ist für NACHRICHTEN Anlaß genug, den Inhalt des Buches einmal kurz unter die Lupe zu nehmen.

In der Tat, Jürgen Eick, seit 1963 einer der Herausgeber des Unternehmerblattes „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), hat ein bemerkenswertes Buch geschrieben. Bemerkenswert in doppelter Hinsicht. Einmal erstaunen Kühnheit und Fleiß, mit der er alle sattem bekannten „Argumente“ gegen die Gewerkschaften und ihre Politik wieder einmal aufischt. Zum anderen

„Gewerkschaftsstaates“ an die Wand, bei dem die Unternehmen an der Strippe der Gewerkschaftszentralen hängen und die „deutsche gewerbliche Wirtschaft endgültig in die Hände der Gewerkschaften“ überginge.

Eick scheut sich nicht, „Parallelen“ zum III. Reich zu ziehen. So wie damals die Nazi-Partei, könnten nach Eick demnächst in der BRD die Gewerkschaften dem Staat befehlen. Um diese besser in den Griff zu bekommen, damit sie ihre Mitglieder beispielsweise nicht „zu immer neuen Lohnforderungen aufstacheln“, hat Eick unter anderem den Vorschlag für ein weitgehendes Streikverbot im gesamten öffentlichen Dienst parat. Einen „Glanzpunkt“ seiner Schlußfolgerungen stellt die Forderung dar, die Gewerkschaften bei Verabschiedung der Mitbestimmung unter die Kontrolle einer Kartellbehörde zu stellen, da sie über die Aufsichtsräte einen Teil der Wirtschaft kontrollierten.

DAS AKTUELLE BUCH

aber bemerkenswert, da er sein Buch geschickt aufgebaut und mit geübter journalistischer Feder offensichtlich einem breiteren Publikum schmackhaft machen konnte.

In der Tradition der wirtschaftspolitischen Schule der „Neoliberalen“, als deren Vertreter Ludwig Erhard gefeiert wird, richtet sich der Hauptstoß der Argumentation von Eick gegen die Gewerkschaften, gegen ihre Mitbestimmungskonzeption und die Tarifpolitik.

Eick wendet sich dann gegen den Konzentrationsprozeß in der Industrie und setzt sich für die Aufrechterhaltung eines „unternehmerischen Wettbewerbs“ ein. Aber angesichts der jüngsten Ereignisse im Mineralölbereich, angesichts der „Elefantenhochzeit“ von Thyssen und Mannesmann von einem effektiven Kartellrecht zu sprechen oder als Instrument zur Durchsetzung einer sogenannten Wettbewerbsordnung den Unternehmern zu empfehlen, doch nicht der falschen Heilslehre der Konzentration anzuhängen, weist Eick als Demagogen aus.

Da ist er in seiner Abrechnung mit den Gewerkschaften weit weniger zimperlich. Ihnen spricht er schlicht das Recht ab, für die Arbeiter und Angestellten zu sprechen; ihnen wirft er eine verbraucherfeindliche Politik vor. Hier projiziert er das Gespenst eines

Nachdem Eick sich in den Schlußkapiteln noch gegen eine aktive Lohnpolitik wendet und den Image-Abbau des „freien Unternehmertums“ beklagt, schließt er mit dem Aufruf, sich „diesen Kräften des Umsturzes“ entgegenzustellen, um nicht eines Tages in einem „kollektivistischen Deutschland“ mit volkseigenen Betrieben aufzuwachen.

Zusammenfassendes Urteil: Ein geschickt gemachtes Produkt aus der Propaganda-Küche des Kapitals oder auch alter Wein in neuen Schläuchen. Man erfährt nichts Neues; der Gewerkschafter braucht es nicht zu lesen.

a. p.

In eigener Sache

Zu unserem großen Bedauern müssen wir ab Januar 1975 den Preis für das NACHRICHTEN-Jahresabonnement von 20 auf 25 DM heraufsetzen. Der größere Umfang, die Sonderdrucke, dazu enorm gestiegene Papierpreise, erhöhte Druckkosten und Portogebühren zwingen uns dazu. Wir bitten unsere Leser für diese unumgängliche Maßnahme um Verständnis.

VERLAGSINTERNES

Halle 5, Stand 4245, das war unser Platz auf der 26. Internationalen Buchmesse, die vom 10. bis 15. Oktober 1974 in Frankfurt stattfand. 3903 Verleger aus allen Kontinenten stellten auf diesem „Jahrmart der Bücher“ 250 000 Titel, darunter rund 80 000 Neuerscheinungen, aus, unter ihnen waren auch die Erzeugnisse des NACHRICHTEN-Verlages.

Neben unseren Verkaufsschlägern „Entschleierte Profite“, „Marxismus leichtgemacht“ und „Löhne, Profite, Preise in der BRD“ fanden besonders die Ankündigungen über unsere Anfang des nächsten Jahres erscheinenden Bücher „Betriebe unter der Lupe“, „Sozialistische Betriebsdemokratie“ und die 3. erweiterte und neukommentierte Auflage des BetrVG Beachtung.

Klagten andere Verlage beispielsweise über mangelndes Kaufinteresse, das seinen Grund nicht zuletzt in enormen Preissteigerungen auch für Bücher haben dürfte, so hatten wir dazu keinen Grund. In diesem Zusammenhang sei am Rande vermerkt, daß unser Verlag nicht nach Profitmaximierung strebt, sondern unsere Preise so kalkuliert sind, daß sie gerade die Kosten decken. An den Nachmittagen mit Publikumsverkehr standen manchmal Gruppen von Menschen – auffällig dabei zahlreiche junge – am NACHRICHTEN-Stand, um sich zu informieren. Sie blätterten mal in diesem, mal in jenem Buch und nahmen Prospekte und Bestellkarten mit. Wie gefragt diese Art von Literatur ist, beweisen die Bestellungen, die nach der Buchmesse bei uns eingingen und noch eingingen. Durch die zahlreichen Diskussionen, die unsere Kolleginnen und Kollegen mit Besuchern führten, wurde ersichtlich, daß gerade Bücher über die Gewerkschaften der DDR Interesse finden.

Verständlich, daß auch wir uns über die Erzeugnisse anderer Verlage mit ähnlicher Thematik informierten und zu der Meinung kamen, daß unser Verlag, was Inhalt und Preis betrifft, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht.

Auch auf den in den letzten Wochen stattgefundenen Gewerkschaftstagen der IG Metall, der IG Druck und Papier und der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) fanden unsere dort verteilten NACHRICHTEN und die zum Verkauf angebotenen Bücher ebenfalls großes Interesse. Und so nutzten mehrere Delegierte die Gelegenheit, bei unseren Mitarbeitern die Zeitschrift zu abonnieren. Kongreßteilnehmer bestätigten, daß NACHRICHTEN ihnen eine Hilfe bei der Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft ist.

jaco

Terminkalender

■ 17. bis 18. Januar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz in Koblenz.

■ 24. bis 25. Januar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Nordrhein-Westfalen in Siegen.

■ 25. Januar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Hessen in Butzbach.

■ 31. Januar bis 1. Februar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Baden-Württemberg in Karlsruhe.

■ 6. Februar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Westberlin in Westberlin.

■ 7. bis 8. Februar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Nordmark in Damp/Eckernförde.

■ 14. bis 15. Februar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Bayern in Augsburg.

■ 20. bis 21. Februar 1975

8. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Hamburg.

■ 20. bis 21. Februar 1975

9. Beamtentag des DGB in Mainz.

■ 21. bis 22. Februar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Niedersachsen in Bremen.

■ 22. Februar 1975

10. Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB Saarland in Saarbrücken.

■ 28. Februar und 1. März

Europäische Gewerkschaftskonferenz zum Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“ in Genf.

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Auflage von NACHRICHTEN sind Beilagen eingelegt, und zwar ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., und ein Aufruf des Ausschusses für Frieden und Zusammenarbeit.

Zu guter Letzt

Unternehmer-Chef Schleyer sagte am 16. Oktober in dem Mitbestimmungs-Hearing des Bundestages, wenn die Mitbestimmungsforderung des DGB Wirklichkeit werde, würden die Gewerkschaften zur „dominierenden Macht in diesem Lande“. Die Unternehmen würden in „gewerkschaftliche Regie“ überführt und die Beschäftigten unter Vormundschaft der Gewerkschaften gestellt.

Da es solche Mitbestimmung nicht gibt, trifft alles das jetzt auf die Unternehmer zu.

Krankenkassen in roten Zahlen und wo die Ursachen liegen

Viele Krankenkassen sind in „rote Zahlen“ geraten oder bewegen sich an ihrem Rande. Schon haben die Allgemeinen Ortskrankenkassen den Beitrag heraufgesetzt, die Angestellten-Ersatzkassen das gleiche angekündigt. Mit Recht reagieren die Kollegen in den Betrieben „sauer“ auf jede Beitragserhöhung, hat sich doch der Anteil der Abzüge für Steuer und Sozialversicherungsbeitrag von 1950 bis 1974 mehr als verdoppelt.

Die Ursachen für die ungünstige Entwicklung der finanziellen Situation sind nicht bei den Krankenkassen zu suchen. So wird von den AOK darauf hingewiesen, daß sie in stärkerem Maße als andere Kassen die relativ hohen Krankenkosten für Rentner zu tragen haben. Das ist zutreffend. Durch den Beitrag, den die Rentenversicherungsanstalten an die Krankenkassen für die Rentner zahlen, werden die Krankenkosten der Rentner nicht voll abgedeckt.

Es gibt jedoch noch weit gewichtigeren Ursachen für die Finanzmisere der Krankenkassen. So schlagen eine Reihe gesetzlicher Leistungsverbesserungen bei den Kassen zu Buch. Aber weitaus stärker wächst die finanzielle Belastung der Kassen durch die Kostenexplosion, die es im Gesundheitswesen gegeben hat und gibt.

An der Krankheit wird in unserem Lande kräftig, ja maßlos verdient. Das trifft vor allem für die Herstellung und den Handel mit medizinisch-technischen Ausrüstungen und Arzneimitteln zu. Gewinnspannen von 100 Prozent und mehr sind keine Seltenheit. Die Ausgaben der sozialen Krankenversicherung haben sich von 1963 bis 1973 für Arzneimittel um 265 Prozent erhöht. Auch der tägliche Pflegesatz steigt rapide, z. B. in den niedersächsischen Krankenhäusern hat er sich auf 103,95 DM gegenüber 69,40 DM im Jahre 1971 erhöht.

Die Krankenkassen haben auch weiterhin Kosten der ihnen gesetzlich übertragenen Fremdaufgaben zu tragen, für die sie entweder keinen oder nur unzureichenden Ersatz erhalten. So wurde der Ausgabenersatz für die Mutterschaftshilfe mit dem Finanzänderungsgesetz 1967 gekürzt. Diese Kürzung wurde weder bisher rückgängig gemacht, noch sonst der Erstattungsbeitrag aufgebessert, den die Krankenkassen für die inzwischen ebenfalls kräftig gestiegenen Mutterschaftshilfe-Aufwendungen erhalten. Für die Kosten, die durch die notwendige Behandlung Arbeitsunfallverletzter in den ersten achtzehn Tagen nach dem Unfall anfallen, erhalten die Krankenkassen von den Berufsgenossenschaften keinen Pfennig ersetzt.

Zusätzlich wird die Finanzsituation durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschlechtert. Die Beitragseinnahmen gehen dadurch zurück oder wachsen nur noch geringfügig. Notwendig wäre vor allem folgendes: Erstens die Sicherung der Vollbeschäftigung, die restlose Überwindung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Zweitens der Stopp der Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Überhöhte Gewinnspannen müssen reduziert werden. Drittens der volle Ersatz aller Kosten, die den Krankenkassen durch Fremdaufgaben entstehen. Viertens darf die Finanzierung des Gesundheitswesens als öffentliche Gemeinschaftsaufgabe nicht zunehmend, wie bei den Krankenhäusern, den Krankenkassen aufgebürdet werden. Die öffentliche Hand muß sich angemessen daran beteiligen, ihr Anteil darf zumindest nicht zurückgehen. -pp-

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66.

Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 20,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main